



TECHNISCHE UNIVERSITÄT  
CHEMNITZ

Philosophische Fakultät  
Institut für Politikwissenschaft & Department of English Linguistics

**DIE SPRACHE DES MIGRATIONSDISKURSES  
EINE LINGUISTISCHE ANALYSE DER DISKUSSION UM DAS  
ZUWANDERUNGSGESETZ**

Christian Döhler  
Geboren am: 09.03.1981, Frankenberg

MAGISTERARBEIT

Eingereicht am 29.01.2009

Gutachter: Prof. Dr. Alfons Söllner, Dr. Christoph Haase



---

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Motivation & Hypothese.....	3
1.2	Aufbau.....	4
2	Politischer Kontext.....	5
2.1	Allgemeine Betrachtungen.....	5
2.2	Phasen der deutschen Ausländerpolitik.....	6
2.2.1	Vom Auswanderungsland zum 'Arbeitseinfuhrland' (1830 – 1933).....	6
2.2.2	Zweiter Weltkrieg und die Flucht als Massenphänomen (1933 – 1945).....	10
2.2.3	Nachkriegszeit und das deutsche Grundgesetz (1945 – 1955).....	11
2.2.4	Wirtschaftswunder und Gastarbeiter (1955 – 1973).....	13
2.2.5	Anwerbepstop und Begrenzung (1973 – 1979).....	14
2.2.6	Integrationskonzepte (1979/1980).....	15
2.2.7	Abschreckungs- und Begrenzungspolitik (1981 - 1990).....	17
2.2.8	Das neue Ausländergesetz und die Grundgesetzänderung (1990 – 1998).....	19
2.2.9	Die rot-grüne Koalition und das Zuwanderungsgesetz (1998 – 2005).....	23
2.3	Zusammenfassung.....	27
3	Sprachwissenschaftliche Untersuchungen und Politik.....	29
3.1	Allgemeine Betrachtungen.....	29
3.1.1	Bezeichnung und Forschungsgegenstand.....	30
3.1.2	Methoden.....	37
3.1.3	Zielsetzung.....	42
3.2	Ausgewählte Ansätze zum Migrationsdiskurs.....	43
3.2.1	Der Topos-Begriff.....	43
3.2.2	Das diskurshistorische Wörterbuch.....	50
3.2.3	Die deontische Dimensionen von Redebeiträgen im Bundestag.....	56
3.3	Zusammenfassung.....	58
4	Der Frame-Begriff.....	60
4.1	Allgemeine Betrachtungen.....	60
4.1.1	Entwicklung des Frame-Begriffes.....	61
4.1.2	Der Frame-Begriff in den Kommunikationswissenschaften.....	66
4.2	Zusammenfassung.....	71
5	Empirische Untersuchung.....	72
5.1	Sprache und Migrationsdiskurs.....	72
5.2	Der Frame-Begriff.....	73
5.3	Hypothesen.....	77
5.4	Methodologie.....	79
5.4.1	Die Erstellung des Textkorpus.....	79
5.4.2	Die Auswahl der Zeitungstexte.....	80
5.4.3	Die technische Umsetzung.....	82
5.4.4	Die Durchführung.....	82
5.4.5	Probleme mit der Durchführung.....	85
5.5	Die Ergebnisse.....	87
5.5.1	Die Bezeichnungsebene.....	87
5.5.2	Die Attributionsebene.....	92
5.5.3	Die Umgebungsebene.....	97
5.6	Diskussion.....	104
5.7	Ausblick und Fehleranalyse.....	110
6	Schlussbemerkung.....	111
7	Bibliographie.....	112

---

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Das Konzept "Kriminalität" im Deutungsrahmen für Ausländer.....	78
Tabelle 2: Bereinigung der Trefferlisten.....	85
Tabelle 3: Gastarbeiter auf der Bezeichnungsebene.....	89
Tabelle 4: Asylbewerber und Flüchtlinge auf der Bezeichnungsebene.....	90
Tabelle 5: Aussiedler auf der Bezeichnungsebene.....	91
Tabelle 6: Einwanderer auf der Bezeichnungsebene.....	92
Tabelle 7: Zuwanderer auf der Bezeichnungsebene.....	92
Tabelle 8: Ausländer auf der Bezeichnungsebene.....	93
Tabelle 9: Migranten, Immigranten auf der Bezeichnungsebene.....	94
Tabelle 10: Gastarbeiter auf der Attributionsebene.....	95
Tabelle 11: Asylbewerber und Flüchtling auf der Attributionsebene.....	96
Tabelle 12: Aussiedler auf der Attributionsebene.....	96
Tabelle 13: Einwanderer auf der Attributionsebene.....	97
Tabelle 14: Zuwanderer auf der Attributionsebene.....	97
Tabelle 15: Ausländer auf der Attributionsebene.....	98
Tabelle 16: Migranten auf der Attributionsebene.....	98

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Das Konzept Religion.....	100
Abbildung 2: Das Konzept Asyl & Flucht.....	101
Abbildung 3: Das Konzept Arbeitsmarkt und Wirtschaft.....	101
Abbildung 4: Das Konzept Sozialstaat und soziale Kosten.....	101
Abbildung 5: Das Konzept Legalität/Kriminalität/Gefahr.....	102
Abbildung 6: Das Konzept Integration.....	102
Abbildung 7: Das Konzept Sprache/-förderung.....	103
Abbildung 8: Das Konzept Bildung und Qualifikation.....	103
Abbildung 9: Das Konzept Religion in den Teilkorpora.....	103
Abbildung 10: Das Konzept Arbeitsmarkt in den Teilkorpora.....	104
Abbildung 11: Das Konzept Sozialstaat in den Teilkorpora.....	104
Abbildung 12: Das Konzept Legalität-Kriminalität-Gefahr in den Teilkorpora.....	104
Abbildung 13: Das Konzept Integration in den Teilkorpora.....	105
Abbildung 14: Das Konzept Sprache/-förderung in den Teilkorpora.....	105
Abbildung 15: Das Konzept Bildung-Qualifikation in den Teilkorpora.....	105

## 1 Einleitung

Es ist ein offenes Geheimnis, dass in einer parlamentarischen Demokratie um politische Mehrheiten geworben werden muss. Diese simple Beobachtung verleiht der Sprache eine besondere Hebefunktion. Das wird vor allem an der wachsenden PR-Industrie deutlich, welche für ihre jeweilige Klientel gezielt sprachliche Formeln, Metaphern und Argumente hervorbringt. Der amerikanische Linguist George Lakoff hat seit den frühen 1990er Jahren vor allem die Konservativen in seinem Land immer wieder für ihre sprachlichen Wendungen kritisiert. Ein aktuelles Beispiel Lakoffs bezieht sich auf die Legitimation der Prozesse, die nach dem 11. September 2001 von der konservativen Regierung um Präsident Bush unter der Formel *War on Terror* (Krieg gegen den Terrorismus) umgesetzt wurden. In Anlehnung an die sprachwissenschaftliche Forschung der letzten zwei Dekaden, verwendet Lakoff dafür das Konzept des Frames oder des Deutungsrahmens. Ein Frame ist eine strukturierte, sprachliche Assoziation. Lakoff stellt somit die Frage nach den Assoziationen, die von der Phrase *War on Terror* hervorgerufen werden. Er argumentiert, dass diese Formel ganz unterschiedliche Konflikte unter einem gemeinsamen Etikett zusammenfasst. Er kritisiert, dass dabei nur eine kriegerische Lösung vorgeschlagen wird und die Option einer diplomatischen Lösung vollkommen verstellt wird. Mit dem anhaltenden Kriegszustand sind handfeste Konsequenzen verbunden. Seit 2001 wurde die Beschneidung der amerikanischen Bürgerechte und der Krieg in Afghanistan und im Irak damit gerechtfertigt. Lakoff meint, die Phrase *War on Terror* eröffnet erst die Möglichkeit für solche Handlungen. Der damalige Außenminister Colin Powell hatte vorgeschlagen von einem Verbrechen zu sprechen statt von einem Krieg. Ein Verbrechen eröffnet jedoch einen anderen Frame. Mit einem Verbrechen kann kein Einmarsch und kein Eingriff in die Bürgerrechte begründet werden. Einer solchen Argumentation, wie sie Lakoff vorbringt, wird oft ein übertriebener Sprachbegriff vorgeworfen, in welchem das Individuum von gezielten, sprachlichen Wendungen ferngesteuert wird. Dennoch ist die real wirkende Kraft von Sprache nicht zu unterschätzen. In wenigen Momenten wird ihr diese Wirkung sogar von Politikern offen eingestanden. Das geschah erst kürzlich mit der Phrase *War on Terror*. Im Januar 2009 veröffentlichte der britische Außenminister David Milliband einen Artikel im Londoner

---

*Guardian*<sup>1</sup>. Der Artikel beruhte auf Rede, die er vor indischen Politikern anlässlich der Attentate von Mumbai gehalten hatte. Milliband argumentiert darin gegen die Verwendung der Formel *War on Terror*. Die Argumente, welche er anführt, sind die gleichen Argumente, die Lakoff vorbringt. Milliband scheint sich der weltweiten Wirkungsmächtigkeit dieser Phrase bewusst geworden zu sein.

Lakoff baut den Gedanken eines Frames jedoch weiter aus, denn sprachliche Mittel sind nicht auf das Thema Außenpolitik begrenzt. Er legt dabei eine Reihe sprachlicher Wendungen offen, die von der republikanischen Partei erfolgreich eingesetzt wurden, um für ihre politischen Ziele Mehrheiten zu gewinnen. Ist man für diesen Blick auf politische Sprache einmal sensibilisiert, so sieht man überall Frames auftauchen. Ein zweites Beispiel soll das Prinzip verdeutlichen. Das Themengebiet Ökologie und Naturschutz wurde in den letzten 30 Jahren in den USA, aber auch in Deutschland, vor allem von linken Protestbewegungen und Parteien auf die politische Bühne gerückt. Daraus lässt sich freilich nicht schlussfolgern, dass lediglich Linke an der Erhaltung der Natur interessiert sind. Dennoch blieb das Thema für die konservativen Parteien verschlossen, weil es ihnen nicht gelang die Assoziationen mit linken Protestbewegungen von dem Thema zu entkoppeln. Auf dem Parteitag der CDU im Juni 2008 wurde für dieses Problem eine Lösung gefunden, welche im Grunde nichts anderes ist, als ein Wechsel des Frames. Das Thema Ökologie und Umweltschutz musste mit konservativen Assoziationen versehen werden, damit die CDU sich glaubhaft dafür einsetzen kann. Das beschlossene Strategiepapier stand unter der Überschrift „Die Bewahrung der Schöpfung“. Die konservative Assoziation steckt im Religionsbezug. Dabei wurden weitere traditionell linke Inhalte wie etwa der Verbraucherschutz gleich mit eingeschlossen. Inwieweit der gezielte Wechsel des Frames sich auch in politischen Mehrheit niederschlägt, wird die Zukunft zeigen.

Ein drittes Beispiel soll den Leser endgültig überzeugen, dass der Frame in jeder Hinsicht sinnvolles Konzept für das Verständnis öffentlicher Sprache ist. Der wachsende Einfluss der fundamentalistischen Christen in den Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahrzehnten zu großen Spannungen geführt. Der religiöse Einfluss auf den Schulunterricht steht dabei im Widerspruch zur amerikanischen Verfassung. Dennoch gab es viele Versuche, christliche Inhalte in der Schule unterzubringen oder

---

1 David Milliband, 'War on terror' was wrong, *Guardian*, 15.01.2009

widersprechende Weltbilder aus der Schule zu entfernen. Insofern scheint es wenig verwunderlich, dass gerade die Evolutionstheorie mehrfach zum Ziel wurde. Im Jahr 2005 hatte die örtliche Schulkommission von Cobb County, Georgia, beschlossen, dass jedes Biologiebuch mit dem folgendem Warnhinweis versehen werden sollte: „Dieses Lehrbuch beinhaltet Material zur Evolutionstheorie. Evolution ist eine Theorie, kein Fakt, die sich mit dem Ursprung des Lebens beschäftigt.“ In einem Gerichtsprozess wurde der Beschluss wieder aufgehoben. Dieser Fall zeigt, dass die streitenden Parteien einen unterschiedlichen Frame für das Wort *Theorie* hatten. Ein kurzer Blick in eine Enzyklopädie zeigt, dass es eine wissenschaftliche Bedeutung und eine allgemeine Bedeutung des Wortes gibt. Erstere unterscheidet sich von der Letzteren vor allem durch eine Einbeziehung systematischer Beobachtungen, durch eine ausdrückliche Formulierung aller Voraussetzungen und in den meisten Fällen durch eine empirische Überprüfung. Die allgemeine Bedeutung hingegen wird im Deutschen oft als *Alltagstheorie* bezeichnet. Sie ist synonym mit *Spekulation*. Wer also den allgemeinen Frame mit dem wissenschaftlichen Frame verwechselt, der wird die Evolutionstheorie als reine Spekulation interpretieren und hat allen Grund einen Warnhinweis auf einem Biologiebuch anzubringen. Der britische Evolutionsbiologe Richard Dawkins schlägt daher vor, dass man in der nicht-akademischen Öffentlichkeit, die Evolution als Fakt und nicht als Theorie beschreibt. Aus dem Beispiel wird vor allem deutlich, dass es von den persönlichen Erfahrungen und dem individuellen Umfeld abhängt, welchen der beiden Frames man einsetzt und über welche der beiden Bedeutungen man verfügt.

### **1.1 Motivation & Hypothese**

Der deutsche Sprachwissenschaftler Dietrich Busse hat unlängst den Vorschlag gemacht, dass das Konzept des Frames<sup>2</sup>, wie es in der Linguistik in den 1970er Jahren entwickelt wurde, ein Analysemodell darstellt, mit welchem die Kulturwissenschaften in einen gemeinsamen Dialog mit den Kognitionswissenschaften treten können (Busse 2008). Im Sinne einer diskurshistorischen Semantik könnten auf diesem Wege kognitive Strukturen mit gesellschaftliche Konventionen in Verbindung gebracht werden. Die vorliegende Arbeit soll den Versuch darstellen, den Migrationsdiskurs mit den Mitteln des Frames zu greifen und auf diesem Wege belastbare Aussagen über

<sup>2</sup> Im folgenden wird der Begriff Deutungsrahmen, Wissensrahmen und Frame synonym verwendet.

Sprache in Bezug auf Migranten treffen zu können. Neben der theoretischen Grundfrage, ob sich der Gedanke eines Frames überhaupt auf einen ganzen Diskurs anwenden lässt, steht vor allem die politische Dimension im Vordergrund. Die heftige Rhetorik in der Debatte um eine Einschränkung des Grundrechtes lagen noch in der Luft, als die unabhängige Kommission um Rita Süßmuth mit dem Tabu brach und verkündete Deutschland sei ein Einwanderungsland. Die Süßmuth Kommission stellt hier den Beginn einen langen gesetzlichen Weges dar, hin zum Zuwanderungsgesetz, welches erst am 1. Januar 2005 in Kraft trat. Die vorliegende Arbeit soll dabei einen Zugang zum Migrationsdiskurs innerhalb dieses Zeitraum darstellen, welcher ebenfalls von heftigen Debatten geprägt war. Neben den theoretischen Fragen sollen Aussagen über die unterschiedlichen Assoziationen getroffen werden, welche im Diskurs geweckt werden.

## ***1.2 Aufbau***

Aufgrund des interdisziplinären Charakters dieser Arbeit müssen die relevanten Grundlagen doppelt angelegt werden, einmal auf dem Feld der deutschen Migrationsgeschichte (Kapitel 2) und auf dem Feld der Sprachwissenschaft (Kapitel 3). Dabei wird der Fokus der sprachwissenschaftlichen Betrachtung auf die Analyse von politischer Sprache gelegt (Kapitel 3.1). Anschließend folgen drei ausgewählte sprachwissenschaftliche Ansätze, welche sich mit dem deutschen Migrationsdiskurs beschäftigen (Kapitel 3.2). Kapitel 4 stellt den Frame-Begriff in seiner Entwicklung (Kapitel 4.1.1.) und seinen Facetten (Kapitel 4.1.2) dar. Auf dem Frame-Begriff aufbauend folgt die Beschreibung der eigenen Forschungsleistung (Kapitel 5). Das eigene Forschungsprogramm besteht aus einer Beschreibung des Gegenstands (5.1), der Besonderheiten des eingesetzten Frame-Begriffes (5.2), der aufgestellten Hypothesen (5.3), der eingesetzten Methodologie (5.4), der Ergebnisse (5.5), deren Diskussion (5.6), sowie einem Ausblick mit Fehleranalyse (5.7). Eine Schlussbemerkung wird das Erreichte noch einmal zusammenfassen (6).

Der Appendix der Arbeit beinhaltet das gesamte Textkorpus mitsamt Übersichtstabellen, sowie alle Ergebnistabellen und Wortlisten. Aufgrund der Größe befindet sich der Appendix in digitaler Form auf dem beigegeführten Datenträger.



## **2 Politischer Kontext**

### ***2.1 Allgemeine Betrachtungen***

Im folgenden Kapitel soll die historische Erfahrung nach gezeichnet werden, welche die Deutschen in ihrer jüngeren Geschichte mit Wanderungsbewegungen gemacht haben. Dabei lässt sich während des 19. Jahrhunderts eine Wende von einem Auswanderungsland zum Einwanderungsland erkennen. Der Prozess der Migration in beide Richtungen scheint von sehr ähnlichen – vornehmlich ökonomischen – Faktoren beeinflusst worden sein. Einerseits entledigte man sich der wachsenden sozialen Nöte durch Auswanderung der verarmten Bevölkerungsteile, andererseits wurden im Ausland zunehmend Menschen gezielt angeworben, um auf Zeiten des Arbeitskräftemangels zu reagieren. Eine Wende in dieser „Menschenwanderung“ zeigte sich als auf den Schrecken des Nationalsozialismus, der Millionen Menschen aus Deutschland und den besetzten Gebieten in die Flucht zwang, die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den verlorenen Ostgebieten folgte. Es handelt sich hierbei um zwei Seiten, der selben Medaille. Ein drittes Paar, welches sich hier gegenüber stellen lässt, ist die politische Verfolgung von Einzelpersonen. Nachdem Deutsche schon im 19. Jahrhundert auf Grund ihrer politischen Ansichten und Aktivitäten aus dem Land getrieben wurden, kamen 100 Jahre später viele politisch Verfolgte in die Bundesrepublik und genossen hier Asylrecht. Überhaupt könnte man mit den Worten des Migrationsforschers Klaus Bade sagen, dass die Deutschen sehr migrationserfahren sind (1992: 12f.). Allein in den letzten 200 Jahren haben die Deutschen jede Form von Migrationsprozessen erlebt, erlitten oder verursacht haben. Auf der Seite der Zwangsmigration sehen wir die Flucht und Vertreibung von Deutschen ins Ausland und von Ausländern nach Deutschland, von Deutschen als Tätern und Deutschen als Opfern. Die Menschen bewegten sind nicht nur über Grenzen hinweg, sondern auch die deutschen Grenzen unterlagen starken Veränderungen und zwangen die Menschen dazu umzusiedeln. Jedoch auch bei der freiwilligen Wanderung hatte Deutschland die Rolle des Ausgangspunktes, aber auch die des Ziels von Migrationsbewegungen inne.

Das folgende Kapitel soll diese Prozesse nachzeichnen. Ein strukturierender Blick soll für klare Sichtachsen sorgen und Schneisen schlagen in den vielschichtigen

Prozess der Migration und somit als Grundlage dienen, um die heute so umstrittene Diskussion um die deutsche Ausländerpolitik zu versachlichen. Zusätzlich wird sich der historische Überblick an der Frage nach den Motiven der Migration einerseits und den Begründungen, Argumenten und Kriterien für die staatliche Gesetzgebung andererseits orientieren.

## ***2.2 Phasen der deutschen Ausländerpolitik***

Nach einer bestenfalls kursorischen Zusammenfassung der Migrationsprozesse des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sowie der vom Nationalsozialismus verursachten Massenflucht und der Vertreibung nach dem Krieg, folgt ein detaillierter Blick auf die Entwicklungen der Bundesrepublik seit dem Kriegsende. Dabei orientiert sich die Darstellung der Ausländerpolitik seit 1945 an der von verschiedenen Migrationsforschern vorgebrachten Phaseneinteilung (Bade 1992, Meier-Braun 2002, Nuscheler 2004), wie sie in der Gliederung reflektiert wird.

### **2.2.1 Vom Auswanderungsland zum 'Arbeitseinfuhrland' (1830 – 1933)**

Schon im 19. Jahrhundert war Deutschland von ganz unterschiedlichen Migrationsprozessen geprägt. Besonders gegen Ende des Jahrhunderts lässt sich eine Trendwende vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland erkennen. Einerseits führte die Verstädterung im Zuge der Industrialisierung zu einer sozialen Notlage in den Ballungszentren, die viele Menschen zur Auswanderung zwangen. Auf der anderen Seite, führten ebenfalls sozio-ökonomische Gründe im zweiten Teil des 19. Jahrhunderts zu einer staatlich kontrollierten „Arbeitskräfteeinfuhr“. Die Migration in beide Richtungen soll im Folgenden näher beschrieben werden.

Die Auswanderung deutscher Arbeiter lässt sich seit den 1830er Jahren in mehrere Auswanderungswellen erfassen (Rethmann 1996: 57f.). Die erste Welle, welche vor allem durch den wachsenden Pauperismus in den deutschen Großstädten verursacht wurde, ergriff zwischen 1846 und 1857 fast 1,3 Millionen Deutsche. Nach einer kurzen Unterbrechung folgte die zweite Welle zwischen 1864 und 1873, von welcher über 1 Millionen Menschen betroffen waren. Die dritte Welle wurde von einer

---

schweren Rezessionsphase in Deutschland ausgelöst. Zwischen 1880 und 1893 verließen 1,8 Millionen Menschen das Land. Ein letztes Anschwellen der Auswandererwelle lässt sich nach dem 1. Weltkrieg in der Mitte der 20er Jahre verzeichnen.

Zog es zu Beginn des 19. Jahrhunderts die deutschen Auswanderer noch nach Südosteuropa, so änderte der Großteil der deutschen Arbeiter in der Mitte des Jahrhunderts die Richtung. Zusammen mit vielen Millionen Europäern wanderten etwa 5 Millionen Deutsche seinerzeit in die Vereinigten Staaten aus. Damit nahmen die USA fast 90% der deutschen Auswanderer auf (Nuscheler 2004: 119). Noch heute sind deren Spuren im Norden der USA deutlich sichtbar, vor allem an Städtenamen wie Bismarck (North Dakota), Wittenberg (Wisconsin) oder Oldenburg (Indiana). In diesen Gegenden wurden sie teils händeringend als gut ausgebildete Fachkräfte oder Siedler gesucht. Jedoch waren sie keineswegs überall willkommen.

Wie bei heutigen Migrationsbewegungen waren die Gründe vielfältig, welche die Menschen dazu veranlasst haben, ihre Heimat zu verlassen. Offensichtlich gingen viele als Wirtschafts- und Armutsmigranten in die USA. Dennoch greift eine monokausale Erklärung zu kurz und erfasst nicht das gesamte Spektrum der Schub- und Sogkräfte (*push-* und *pull-Faktoren*), die für Migrationsbewegungen so typisch sind. Technische Neuerungen, wie der Ausbau der transatlantischen Passagierschiffahrt oder der gestiegene Informationsaustausch („Auswandererbriefe“) vereinfachten die Entscheidung des Einzelnen und machten die konkreten Risiken kalkulierbar. Halbamtliche Agenturen schalteten Anzeigen in deutschen Zeitungen und boten sich für die Organisation der Überfahrt an. Die schon entstandenen deutschen Auswanderergemeinden in den USA förderten zudem die Bereitschaft der noch Unentschiedenen in Deutschland. Meist zogen Männer voraus und holten ihre Familie, teilweise sogar ihre gesamte Verwandtschaft nach. Dadurch bildete sich der auch heute noch zu beobachtende Schneeballeffekt in der Migrationsbewegung.

Im Grunde kann man diese vier Auswanderungswellen als eine Einzige zusammenfassen (Rethmann 1996: 58). Demnach ist diese große Bewegung lediglich durch verschiedene Wanderungshindernisse unterbrochen worden, zum Beispiel durch den Sezessionskrieg (1861 – 1865), die amerikanische Wirtschaftskrise (um 1878) und den 1. Weltkrieg. Diese spezifischen Hindernisse setzten nach ihrem Verschwinden

jeweils einen großen Auswanderungsschub frei. Darin traten Auswanderungsentscheidungen zu Tage, die vielleicht schon Jahre zurück lagen (Bade 1983: 21) und deren konkrete Gründe in der undurchsichtigen Gemengelage von Absichten und Zwängen nur schwer zu verorten sind.

Auf der Seite der Zwangsmigration sollten die deutschen Flüchtlinge des 19. Jahrhunderts, trotz ihrer vergleichsweise geringen Zahl, nicht unerwähnt bleiben. Hierzu zählen vor allem Jene, die wegen ihrer politischen Aktivitäten oder Ansichten verfolgt wurden. Insbesondere die gescheiterte Revolution von 1848 zwang viele Intellektuelle zur Flucht. Zu ihnen zählten so verschiedene Namen wie Wilhelm Weitling, Lorenz Brentano, Friedrich Hecker und Carl Schurz. Alle der vier Genannten flohen in die USA, wo sie später als die „Forty-Eighters“ zusammengefasst wurden. Mit unterschiedlichem Erfolg engagierten sie sich auch in der neuen Heimat im Feld der Politik. Währendessen Lorenz Brentano nur eine Amtszeit im Parlament von Illinois saß, schaffte es Carl Schurz zum Innenminister der USA. Eine zweite Gruppe von politisch Verfolgten floh im Zuge der Bismarckschen Anti-Sozialistengesetze (1878 – 1890). Zu ihnen gehörten vor allem radikale Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten. Als lokales Beispiel ist Johann Most zu nennen, der zu Beginn der 70er Jahre Chefredakteur der „Chemnitzer Freien Presse“ war und für die Stadt zwischen 1874 und 1878 im Reichstag saß. Nach seiner Flucht über London ging er in die USA, wo er im Chicago der Jahrhundertwende als Anarchistenführer und Agitator das deutsche Blatt „Freiheit“ herausgab. Seine Hinwendung zu Bakunins „Propaganda der Tat“ brachten ihm die Bezeichnung „Dynamost“ ein.

Die massenhafte Auswanderung entfachte in Deutschland eine Diskussion, in welcher, wie Rethmann (1996: 59) aufzeigt, drei Argumentationslinien immer wieder auftauchten. Erstens stellte man sich der Migration entgegen und warnte vor einem „national-kulturellen Aderlaß“. Eine zweite Linie befürwortete die Auswanderung im Sinne einer verspäteten Bildung von deutschen Kolonien. Aufgrund der Errichtung von deutschen Siedlungen in Südamerika sprach man von einem „Neudeutschland in Übersee“. Eine dritte Argumentationslinie nutzte die Metapher des durch soziale Nöte und Zwänge entstandenen Druckkessels, welcher zu explodieren drohte. Auswanderung wurde hier als willkommenes Ventil für sozio-ökonomische Probleme gesehen.

Trotz der massenhaften Auswanderung zeigt die Entwicklung des späten 19.

Jahrhunderts einen klaren Trend hin zu einer realen Einwanderungssituation. Klaus Bade stellt fest, dass sich Deutschland, vor allem Preußen, unter den ökonomischen Zwängen der Industrialisierung im Jahrzehnt vor Ausbruch des 1. Weltkrieges zum „zweitgrößten Arbeitseinfuhrland der Erde“ (1983: 35) nach den USA entwickelt hatte. Schon in den 1880er Jahren wurden Ausländer, vorwiegend Polen, für die Arbeit in der großindustriellen preußischen Landwirtschaft, sowie in der Schwerindustrie von deutschen Agenturen angeworben. Die Gesamtzahlen stiegen von 800.000 um die Jahrhundertwende auf 1,2 Millionen kurz vor Ausbruch des 1. Weltkrieges (Nuscheler 2004: 119). Allein in den deutschen Kohlebergwerken arbeiteten etwa 350.000 so genannter „Ruhrpolen“, die bald ein Fünftel der Belegschaft ausmachten. Auch nach dem 1. Weltkrieg setzte sich dieser Trend weiterhin fort.

Das Prinzip der *saisonalen Rotation* wurde in der Weimarer Republik beibehalten. Vor allem in der Landwirtschaft wurden die Arbeiter im Winter zur Rückkehr gezwungen. An verschiedenen Gesetzesregelungen wird deutlich, dass Einwanderung in einem permanenten Sinn unerwünscht war. Zum Beispiel war der Familiennachzug verboten, Eheleute wurden in den Arbeiterkolonien getrennt, Kinder konnten nicht mitreisen und Schwangerschaften galten als Grund für eine Ausweisung. In diesem Licht ist der von Klaus Bade geprägte Begriff des „Arbeitseinfuhrlandes“ durchaus treffend. Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch auf der Ebene der Gesetzgebung. Währenddessen Preußen noch 1885 die Massenausweisung von polnischen Arbeitskräften betrieb und anschließend ein Zuwanderungsverbot erließ, trugen die ökonomischen Bedingungen schnell zur einer Umkehr der gesetzlichen Absichten und deren Aufgabe bei. Vielmehr stand die Ersatz- und Pufferfunktion der Ausländerbeschäftigung im Vordergrund. Im Zuge der neuen Organisation der Arbeitsverwaltung von 1927 musste jeder ausländische Arbeitnehmer in seinem Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung begründen, warum kein Deutscher für seine Stelle zur Verfügung stand. In der politischen Debatte wurden damals ähnliche Argumente vorgebracht, wie man sie heute hört: die Sicherung deutscher Arbeitsplätze und die ethnische Homogenität des Volkes. So zeichnete das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 einen völkisch-homogenen Staat, obwohl ein Solcher schon damals keineswegs vorzufinden war.

Trotz der schwierigen Überlagerung verschiedener Migrationsbewegungen

nach und von Deutschland, lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Sowohl die deutschen Auswanderer, wie auch die ausländischen Arbeitskräfte, die um die Jahrhundertwende in der deutschen Industrie arbeiteten, folgten größtenteils sozio-ökonomischen Motiven. Diese in der Migrationsforschung als *push-* und *pull-Faktoren* bezeichneten Magnetkräfte wurden zusätzlich verstärkt durch gezielte Anwerbung, eine im Zielland schon vorhandene Gruppe aus dem Herkunftsland, sowie eventuellen verwandtschaftlichen Beziehungen (Familiennachzug). Unter Berufung auf die nationalideologische Identität versuchte der Staat den Prozess zu seinen Gunsten zu steuern. So wirkte man dem Entstehen eines *pull-Faktors* durch ein Verbot des Familiennachzugs im Fall der polnischen Landarbeiter entgegen. Ebenso verhielt es sich mit dem Mitte des 19. Jahrhunderts erlassenen Verbot der Anwerbung von Auswanderern für Südamerika<sup>3</sup>, welches einerseits dem oben schon erwähnten *kulturellen Aderlass* entgegenwirken sollte. Andererseits sollte ein solcher Schritt der ostpreußischen Landwirtschaft die Arbeiter sichern.

### 2.2.2 Zweiter Weltkrieg und die Flucht als Massenphänomen (1933 – 1945)

All die Einzelschicksale der Auswanderer oder Flüchtlinge traten mit den Entwicklungen des 20. Jahrhunderts in den Hintergrund. Angesichts der brutalen Vertreibung und Verschleppung, welche die totalitären Regime der 30er Jahre betrieben, haftet den politischen Flüchtlingen, sowie den Wirtschafts- und Armutsmigranten des 19. Jahrhunderts etwas Abenteuerhaftes, fast schon Heroisches an. Mit den veränderten Umständen offenbart sich ein ganz neuartiger Charakter der Verfolgung, den Hannah Arendt wie folgt charakterisiert:

„Die modernen Flüchtlinge sind nicht verfolgt, weil sie dies oder jenes getan oder gedacht hätten, sondern aufgrund dessen, was sie unabänderlich von Geburt sind – hineingeboren in die falsche Rasse oder die falsche Klasse oder von der falschen Regierung zu den Fahnen geholt (wie im Falle der spanischen republikanischen Armee). Der moderne Flüchtling ist das, was ein Flüchtling seinem Wesen nach nie sein darf: er ist unschuldig selbst im Sinne der ihn verfolgenden Mächte.“ (Arendt 1958: 459)

Als Motive der von den Nationalsozialisten betriebenen Verfolgung sind vor allem rassische, religiös-weltanschauliche und politische Gründe zu nennen. Auch wenn das

<sup>3</sup> Das so genannte “von der Heydtsche Reskript” war ein 1859 in Preussen erlassenes Gesetz gegen die Anwerbung (nicht die Auswanderung) von Auswanderern nach Südamerika. Mit der Reichseinigung von 1871 wurde es allgemein gültig und erst 1896 aufgehoben.

Ausmaß der Vertreibung nur geschätzt werden kann, denn viele der Flüchtlinge gingen getarnt als „Reisende“ über die Grenze, so führen die Spuren der deutschen Emigranten weltweit in etwa 80 Länder (Bade 1994: 31). Allein die Zahl der Deutschen jüdischer Herkunft, die wie Hannah Arendt das Land verlassen mussten, betrug über 500.000. Hinzu kommt die Verfolgung von Sinti, Roma, Jenischen, Slawen, Zeugen Jehovas und von Homosexuellen.

All jene, denen es nicht gelungen ist, ihren Verfolgern zu entfliehen, wurden in den Arbeits- oder Vernichtungslagern interniert. Als Zwangsarbeiter trafen sie auf Menschen, die in die entgegengesetzte Richtung verschleppt wurden. Etwa 8 Millionen Zwangsarbeiter, vorwiegend Russen, Franzosen und Polen (Nuscheler 2004: 119), wurden in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten zwangsrekrutiert. Einschließlich der Kriegsgefangenen und KZ-Zwangsarbeiter verdoppelt sich diese Zahl nach den Erkenntnissen des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses auf 14 Millionen, von denen nur etwa die Hälfte das Lager überlebten. Man kann die Millionen auf diesem Wege versklavter und ermordeter Menschen nicht ohne Zynismus als Einwanderer oder Arbeitsmigranten bezeichnen. Diese dunkle Periode der deutschen Geschichte, darf hier nicht ausgelassen, muss aber gesondert betrachtet, werden.

### **2.2.3 Nachkriegszeit und das deutsche Grundgesetz (1945 – 1955)**

Zu einem der größten Verdienste, aber auch einer der größten Herausforderung des geteilten Nachkriegsdeutschland zählt die erfolgreiche Integration der so genannten *Heimatvertriebenen*. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten etwa 18 Million *Reichsdeutsche* in den Ostgebieten gelebt. 14 Millionen von ihnen flüchteten in der Endphase des Krieges nach Westen oder sie wurden nach Kriegsende vertrieben, bzw. deportiert. Der überwiegende Teil, nämlich 7 Millionen, kam aus den ehemaligen deutschen Gebieten östliche der Oder und Neiße. Hinzu kamen drei Millionen aus der Tschechoslowakei, 1,4 Millionen aus Polen<sup>4</sup>, je 300.000 aus der Freien Stadt Danzig und aus Jugoslawien, 200.000 aus Ungarn und weiter 140.000 aus Rumänien. Fast zwei Millionen überlebten die Strapazen der Reise und die russischen Luft-, bzw. Torpedoangriffe nicht (Bade & Oltmer 2004: 53f.).

---

4 in den Grenzen von 1939.

Der prozentuale Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland schoss entsprechend in die Höhe. Ende 1947 waren 24,3 Prozent der Menschen in der sowjetischen Besatzungszone Flüchtlinge aus den ostdeutschen Gebieten. In der amerikanischen Besatzungszone waren es 17,7 Prozent und in der britischen 14,5 Prozent. Allein in der französischen Zone lag der Anteil unter einem Prozent<sup>5</sup>.

Dabei verlief die Eingliederung keineswegs reibungslos, denn von vielen Deutschen wurden die Flüchtlinge, die ihren Besitz in der Heimat gelassen hatten und das Wenige was sie tragen konnten auf dem Weg verloren hatten, als Fremde angesehen<sup>6</sup>. Albrecht Lehmanns Buchtitel *Im Fremden ungewollt zuhaus* (1993) scheint hier eine treffende Beschreibung der Situation zu sein. Hinzu kam, dass die deutsche Wirtschaft im Vergleich zum Stand von 1938 um 30 Prozent gefallen, die Innenstädte zerbombt und die Energie- und Nahrungsversorgung mangelhaft war. Besonders prekär war die Tatsache, dass auf dem Land zwar Wohnraum zur Verfügung stand, aber keine Arbeit. In den ausgebombten Städten hingegen gab es Arbeit, aber nicht genügend Wohnraum. (Vgl. Parisius 2003) Klaus Bade konstatiert, dass viele Flüchtlinge, die auf dem Land Zuflucht gefunden hatten, erst mit dem Einsetzen des Wirtschaftswunders, in die industriellen Zentren abwanderten (Bade & Oltmer 2004: 64).

Die große Zahl der Vertriebenen bildete jedoch nur einen Teil der von Zwangswanderung Betroffenen. Hinzu kamen rund 8 Millionen *Displaced Persons*. Dabei handelte es sich zumeist um verschleppte Zwangsarbeiter der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft und um weitere Insassen der Konzentrationslager. Sie entstammten über 20 Nationalitäten und sprachen etwa 35 verschiedene Sprachen. Die Mehrzahl schloss sich den von den Alliierten organisierten Rücktransporten an. 1947 gab es in den drei Westzonen noch etwa 1,7 Millionen DP's. Jedoch verweigerten sich Viele in die nun sowjetisch kontrollierten Staaten zurückzukehren. Erst die 1947 gegründete IRO („International Refugee Organisation“) gab ihnen einen neue Chance zur Auswanderung in die USA, Kanada, Australien und andere westeuropäische Staaten. Nur ein geringer Teil blieb in Deutschland. Das letzte Lager für DP's wurde dennoch erst 1965 geschlossen (Berglund 2003: 59).

---

5 Die französischen Besatzungsbehörden hatten sich geweigert Flüchtlinge aufzunehmen. Zahlen und Daten von (Bade & Oltmer 2004: 56).

6 Vgl. Zeitzeugenberichte in (Bade, Meier & Parisius 1997: 125f.)



Die Erfahrungen dieser Zeit gingen in die Beratungen des Parlamentarischen Rates ein, der sich auf der Konferenz am Herrenchiemsee (10.8. – 23.8.1948) mit der zukünftigen Verfassung befasste. Im Angesicht der vom Nationalsozialismus verursachten Massenflucht einigte man sich darauf, dem Asylrecht den Status eines Grundrechtes einzuräumen. Der lapidare Satz: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ wurde zum Artikel 16 des deutschen Grundgesetzes. Das Recht auf Asyl hat jedoch nicht allein in der Bundesrepublik Verfassungsrang. Auch andere europäische Staaten haben den Flüchtlingsschutz in ihre Verfassungen aufgenommen<sup>7</sup>. Die deutsche Besonderheit liegt darin, dass dem Flüchtling ein subjektives Recht einräumt wird, welches dieser gegenüber dem Staat einklagen kann. Deswegen wurde das deutsche Asylrecht auch als 'liberalstes Asylrecht auf der Welt' bezeichnet, denn es ging weiter, als der von der Genfer Flüchtlingskonvention geforderte Schutz vor Zuweisung (Artikel 33 GFK: Prinzip des *Non-Refoulement*). Wie Franz Nuscheler betont, habe der Parlamentarische Rat den Artikel 16 „[...] bewusst nicht unter einen Gesetzesvorbehalt gestellt und ihm auch keine immanenten Schranken eingebaut, wie manche Kommentatoren später behaupteten.“ (2004: 139).

#### **2.2.4 Wirtschaftswunder und Gastarbeiter (1955 – 1973)**

Die folgenden Unterkapitel sind an der in der Forschung akzeptierten Phaseneinteilung von (Meier-Braun 2002) orientiert. Jedes Kapitel versucht die gesetzgeberischen Maßnahmen und die zahlenmäßige Entwicklung der verschiedenen Migrantengruppen, sowie die politische Diskussion und die vorgebrachten Argumente zusammenzufassen.

Die Auslegung des Asylrechts war in der ersten Phase der Ausländerpolitik äußerst liberal. Das Verfahren, bzw. die Verteilung der anerkannten Asylbewerber wurde ab 1965 nach dem neu eingeführten Ausländergesetz geregelt. Es ersetzte eine Asylverordnung von 1953. Danach hatte jeder Bewerber ein Recht auf ein Feststellungsverfahren und auf eine gerichtliche Prüfung durch eine höhere Instanz. Andererseits zeigt ein Blick auf die Zahlen<sup>8</sup>, dass bis zur Mitte der 60er Jahre jährlich

<sup>7</sup> So enthält die Präambel der französischen Verfassung, aber auch die Konstitutionen Spaniens, Portugals und Italiens ein Asylrecht.

<sup>8</sup> Die Statistik für Asylbewerberzahlen auf die sich im Folgenden berufen wird, ist veröffentlicht unter der URL: <http://www.bpb.de/files/UTIHUH.pdf> (letzter Zugriff: 25. August 2008)

etwa 2000 Asylbewerber ankamen. Selbst bis 1973 waren es durchschnittlich nicht mehr als 5000 pro Jahr<sup>9</sup>. Insofern spielten Asyl und Flucht in diesem Zeitraum eine eher nachrangige Rolle.

Interessanter scheint die Entwicklung der Arbeitsmigration. Diese erste Phase der deutschen Ausländerpolitik wird oft als Anwerbephase bezeichnet. An ihrem Anfang stand der erste Vertrag mit Italien (1955). Die wachsende Wirtschaft war hungrig nach Arbeitskräften. Insbesondere nach dem Bau der Berliner Mauer und der Schließung der innerdeutschen Grenze gingen der westdeutschen Wirtschaft die Fachkräfte aus. Im Jahr des Mauerbaus wurde der Vertrag mit der Türkei und mit Griechenland (1961) unterzeichnet. Darauf folgten Portugal (1964), Tunesien und Marokko (1965) und Jugoslawien (1968). Schon 1964 wurde der millionste Gastarbeiter, ein gewisser Armado Rodriguez de Sà aus Portugal, bei seiner Ankunft im Kölner Bahnhof mit einem Motorrad beschenkt.

Ursprünglich wollte man an das System der *saisonalen Rotation* aus der Weimarer Republik anknüpfen und die Fachkräfte im Rhythmus von ein bis zwei Jahren austauschen. Auf Drängen der Arbeitgeber und zum Vorteil der Arbeitnehmer wurden die Verträge jedoch immer wieder verlängert (Vgl. Schönwalder 2003). Rethmann fasst diese folgenschwere Entwicklung wie folgt zusammen:

„In der Nachkriegszeit ist die beabsichtigte Einwanderungsvermeidung durch das Rotationsprinzip bei der ökonomisch motivierten Ausländerbeschäftigung in der bundesdeutschen Wirtschaft vor allem wiederum aus ökonomischen Gründen gescheitert.“ (Rethmann 1996: 67)

Trotz der sich bereits andeutenden Einwanderungssituation gab es seitens der Politik keine Anstrengungen in Richtung einer Eingliederung der Gastarbeiter in die Aufnahmegesellschaft. Klaus Bade charakterisiert die Ausländerpolitik der 60er Jahre daher als „kaum mehr als Arbeitsmarktpolitik, angewendet auf Ausländer.“ (1994: 53)

### **2.2.5 Anwerbepolitik und Begrenzung (1973 – 1979)**

In der Entwicklung der Asylbewerberzahlen ist in den 70er Jahren ein klarer Anstieg zu verzeichnen. Waren es zwischen 1971 und 1973 noch jährlich 5000

<sup>9</sup> Ausnahmen bilden die Jahre 1956 (16.284) und 1968 (11.664). In den gestiegenen Zahlen spiegeln sich die politischen Ereignisse der jeweiligen Jahre: die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956, bzw. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968

Asylbewerber, so verdoppelte sich die Zahl bis 1975 (ca. 9500) und stieg auch weiterhin an (1978: etwa 33.000). Außerdem änderte sich die Herkunft der Asylbewerber. Der Großteil kam seit dem letzten Drittel der 70er Jahre nicht mehr aus den Ostblockstaaten, sondern zunehmend aus den Ländern der 'dritten Welt'. Dies zog einen restriktiveren Umgang mit dem Asylrecht nach sich, vor allem auf der Ebene der Verwaltungsgerichte. Gingen die Gerichte bis 1977 in ihrer Definition von Verfolgung noch von der Formel einer „begründeten Furcht vor Verfolgung“ aus, so änderten man die Maßstäbe grundlegend. Von nun an wurde eine „objektive Beurteilung der Verfolgungsgefahr“ vorausgesetzt. Dieser Schritt verringerte nicht die Zahlen der Bewerber, sondern senkte die Anerkennungsquote. 1973 wurden noch 33 Prozent der Asylbewerber nach Art.16 GG anerkannt. 1980 waren es nur noch 20 Prozent. Seit 1987 hat die Anerkennungsquote die 10-Prozent-Marke nicht mehr überschritten.

Auf der Seite der Gastarbeiter bedeutete der 'Ölpreisschock' und die von ihm ausgelöste Wirtschaftskrise zu Beginn der 70er Jahre eine Wende in der Ausländerpolitik. Unter der Formel *Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung* standen vor allem drei Grundgedanken im Zentrum: Zuwanderungsbegrenzung, Rückkehrförderung und erste Überlegungen zur sozialen Integration. Der am 23.11.1973 verhängte Anwerbestop hatte zwar nur für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten Gültigkeit, aufgrund des hohen türkischen Anteils bei den Gastarbeitern erreichte man dennoch das Ziel der Begrenzung. Insgesamt waren zwischen 1955 und 1973 rund 14 Millionen Gastarbeiter gekommen. 11 Millionen kehrten wieder in ihre Heimatländer zurück (Vgl. Bade 1994: 54). Familiennachzug, bzw. natürlicher Bevölkerungszuwachs ließen den ausländischen Bevölkerungsanteil auch weiterhin ansteigen. Trotz erster Überlegungen gab es keine Integrationsmaßnahmen, was dazu führte, dass die Gastarbeiter in ihrer eigenen Kultur lebten ohne in Kontakt der Aufnahmegesellschaft zu treten. Stattdessen versuchte man in den Großstädten mit restriktiven Mitteln (z.B.: Zuzugssperren) eine zu hohe 'Ausländerkonzentration' zu vermeiden.

### **2.2.6 Integrationskonzepte (1979/1980)**

Die relativ kurze Phase erhält ihre Berechtigung eher aus der Gastarbeiter- und Einwanderungspolitik. Im Bereich der Asylgesetzgebung bestätigte sich das, was

bereits durch die veränderten Urteilsbegründungen der Verwaltungsgerichte 1977 angedeutet wurde. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in seinem Urteil von 1980 die so genannte *Objektivitätslehre*, welche die subjektive Furcht vor Verfolgung durch eine objektive Beurteilung ersetzte. Das führte teilweise zu einer absurden Rechtsprechung. Die Verwaltungsgerichte konzentrierten sich nicht mehr den Tatbestand der Verfolgung, sondern zunehmend auf ihren politischen Charakter. Asylrecht konnte also nicht gewährt werden, wenn im Herkunftsland Folter und Tortur als „üblicher Bestandteil“ der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung galten. Entscheidend war einzig und allein der politische Charakter von Folter und Verfolgung (Vgl. Marx 1988: 155 ).

Hinzu kamen verschiedene Gesetze auf der unteren Verwaltungsebene. Das erste Beschleunigungsgesetz von 1978 stellt den Versuch dar einerseits der monatlich steigenden Zahl der Asylbewerber (1980: 107.818) entgegen zu wirken und andererseits die sich in die Länge ziehenden Anerkennungsverfahren zu verkürzen. Das zweite Beschleunigungsgesetz von 1980 griff noch tiefer ein, indem es die Entscheidung auf einen weisungsunabhängigen Einzelbeamten<sup>10</sup> übertrug und die Widerspruchsmöglichkeiten der Asylbewerber beseitigte. Zusätzlich wurde mit der Ablösung der bisherigen Dreier-Anerkennungsausschüsse durch einen Einzelentscheider, wie Ursula Münch schreibt, „die bisherige Forderung nach einer Qualifikation zumindest des Ausschußvorsitzenden für das Richteramt oder den höheren Verwaltungsdienst aufgegeben.“ (1992: 76). Diese Neuregelung beschleunigte zwar die Anerkennungsverfahren, aber sie schränkte zugleich die durch das Grundgesetz (Art. 19 Abs. 4) gesicherte Rechtswegegarantie erheblich ein.

Die relativ kurze dritte Phase der deutscher Ausländerpolitik war eine Phase der Integrationskonzepte. Sie beginnt mit der Berufung des ersten „Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“, kurz des „Ausländerbeauftragten“. Das kleine, ehrenamtlich geführte Amt wurde dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, übertragen. Er veröffentlichte im September 1979 eine Denkschrift, die zu weiterführenden Integrationskonzepten aufrief. Das so genannte 'Kühn-Memorandum' machte konkrete Vorschläge, wie etwa das Optionsrecht auf Einbürgerung der in der

---

<sup>10</sup> Thomas Scheffer schreibt über die schwierige Beurteilung der Situation: „Der Entscheider ist bezogen auf den Realitätsbereich, über den er entscheiden soll, ein Fremder und Außenstehender.“(2003: 455)

Bundesrepublik geborenen zweiten Einwanderergeneration oder der Vorschlag eines kommunalen Wahlrechts für die Einwanderer. Das Memorandum war seiner Zeit weit voraus und galt daher als nicht mehrheitsfähig, denn wie Nuscheler schreibt: „Noch waren die Vorurteile gegenüber der im Gesellschafts-leben ausgegrenzten Fremdlingen zu tief verwurzelt, die gesellschaftlichen und politischen Widerstände gegen eine mitbürgerliche Gleichberechtigung zu stark.“ (2004: 138)

### **2.2.7 Abschreckungs- und Begrenzungs politik (1981 - 1990)**

Die vierte Phase ist besonders im Bereich der Asylpolitik durch eine Abschreckungs- und Begrenzungs politik zu charakterisieren. Wie schon in den 1970er Jahren, wurde das Asylrecht selbst nicht verändert, sondern über den Verfahrensweg schleichend ausgehöhlt (Vgl. Nuscheler 2004: 145f.). Die Änderungen müssen als heftige Reaktionen (bzw. Überreaktionen) zur Eindämmung der Asylbewerberzahlen verstanden werden, die nach kurzen Knick seit 1983 wieder stark anstiegen (1983: 19.737, 1986: 99.650, 1990: 193.063).

Der Abschreckungscharakter wird an einer Reihe von Gesetzesänderungen deutlich. Das Asylverfahrensgesetz von 1982 beschleunigte die Anerkennungsverfahren. Darüber hinaus schränkte es das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit ein. Daraus waren vorher Ansprüche auf ärztliche Behandlung, vor allem auf teure Operationen abgeleitet worden. Eine weitere Veränderung ergab sich aus der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und der Begrenzung der Bewegungsfreiheit auf den Bezirk der jeweiligen Ausländerbehörde. Während sich die Praxis der Gemeinschaftsunterkünfte bis 1982 noch im rechtsleerem Raum befand, hatte man mit der entsprechenden Regelung im Asylverfahrensgesetz erstmals eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass die Bundesländer je nach Kapazität und Notwendigkeit, Sammelunterkünfte einrichten können. Auch setzte sich die 1980 begonnene die Praxis durch, Sozialhilfe und Zuwendungen an Asylbewerber nur noch in Form von Sachleistungen zu bezahlen. Der Zusammenhang zwischen Sammelunterkünften und Sachleistungen, beides Maßnahmen zur Kostensenkung, wird deutlich und erscheint unter bestimmten Umständen, etwa in Ballungszentren, durchaus sinnvoll. Ursula Münch stellt jedoch fest, dass die gesetzliche Regelung bald zu einer

grundsätzlichen „Lagereinweisung der Ausländer“ (Münc 1992: 97) führte. Auch das Argument der kostensenkenden Wirkung von Sammelunterkünften wurde von verschiedenen Studien in Frage gestellt<sup>11</sup>. Das Asylverfahrensgesetz trug wesentlich zu einer Verschlechterung der Lebensbedingung von Flüchtlingen bei.

Gleichzeitig wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zum Territorium der Bundesrepublik zu erschweren. 1986 einigte man sich mit der Führung der DDR und schloss das 'Schlupfloch Berlin', was Franz Nuscheler als „asylrechtlichen Mauerbau“ (2004: 144) charakterisiert. Die Asylnovelle von 1987 drohte Fluggesellschaften mit hohen Geldstrafen und der Pflicht zum Rücktransport, falls sie Ausländer ohne entsprechende Dokumente befördern sollten. Außerdem enthielt die Novelle eine Drittstaatenregelung, welche jedoch vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde, da sie nicht mit dem Art.16 GG in Einklang zu bringen war<sup>12</sup>. 1989 verhängte die Bundesrepublik die Visumpflicht für weitere 14 'Problemstaaten' der Dritten Welt und für Kinder unter 16 Jahren. Für internationales Befremden sorgte außerdem die Forderung der Bundesregierung, Flüchtlingskinder aus dem 1990 diskutierten internationalen Katalog der Kinderrechtskonvention herauszunehmen. Aus den genannten Regelungen und Veränderung wird deutlich, dass es sich um ein hektisch geschnürtes Paket handelte, mit dem Ziel die Bewerberzahlen einzudämmen.

Im Falle der Gastarbeitersituation deutete sich ebenfalls eine Wende an, die Karl-Heinz Meier-Braun als Wechsel von einem „Wettlauf der Integrationskonzepte“ zum „Wettlauf um eine Begrenzungspolitik“ (Meier-Braun 2002) auf ein Formel gebracht hat. Im Dezember 1981 entwickelte die sozial-liberale Koalition, auch unter Druck von der Opposition, eine Reihe von Maßnahmen zur Begrenzung des Familiennachzugs. Gleichzeitig kam es zum Streit um die Wirksamkeit finanzieller Rückkehranreize. Klaus Bade bezeichnet die Diskussion um die so genannten 'Rückkehrprämien' als „Musterbeispiel für die Verselbstständigung einer längst als ineffektiv erkannten, aber nicht mehr rückholbaren Initiative“ (Bade 1994: 58). Nach dem Misstrauensvotum gegen Kanzler Schmidt und der Bundestagswahl von 1983

---

11 (Goerens 2003: 27) zitiert einen Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit von 1983 nachdem die Unterbringung in Sammelunterkünften ca. 30 – 50% teurer ist, als in einer privaten Mietwohnung.

12 Ein „sicherer Drittstaat“ ist ein Staat, der die Menschenrechte garantiert. Falls ein Asylbewerber über einen solchen Staat das Bundesgebiet betritt, kann er dorthin abgeschoben werden. Nach dem Urteil des BVG widerspricht eine solche Regelung dem Art.16: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

wurden die Rückkehrhilfen von der christlich-liberalen Koalition beschlossen. Sie beinhalteten eine vorzeitige Erstattung von den Arbeitnehmerbeiträgen aus der Rentenversicherung ('10.500DM Gesetz') sowie Beratungsangebote für rückkehrwillige Arbeitnehmer. Die Maßnahmen führten jedoch zu den ohnehin erwarteten Mitnahmeeffekten von Gastarbeitern, die ohnehin zurückkehren wollten. Teilweise hatten diese 'Rückkehrwilligen' noch in der Hoffnung auf das Gesetz abgewartet. Die Maßnahme führte daher nicht zur einer Verringerung der in Deutschland leben Ausländer.

Der zweite Teil der 80er Jahre war vor allem von der Diskussion um die Novellierung des Ausländergesetzes geprägt, welches letztlich erst 1990 beschlossen wurde und die fünfte Phase einleitete. Diese Diskussion nutzte vor allem rechtsradikalen Parteien, die das Thema erfolgreich für ihren Wahlkampf instrumentalisierten<sup>13</sup>. Den hier lebenden Gastarbeitern, aber auch der Gruppe der Flüchtlinge, wurde vermittelt unerwünscht zu sein und eine Bedrohung für die ethnische Homogenität darzustellen.

### **2.2.8 Das neue Ausländergesetz und die Grundgesetzänderung (1990 – 1998)**

Die Reform des Ausländerrechts von 1990 markiert den Beginn der fünften Phase der deutschen Ausländerpolitik. Die Asylbewerberzahlen stiegen zu Beginn der 90er Jahre rasant an (1989: 121.315, 1990: 193.063, 1991: 256.112), verursacht durch eine Überlagerung so verschiedener Faktoren wie dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem jugoslawischen Bürgerkrieg und der wachsenden Armut in der 'dritten Welt'. Diese Entwicklung rückte das ohnehin schon erhitze diskutierte Thema weiter in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Hierbei entstanden in der Argumentation gefährliche Überschneidungen von so verschiedenen Problemfeldern wie der Integration der seit Jahrzehnten im Land lebenden Ausländer, der wachsenden Zahl deutsch-stämmiger Aussiedler und der sprunghaft gestiegenen Zahl von Flüchtlingen.

Der erste Schritt in dieser Phase, das Ausländergesetz von 1990, muss differenziert betrachtet werden. Einerseits brachte das Gesetz Verbesserungen für Flüchtlinge, denn von nun an wurde der Schutz politisch Verfolgter auch auf deren

---

<sup>13</sup> Die Republikaner zogen im Januar 1989 nach einem auf Ausländerbegrenzung gerichteten Wahlkampf mit 7,5% in das Berliner Abgeordnetenhaus ein.

Ehepartner und Kinder ausgeweitet, welche vorher in einem getrennten Verfahren betrachtet wurden. Außerdem wurde eine Regelung für so genannte 'De-Facto-Flüchtlinge' geschaffen, also jene Gruppe von Flüchtlingen, welche nicht nach Art.16 GG asylberechtigt waren, aber aus humanitären Gründen nicht in das Herkunftsland abgeschoben wurden. Nach 8 Jahren im Land sollten sie eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. Andererseits muss die Praxis kritisiert werden, den befristeten Aufenthaltsstatus von 'De-Facto Flüchtlingen' teilweise halbjährlich zu verlängern. Diese als 'Kettenduldung' bezeichnete Praxis versetzte die Flüchtlinge in eine höchst unsichere Lage<sup>14</sup>. Zusätzlich enthielt das Gesetz Erweiterungen der Ermessensspielräume der Ausländerbehörden, welche zu einer Beschleunigung der Verfahren führen sollten. Gleichzeitig wurde die politische Diskussion um das Ausländerrecht immer erhitzter geführt. Franz Nuscheler charakterisiert daher das Ausländergesetz von 1990 als Rechtssprechung im Sinne einer „Gefahrenabwehr“ (2004: 138).

Ende der 1980er Jahre vermehrten sich auf der Seite CDU/CSU die Stimmen, die nach einer Grundgesetzänderung riefen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hatte die in der Asylnovelle von 1987 erhaltene Bestimmung zu „sicheren Drittstaaten“ für grundgesetzwidrig erklärt und somit die Diskussion um eine Änderung des Art.16 GG genährt. Klaus Bade vergleicht die Situation mit einem Gordischen Knoten, den die Parteien geknüpft hatten. Angesichts sprunghaft gestiegener Asylbewerberzahlen, die 1992 mit 438.191 Flüchtlingen ihren Höhepunkt erreichten, sprach Bundeskanzler Helmut Kohl von einem „Staatsnotstand“, währenddessen sein CDU-Generalsekretär Volker Rühle die Notlage weiter anheizte<sup>15</sup>. Fragwürdige Schreckbilder prägten den Diskurs. Der Spiegel titelte „Das Boot ist voll“ und die Republikaner sprachen in ihrer Wahlwerbung von „Asylmissbrauch“, „Überfremdung“, und „Asylantenschwemme“. Die Ereignisse spitzten sich zu und entluden sich in den Brandanschlägen von Hoyerswerda (September 1991), Rostock

---

14 Nach dem neuen Ausländergesetz von 1990 unterschied man nun zwischen dem *großen Asyl* und dem *kleinen Asyl*. Das Erstere wurde nach Art.16 GG gewährt und der Flüchtling galt als asylberechtigt. Letzteres entstand durch Abschiebehindernisse im Herkunftsland und wurde nach §51 Abs.1 AuslG erteilt. Die häufige Verlängerung des *kleinen Asyls* führte zu den erwähnten 'Kettenduldungen'.

15 Die Berliner Tageszeitung (taz) machte in ihrer Ausgabe vom 8.10.1991 eine von Volker Rühle lancierte Kampagne publik. Rühle hatte alle CDU-Fraktionen auf kommunaler und Landes-Ebene dazu aufgefordert „die Asylpolitik zum Thema zu machen die SPD dort herauszufordern“. Dem Aufruf waren standardisierte Parlamentsanfragen, Musterpresseerklärungen und Argumentationsleitfäden beigelegt.



(März 1992), Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993). Konservative Politiker beriefen sich darauf in ihrer Rhetorik lediglich die vorherrschende Besorgnis der Bevölkerung aufzugreifen. Ihre Gegenspieler warfen ihnen vor mit dieser Rhetorik überhaupt erst die fremdenfeindliche Stimmung geschaffen zu haben.

Aus Angst die Asylpolitik zum dominierenden Wahlkampfthema im „Superwahljahr 1994“ zu machen, lenkte die SPD ein und unterstützte eine Änderung des Artikel 16 GG. Der lapidare Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ wurde durch drei Einschränkungen ergänzt. Die bereits in der Asylnovelle von 1987 enthaltene Drittstaaten Regelung ermöglichte es nun, Asylbewerber abzuschieben, die auf ihrem Weg in die Bundesrepublik durch einen „sicheren Drittstaat“ gereist waren. Dazu zählten neben den EG-Mitgliedsstaaten, die Schweiz, Norwegen, Polen und die Tschechische Republik. Auf diesem Wege hatte sich die Bundesrepublik mit einem asylrechtlichen 'Cordon Sanitaire' – einem Sicherheitsgürtel – umgeben, in welchen Flüchtlinge abgeschoben werden konnten. Ein zweiter Zusatz bezog sich auf Bewerber aus „sicheren Herkunftsländern“. Darunter zählten Länder, welche die Genfer Flüchtlingskonvention anerkennen und die Menschenrechte umsetzen. Ein dritter Zusatz nimmt Bezug auf den Status von Bürgerkriegsflüchtlingen, welche fortan im Ausländergesetz gesondert behandelt werden sollten und daher nicht direkt dem Asylrecht unterliegt. Dieser dreiteilige Zusatz des Art.16 GG wurde ergänzt durch das Asylverfahrensgesetz von 1992, welches den verbleibenden Luftweg nach Deutschland schließen sollte. Die darin enthaltene Flughafenregelung sah Unterbringungsmöglichkeiten auf den Flughafengelände vor und ein auf 19 Tage beschränktes Schnellverfahren.

Der Bonner Asylkompromiss hatte weitreichende Konsequenzen, auch für die Verhandlungspartner. Der Nobelpreisträger Günther Grass begründet seinen damaligen Austritt SPD auch heute noch damit, dass die Partei sich dazu bereit erklärt hatte, den Asylparagraph derart zu „verunstalten“<sup>16</sup>. Die Veränderungen hatten selbstverständlich weitaus größere Folgen für die Betroffenen. Die neue Regelung führte beinahe sofort zum Rückgang der Bewerberzahlen (1994: 127.210). Der ehemalige Verwaltungsrichter Günter Renner fasste die Bedeutung des „Asylkompromisses“ wie folgt zusammen:

---

16 Günter Grass in einem Interview im Deutschlandfunk vom 20.01.2008

„Das Grundrecht auf Asyl ist damit nicht nur für die meisten Flüchtlinge wegen der Durchreise durch einen Anrainerstaat praktisch beseitigt, sondern gleichzeitig rechtlich auf eine Garantie für diejenigen Ausländer beschränkt, denen eine formelle Asylankennung zusteht.“ (zitiert in Nuscheler 2004: 148)

Obwohl es in der politischen Diskussion zu vielfachen Überschneidungen der verschiedenen Gruppen gab, möchte ich im Folgenden die Veränderungen darstellen, welche sich in der fünften Phase für die inzwischen zu Einwanderern gewordenen „Gastarbeiter“ und für deutschstämmige Aussiedler ergaben.

Die zu Beginn der 90er Jahre wachsende Gruppe deutschstämmiger Aussiedler setzt sich zusammen aus den Nachkommen der Auswanderer des 19. Jahrhunderts und jenen Deutschen, die nach dem 2. Weltkrieg in den ehemaligen Ostgebieten geblieben waren. Die Mehrzahl dieser Menschen war in der Nachkriegszeit von kultureller Diskriminierung, Unterdrückung, teilweise sogar Deportation, betroffen. Die Folge daraus ist, dass für die Spätaussiedler das Deutsche zur Zweitsprache oder in vielen Fällen zur Fremdsprache geworden war. Das deutsche Staatsbürgerrecht, welches auf dem Grundsatz des Blutes und der Abstammung (*ius sanguinis*) beruhte, vereinfachte dieser Gruppe die Einwanderung. Schon seit den 50er Jahren war durch das Bundesvertriebenengesetz von 1953 eine Einwanderung dieser Gruppe von der Bundesregierung deutlich unterstützt worden. Klaus Bade schreibt zur allgemeinen Situation: „Ihre Aufnahme vollzog sich weitgehend im stillen und geriet nur gelegentlich ins grelle Licht einer empörten Öffentlichkeit.“ (1994: 148) Nach dem Zusammenbruch dem Fall des Eisernen Vorhangs stieg diese Zahl rasant an<sup>17</sup>, wobei man weiterhin die Grenzen für diese „Rückwanderergruppe“ offen hielt. Außerdem ermöglichte man es ihnen in den meisten Fällen, zusätzlich zur neu erworbenen deutschen Staatsbürgerschaft, ihre alte polnische, rumänische oder russische Staatsbürgerschaft zu behalten.

Die Gruppe der ehemaligen „Gastarbeiter“ war diesbezüglich deutlich schlechter gestellt. Es musste wie ein Schlag ins Gesicht wirken, dass man es den größtenteils türkischen Einwanderern nicht erlaubte ihre alte Staatsbürgerschaft im Falle einer Einbürgerung zu behalten, währenddessen den Spätaussiedlern eine doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht wurde. Ende der 90er Jahre gab es etwa 2 Millionen Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft. Die meisten davon waren Spätaussiedler

<sup>17</sup> 1980: 52.071; 1988: 202.673; 1990: 397.073; 1992: 230.565

oder Kinder aus binationalen Ehen. (Nuscheler 2004: 156) Trotzdem gab es Verbesserungen im Bereich der Einbürgerung. Das Ausländergesetz von 1990 schaffte Einbürgerungserleichterung für Menschen, die länger als 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt hatten und für dauerhaft im Land lebende Jugendliche. Im Zuge des „Asylkompromisses“ von 1992 verwandelte sich diese Regelung in einen Rechtsanspruch. Gleichzeitig wurde jedoch offiziell die Realität vom „Einwanderungsland Deutschland“ weiterhin bestritten. Für weitere Probleme sorgte die verschlechterte soziale Situation der ehemaligen Gastarbeiter. Viele der Einwanderer waren inzwischen arbeitslos und von sozialen Hilfsmaßnahmen abhängig geworden<sup>18</sup>. Unzureichende Integration (z.B.: in der Bildung) hatte auch die Chancen der zweiten Generation gemindert, in Deutschland fest Fuß zu fassen. Paradoxerweise eröffnete das Ausländergesetz von 1990 wieder in bestimmten Wirtschaftszweigen die Möglichkeit nach dem Rotationsprinzip mit befristeten Aufenthaltsgenehmigungen (§10) ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. In den Worten von Klaus Bade lässt sich die Ausländerpolitik der fünften Phase folgendermaßen zusammenfassen:

„Die lautstarke Asyldebatte lenkte ab von der allgemeinen Stagnation, Konzeptions- und Perspektivlosigkeit in der Ausländerpolitik, von den vorwiegend deklamatorischen Bemühungen um eine verstärkte Integration der Ausländerbevölkerung im Kontext der immer wieder folgenlos angekündigten Novellierung des Ausländerrechts, kurzum von der Vernachlässigung der politischen Sorgfaltspflicht im Umgang mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Problemfeld Migration“ (1994: 102)

### **2.2.9 Die rot-grüne Koalition und das Zuwanderungsgesetz (1998 – 2005)**

Mit der Initiative zu einer Reform des Staatsbürgerrechts 1998 zeichnete sich im Jahr des Regierungswechsels eine Wende auf dem Gebiet des Ausländerrechts ab. Der Phaseneinteilung von Meier-Braun (2002) folgend, beginnt damit die sechste Phase der deutschen Ausländerpolitik, die im Grunde bis heute anhält. Die Stationen dieser Phase sind neben der Reform des Staatsbürgerrechts, das heftig umstrittene Zuwanderungsgesetz sowie die darin vorgesehene Gründung einer offiziellen Institution für Migration und Integration. Am wichtigsten erscheint jedoch die lang verdrängte Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, die sich langsam auch in den

---

<sup>18</sup> Im November 1993 lag die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung mit 16,8% fast doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung (8,7%)

konservativen Kreises der Politik durchzusetzen scheint.

Der eingebrachte Entwurf zur Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes stieß bei der Opposition auf heftige Kritik. Der Auslöser dafür war die Option einer doppelten Staatsbürgerschaft<sup>19</sup>. Die Gegner des Entwurfs beriefen sich auf ein Übereinkommen des Europarates von 1963 zur „Vermeidung von Mehrstaatigkeit“. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die Bundesrepublik diese Vereinbarung weitaus strikter auslegte als die meisten seiner europäischen Nachbarn (Nuscheler 2004: 156 und Thränhardt 1997: 144). In der bisherigen Betrachtung zeigt sich zudem, dass man die doppelte Staatsbürgerschaft in bestimmten Fällen zuließ, obwohl sie prinzipiell unerwünscht war. Franz Nuscheler schreibt dazu: „Es ging also gar nicht so sehr ums Prinzip, sondern um die Frage, in welchen Fällen und unter welchen Umständen die Opportunität mehr Gewicht bekommen soll, als das Prinzip.“ (2004: 156). Nach zähen Verhandlungen trat 2000 eine abgeschwächte Version der Reform in Kraft, welche die doppelte Staatsbürgerschaft nur sehr eingeschränkt erlaubte. Demnach konnten im Land geborene Kinder von ausländischen Eltern beide Staatsbürgerschaften erhalten, mussten sich jedoch bis zum 22. Lebensjahr zwischen einer der Beiden entscheiden. Das Gesetz senkte außerdem für Erwachsene die für eine Einbürgerung notwendige Aufenthaltsdauer auf 8 Jahre. Zusätzliche Einbürgerungsrichtlinien machten eine Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz, ausreichende Deutschkenntnisse, gesetzliche Unbescholtenheit und Nachweise zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit (Lebensunterhalt, eigene Wohnung, etc.) zur Voraussetzung. Trotz der relativ hohen Hürde einer Aufgabe der ursprünglichen Staatsbürgerschaft stieg die Einbürgerungsquote 2000 gegenüber dem Vorjahr um 30%<sup>20</sup>, im Vergleich zu den 80er Jahren verdoppelte sich Zahl (Vgl. Bade & Oltmer 2004: 127f.). Die wesentliche Veränderung im Staatsbürgerschaftsgesetz stellt jedoch die Abkehr vom Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) und die Einführung des Territorialprinzips (*ius soli*) dar; einem Prinzip wie es in den klassischen Einwanderungsländern (USA, Großbritannien, Australien, etc.) schon immer praktiziert wurde.

Im Februar 2000 regte Kanzler Schröder mit seiner *Green Card Initiative*<sup>21</sup>

19 Im hessischen Landtagswahlkampf 1999 verhalf das Thema der CDU zum Sieg.

20 Unter den im Jahr 2000 erfolgten 186.688 Einbürgerungen stellten die türkischen Staatsbürger den größten Teil (82.861). weitere große Gruppen: 14.410 Iran, 9776 Libanon, 5008 Marokko. Danach folgten Afghanistan, Sri Lanka, Russische Föderation, Vietnam und Jugoslawien (je ca. 4500).

21 Gerhard Schröder kündigte auf der CeBIT-Messe im Februar 2000 die *Green Card Initiative* an, welche dem Fachkräftemangel in der IT Branche entgegenwirken sollte. Es folgte die als *Blue Card*

die Diskussion über den Wettbewerb um die „besten Köpfe“ und damit die Diskussion um ein modernes Einwanderungsgesetz an. Es muss als kluger Schachzug des Innenministers Otto Schily gesehen werden, dass er nach der heftig geführten Debatte um die Reform des Staatsbürgerrechts die angesehene Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) als Vorsitzende der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ einsetzte. Nach einjähriger Beratungszeit legte die so genannte Süssmuth-Kommission ihren Bericht im Juli 2001 vor. Schon die Einleitung signalisierte eine mentale Wende: „Die jahrzehntelang vertretene politische und normative Feststellung „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ ist aus heutiger Sicht als Maxime für eine deutsche Zuwanderungs- und Integrationspolitik unhaltbar geworden.“ (Kommissionsbericht 2001: 12f.)

Wenige Wochen später legte das Bundesinnenministerium den ersten Referentenentwurf für ein neues Zuwanderungsgesetz vor. Der Entwurf griff nur einzelne Punkte der Kommission auf, da die SPD sich wegen der knappen Mehrheit im Bundesrat mit der CDU verständigen musste. Andererseits würde man mit einem zu restriktiven Konzept den grünen Koalitionspartner verschrecken. Nach langen Beratungen, einer gescheiterten Abstimmung im Bundesrat im Dezember 2002 und erneuter Verhandlung im Vermittlungsausschuss wurde das Gesetz im Juli 2004 von Bundestag und Bundesrat beschlossen und trat schließlich am 1. Januar 2005 im Kraft. Aufgrund der komplizierten und heftigen Diskussionen um das Zuwanderungsgesetz kam zu einem großen programmatischen Abrieb. So betrachtet Klaus Bade es als Verlust (Bade 2007: 36), dass in Folge der Debatte verschiedene Punkte aus dem Gesetz gestrichen wurden, etwa das Punktesystem, welches eine flexible Regulierung der Arbeitsmarktzuwanderung ermöglicht hätte, oder das wissenschaftliche Gremium mit Beratungsfunktion.

Auf der rechtlichen Ebene brachte das Gesetz eine Vielzahl von Veränderungen. Die im Ausländergesetz von 1990 geschaffene kaum noch zu durchschauende Systematik der Aufenthaltstitel ersetzte das im Zuwanderungsgesetz enthaltene Aufenthaltsgesetz durch zwei Titel: die Aufenthaltserlaubnis und die Niederlassungserlaubnis, wobei Erstere stets befristet, Letztere hingegen unbefristet ist. Auf der institutionellen Ebene wurde durch das Zuwanderungsgesetz das „Bundesamt

---

bezeichnete bayerische Initiative, der sich verschiedene Bundesländer anschlossen. Bis 2002 wurden lediglich 13.000 der angezielten 20.000 Arbeitsgenehmigungen vergeben (Bade & Oltmer 2004: 130)

für Migration und Flüchtlinge“ (kurz: BAMF) in Nürnberg geschaffen. Die Behörde untersteht wie ihr Vorgänger dem Bundesinnenministerium<sup>22</sup>. Jedoch schon die veränderte Bezeichnung ('für Migration') deutet auf die immense Erweiterung ihrer Kompetenzen hin. Die Behörde wurde somit zum zentralen Anlaufpunkt für einwanderungswillige Ausländer, bzw. Aussiedler. Sie entscheidet über Asylanträge und Abschiebeschutz, berät Ausländer in sozial-rechtlichen Fragen und organisiert die so genannten Integrationskurse. Zu diesen Kursen gehören Sprachkurse (600 Unterrichtsstunden), Sprachtests und die Orientierungskurse (45 Stunden<sup>23</sup>), welche Kenntnisse zu Staat, Gesellschaft und Geschichte vermitteln sollen. Das BAMF stellt die Umsetzung einer nach außen klarer strukturierten Behörde dar (Prinzip des *One-Stop-Government*). Das Zuwanderungsgesetz bedeutete vor allem einen Wandel im Umgang mit dem Thema Migration. Dies ist auch im Bereich von Flucht und Asyl zu erkennen. Auf Drängen des grünen Koalitionspartners wurde im Zuwanderungsgesetz die Flüchtlingsdefinition erweitert und damit den tatsächlichen Fluchtsituationen angepasst. Erstmals werden daher Menschen als asylberechtigt anerkannt, die von nicht-staatlicher oder geschlechtsspezifischer Verfolgung betroffen sind.

Dennoch erscheint es fragwürdig den Flüchtlingsbegriff zu erweitern, wenn gleichzeitig immer weniger Menschen Zugang zu dem Territorium finden<sup>24</sup> und erhalten, in welchem dieser Begriff seine Anwendung findet. Die Zahl der Flüchtlinge sank im Zuge der europäischen Harmonisierung des Asylrechts weiter, da die umstrittene Drittstaatenregelung nun von allen europäischen Ländern eingeführt wurde<sup>25</sup>. Die europäische Dimension des Asylrechts, welche nicht im Rahmen dieser Arbeit liegt, ist überhaupt sehr kritisch zu bewerten<sup>26</sup>. Jedoch selbst auf der Ebene der Flüchtlingsdefinition geht die vom Zuwanderungsgesetz erbrachte Erweiterung nicht weit genug und zwischen Definition und Realität klafft immer noch ein riesiger Spalt. Menschen, die etwa vor Hunger, Armut oder ökologischen Katastrophen fliehen, werden von keiner Flüchtlingsdefinition erfasst, obwohl sich immer wieder beobachten

---

22 Das 1953 gegründete „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ war ausschließlich mit Asylverfahren beschäftigt. Andere Aufgaben waren auf das Innenministerium und das Ministerium für Soziales verteilt.

23 Mit dem 1. Januar 2008 wurde die Stundenzahl von 30 auf nun 45 Stunden angehoben.

24 Die Asylbewerberzahlen sinken weiterhin: 78.564 (2000), 50.563 (2003), 21.029 (2006)

25 So wurde die Regelung zwar von allen Mitgliedern übernommen, aber die Definitionsmacht, welche Staaten als Drittstaaten zu zählen sind, liegt weiterhin bei den einzelnen Nationalstaaten.

26 Die größte Kritik an der „Festung Europa“ kommt von den Menschenrechts- und Wohlfahrtsverbänden, bzw. den Flüchtlingsorganisationen. Zum empfehlen ist der Bericht der DRK von 2003. URL: [www.drk.de/migrationsarbeit/download/EU\\_Asyl\\_Migration.pdf](http://www.drk.de/migrationsarbeit/download/EU_Asyl_Migration.pdf) (letzter Zugriff: 15.8.2008)

lässt (z.B.: in Ruanda oder Darfur), dass Hunger und Armut als besonders grausames Mittel zur Verfolgung ganzer Bevölkerungsgruppen eingesetzt wurde und wird. Für die deutsche Rechtsprechung brachte das Zuwanderungsgesetz daher nur wenige Vorteile für Asylbewerber, etwa die Einführung einer Härtefallkommission, welche Abschiebungen unter bestimmten Voraussetzungen stoppen kann oder die Abschaffung des „Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten“<sup>27</sup>. Dennoch enthielt das Gesetz eine Reihe restriktiver Maßnahmen und Einschränkungen („Auffanglager in Nord-Afrika“, „Ausreisezentren“, Asylrecht als Gefahrenabwehrrecht, keine Umsetzung der von der Süsmuth Kommission geforderten Rechtssicherheit und sozialer Absicherung)<sup>28</sup>. Auch fand man keine Lösung für die illegal hier lebenden Ausländer und deren Familien.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es wohl größtenteils dem langen, zähen Ringen um den politischen Konsens geschuldet ist, dass die wenigen Verbesserungen, die das Zuwanderungsgesetz brachte, eher auf der institutionellen Ebene, durch die Gründung einer zuständigen Behörde, und auf der symbolischen Ebene, durch die Abkehr vom Dogma des „Nicht-Einwanderungslandes“, zu finden sind.

### **2.3 Zusammenfassung**

Aus dem vorherigen Kapitel ist vor allem Eines deutlich geworden: die Deutschen könnten den Probleme, die sich aus dem Themenfeld Migration und Integration ergeben, eigentlich zuversichtlich entgegen sehen. An Erfahrung mit dem Thema mangelt es den Deutschen nicht und sie stehen selbst klassischen Einwanderungsländern nicht nach. Diese Möglichkeit zeigte sich in der erfolgreichen Integration der Flüchtlinge, die nach dem zweiten Weltkrieg kamen, und der Spätaussiedler, die verstärkt nach dem Fall des Eisernen Vorhanges kamen. Die Integration dieser beiden Gruppen verlief trotz Reibungsflächen erfolgreich.

Dennoch kann von Gelassenheit auf der politischen Bühne keine Rede sein. Seit den 1980er Jahren wurde heftig über Ausländerpolitik gestritten und das Thema wurden von den politischen Akteuren instrumentalisiert. Die Gründe hierfür sind

---

<sup>27</sup> Der „Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten“ wurde 1994 zur Entscheidung strittiger Asylverfahren eingesetzt. Er entschied bis zum Jahr 2000 stets zu Ungunsten des Asylbewerbers.

<sup>28</sup> Vgl. Nuscheler 2004: 160ff.

vielfältig<sup>29</sup>. Eine der Hauptursachen waren die realen Versäumnissen in der Integrationspolitik, die zu großen Problemen führten. Ein weiterer, wichtiger Aspekt lag in der Tatsache, dass in den 60er und 70er Jahren zunehmend Menschen einer anderen, fremden Kultur nach Deutschland kamen. Die Erkenntnisverweigerung „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, auf Seiten der Politik, führte dazu, dass der Großteil an notwendiger Integrationsarbeit von nicht-staatlichen Institutionen, etwa den Wohlfahrtsverbänden oder den Kirchen, übernommen wurde. Erst in den 90er Jahren revidierte man den Kurs und erreichte in kleinen Schritten durch Einbürgerung und Integration einen Politikwechsel. Wirklich vollzogen wurde dieser Kurswechsel erst mit der Süßmuth-Kommission und Zuwanderungsgesetz. Selbst mit dem Zuwanderungsgesetz bleibt auch hier einiges Integrationsarbeit offen. Klaus Bade beschreibt die Aufgabe als „nachholende Integration“ (2007: 38) und weist damit darauf hin, dass die im Zuwanderungsgesetz enthaltenen Integrationsangebote fast ausschließlich die Neuzuwanderer betreffen. Damit verfehlt das Zuwanderungsgesetz die Gruppe derer, die schon schon seit Jahrzehnten im Land leben.

Die Versäumnisse der Politik sind unter anderem der fehlenden Regulierung geschuldete. Man glaubte damals an die Selbstregulierung von Migration nach gewissermaßen wirtschaftlichen Motiven, d.h.: wenn ein Gastarbeiter hier nicht mehr arbeiten kann, dann geht er wieder in sein Heimatland. Als dies nach den Anwerbestopp 1973 nicht eintrat, sondern sich die Einwanderung durch Familiennachzug verstetigte, flüchtete man sich in die Erkenntnisverweigerung und wählte Abschreckung und Begrenzung als geeignete Mittel. Die auf diesem Wege entstandenen kollektiv-mentalen Gräben zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Einwanderern wurden zu Beginn der 90er Jahre zusätzlich angeheizt, als plötzlich hunderttausende Flüchtlinge kamen. Statt sich der historischen Verantwortung der Bundesrepublik zu erinnern und den Menschen hier Asyl zu gewähren, instrumentalisierte man das Thema weiter, sprach von „Asylmissbrauch“ und „Ausländerkriminalität“ und setzte schließlich die Axt an einem Grundrecht an. Die Grundgesetzänderung verschloss die bundesdeutschen Grenzen verlagerte aber das „Asylproblem“ lediglich in andere Regionen<sup>30</sup>. Trotz

---

29 Ein Grund könnte die wirtschaftliche Entwicklung und die steigende Zahl der Arbeitslosen sein. Ulrich Mammey zeigt den Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Zuwanderung, bzw. wirtschaftlicher Entwicklung und den rechtlichen Bedingungen für Migration auf. (Mammey 1990)

30 Im Zuge der europäischen Asylrechtsharmonisierung übernahmen alle Mitgliedsländer das deutsche Modell und führten eine Drittstaatenregelung ein.



zurückgehender Bewerberzahlen, werden die ethnischen, ökologischen und ökonomischen Konflikte in der Welt nicht weniger, sondern das Gegenteil in der Fall. Die Bootsflüchtlinge, die immer wieder versuchen das Mittelmeer zu überqueren sind die traurigen Zeugen für diese Entwicklung. Nötig wäre ein massives Entwicklungs- und Befriedungsprogramm in den Konfliktregionen. Ein solches Vorhaben scheint nicht in Sicht und selbst, wenn der politische Wille für ein solches Vorhaben entstehen würden, könnte es Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Zu der Gruppe der Flüchtlinge, der Gastarbeiter, ihrer Kinder und zu den deutschstämmigen Aussiedlern kommen noch die angeworbenen Fachkräfte hinzu. In einem Europa der Freizügigkeit und einer globalisierten Welt gilt vor allem, dass in Zukunft mehr Menschen in die Bundesrepublik bzw. nach Europa kommen werden. Mit dem Ziel eines erfolgreichen Zusammenlebens ist eine möglichst menschenfreundliche Sprache gegenüber diesem Teil der Bevölkerung als ein wichtiger Integrationsschritt zu interpretieren. Die öffentliche Sprache sollte eine politische Kultur transportieren, welche es ausländischen Mitbürgern erleichtert, sich hier zu integrieren. Der Hauptteil der folgenden Untersuchung wird sich damit beschäftigen, auf welche Weise öffentliche Sprache im Allgemeinen und die Sprache des Migrationsdiskurs im Speziellen für die wissenschaftliche Betrachtung erschlossen werden kann.

### **3 Sprachwissenschaftliche Untersuchungen und Politik**

#### ***3.1 Allgemeine Betrachtungen***

Das folgende Kapitel ist unterteilt in allgemeine Betrachtungen zum Thema sprachwissenschaftliche Untersuchungen und Politik (3.1) und in ausgewählte Studien (3.2). Im ersten Teil soll der Versuch gemacht werden, das weitläufige Feld der politischen Kommunikationsforschung grob zu überblicken. Dabei werden konkurrierende Bezeichnungen für verschiedene Teile des Forschungsgegenstandes (3.1.1), verschiedene methodische Zugänge und Fokussierungen (3.1.2) und damit einhergehend verschiedene Zielsetzungen (3.1.3) vorgestellt. Die Vielzahl der Studien sollen dabei schematisiert und kategorisiert werden, um in Abgrenzung zu ihnen, den eigenen Ansatz und die eigene Methode später adäquat einordnen zu können. Es sei

darauf hingewiesen, dass kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, da ein Solcher den Rahmen dieser Arbeit um ein Vielfaches übersteigen würde. Im zweiten Teil (3.2) sollen drei spezielle Studien herausgegriffen und näher erläutert werden. Dabei handelt es sich um den Topos-Begriff (3.2.1), wie er von Martin Wengeler verwendet worden ist, das diskurshistorische Wörterbuch der Düsseldorfer Projekt Gruppe „Einwanderungsdiskurs seit 1945“ (3.2.2) und die deontische Dimension von Redebeiträgen im deutschen Bundestag von Josef Klein (3.2.3). Die Auswahl der drei Studien begründet sich daraus, dass sie den Migrationsdiskurs näher beleuchten. Die ersten beiden Studien blicken aus historischer Perspektive auf den gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Letztere fokussiert die frühen 90er Jahre und richtet den Blick auf die innerparlamentarische Debatte und somit auch auf die strategische Funktion von Sprache.

### **3.1.1 Bezeichnung und Forschungsgegenstand**

Die Erforschung politischer Kommunikation ist von Wissenschaftlern aus ganz unterschiedlichen Disziplinen vorangetrieben worden, jeweils mit verschiedenen Perspektiven und Methoden. Da dem Themengebiet eine gemeinsame theoretische Schule oder Herkunft fehlt, ist es nicht verwunderlich, dass eine Vielzahl von Begriffsbezeichnungen miteinander konkurrieren. Einige Autoren stellen mit dem Titel *Sprache und Politik* beide Gebiete scheinbar gleichberechtigt nebeneinander (Grünert 1974, Bergsdorf 1978, Kettemann et al. 1998, Kilian 2005, Neuss & Holly 2007). Eine Abwandlung davon ist *Politik und Kommunikation* (Mueller 1975). Hinter dieser scheinbaren Symmetrie verstecken sich jedoch so unterschiedliche Themen, wie Sprachpolitik (Kettemann et al. 1998, Neuss & Holly 2007), politische Soziologie (Mueller 1975), die historische Betrachtung der Sprache einer politischen Bewegung (Grünert 1974), bzw. ganz heterogene Aufsatzsammlungen (Kilian 2005). *Sprache und Politik* muss demnach eher als lose Klammer für gänzlich disparate Studien gesehen werden. Mit der Bezeichnung *Sprache der Politik* hat Georg Klaus (1971) versucht den Forschungsgegenstand klarer zu umreißen. Dennoch blieb sein Vorschlag relativ folgenlos und findet sich nur in wenigen Publikationen wieder (z.B.: Erfurt 1988). Ohne sich auf Klaus' Benennung zu beziehen, griffen einige Autoren die Bezeichnung später

in Form des Wortspiels *Sprache der Politik – Politik der Sprache* wieder auf (z.B.: Ellwein 1989, Wodak 1990, Liepold-Mosser 1996). Es scheint, als ob die Titel der verschiedenen Publikationen kaum Hinweise auf eine sinnvolle Bezeichnung und Klassifikation weder Disziplin noch des Forschungsgegenstandes enthalten.

Dennoch gibt es zumindest für den Forschungsgegenstand zwei Bezeichnungen, die besonders oft Verwendung finden: *politische Sprache* und *Sprache in der Politik*. Armin Burkhardt (1996: 77) verweist darauf, dass sich diese beiden dominanten Bezeichnungen auch in den Namen zweier wissenschaftlicher Arbeitsgruppen finden lassen: dem Arbeitskreis *Politische Sprache* der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft steht die von Sprachwissenschaftlern gegründete Arbeitsgemeinschaft *Sprache in der Politik* gegenüber. Es erscheint schlüssig, dass sich die Politologen für die erste Version entschieden haben, da diese sich mehr auf das politische (Ver-) Handeln konzentriert. Die zweite Variante platziert (durch die Präposition *in*) das originär sprachwissenschaftliche Feld im politischen Kontext. Leider wurden auch diese beiden Bezeichnungen erst durch Burkhardt (1996) gegenübergestellt und blieben bis dato relativ unscharfe Sammelbegriffe.

Gleichzeitig findet man in der Literatur eine Vielzahl sehr spezieller Titel, wie etwa: *Politische Sprache und verbale Strategien* (Panagl & Stürmer 2002), *Politikersprache* (Holly 1990), *Das Parlament und seine Sprache* (Burkhardt & Pape 2003), *Öffentlicher Sprachgebrauch* (Böke 1996), *Demokratische Sprache* (Kilian 1997), *Totalitäre Sprache* (Wodak & Kirsch 1995, Beißwenger 2000). Davon abweichend, redet man durch Attribuierung von *politischer Semantik* (Klein 1989), *politischer Kommunikation* (Dieckmann 1981), *politischem Diskurs* (Habscheid & Klemm 2007), *politischer Sprachkultur* (Holly 1989). Die Verwirrung scheint vollkommen zu sein, wenn man versucht, die Mehrdeutigkeit von Bezeichnungen, wie *politische Sprachwissenschaft* (Januschek 1985) aufzulösen<sup>31</sup>.

Armin Burkhardt (1996) verschafft dem verwirrten Leser hier etwas Ordnung im undurchsichtigen Dickicht der Begriffe. Er schlägt das Kompositum *Politolinguistik* als Überbegriff für die gesamte Disziplin vor. Außerdem wählt Burkhardt *politische Sprache* als Überbegriff des zu untersuchenden Phänomens.

<sup>31</sup> Die Verwendung des Adjektives *politisch* eröffnet die Frage, ob es den Forschungsgegenstand der Sprachwissenschaft (auf Politik angewendete Sprachwissenschaft) oder diese selbst bezeichnet (politische motivierte Sprachwissenschaft).

Hierbei kann die Mehrdeutigkeit des Wortes *Sprache* als Vorteil betrachtet werden. Aus Sicht der Linguistik lässt es Raum für zwei wichtige Seiten von Sprache, deren Unterscheidung Ferdinand Saussure zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführt hatte. Einerseits beinhaltet Sprache die Sprachhandlung als kommunikativen Akt. Andererseits bezeichnet Sprache das in dieser Handlung verwendete Zeicheninventar, sowie dessen Struktur und Regelhaftigkeit. Ersteres ist mit Saussure's Begriff *parole* zu beschreiben, währenddessen Letzteres mit seinem Begriff *langue* zusammenfällt. Damit fügt sich die Bezeichnung in eines der bestimmenden Paradigmen der Linguistik ein. Das Phänomen *politische Sprache* eröffnet dem Forscher die zwei Seiten von Sprache im Allgemeinen, nämlich die kommunikative Handlung, sowie das dabei eingesetzte Zeicheninventar. Weiterhin kann das Adjektiv *politisch* verschieden ausgelegt werden. Meint man *politisch* im Sinne eines Themengebietes, ähnlich wie etwa *künstlerisch* oder *wissenschaftlich*, so kann *politische Sprache* auch an einem Stammtisch vernommen, dokumentiert und zum Forschungsgegenstand gemacht werden. Andererseits kann *politische Sprache* auf den institutionellen Rahmen bezogen werden, also auf die Sprache der Regierungsmitglieder, Repräsentanten, Parteien oder Verbänden. Diese beiden Unterkategorien *politischer Sprache* bezeichnet Burkhardt als *politisches Sprechen*, das Sprechen über Themen der Politik, und *Politiksprache*, als der Sprache von institutionalisierten Akteuren. Letztere spaltet sich auf in eine interne und eine externe Ausprägung. Die interne Variante benennt Burkhardt mit *Sprache in der Politik*. Damit ist eine Art „Institutionensprache“, „Funktionssprache“ oder eine „Sprache des verwalteten Sachgebietes“ gemeint, welche ungeeignet scheint für eine öffentliche Auseinandersetzung. Die *Sprache in der Politik* könnte zu *Sprache innerhalb der Politik* oder zu *Sprache zwischen Politikern bzw. politischen Institutionen* umformuliert werden. Die externe Variante ist die *Politikersprache*. Sie ist vor allem als „Meinungssprache“ zu verstehen, mit welcher die Akteure in öffentlichen Debatten, Reden, Podiumsdiskussionen, Interviews oder Wahlkampfauftritten für einen bestimmten Standpunkt werben wollen. Die *Politikersprache* ist meist außen, an potentielle Wähler oder Interessengruppen, gerichtet. Mit seiner Unterteilung in eine interne und eine externe Variante der *Politiksprache* greift Burkhardt die Theorie der doppelten Realität des Politischen auf (Edelmann 1964). Die doppelte Realität ergibt sich aus der entscheidungsrelevanten Binnenkommunikation auf der einen Seite und der nach außen gewandten Darstellung von Politik andererseits. Der Unterschied zwischen

*Sprache in der Politik* und *Politikersprache* liegt daher vorrangig in den unterschiedlichen Adressaten.

Zwischen dem *politischen Sprechen*, welches im halböffentlichen und privaten Umfeld zu verorten ist, und der meist hoch offiziellen *Politiksprache* vermittelt die so genannte *politische Mediensprache*. Das Konzept einer *politischen Mediensprache* erscheint in den Zeiten der modernen Massenmedien durchaus angebracht, kann jedoch in die Irre führen, denn die Linie zwischen *politischer Mediensprache* und der nach außen gerichteten *Politikersprache* ist keineswegs trennscharf. Der Grund hierfür liegt auf der Hand: Ein großer Teil der *Politikersprache* findet ohnehin in den Medien statt, in Form von Interviews, Diskussionen oder Fernsehbeiträgen. Hier ist auf den besonderen Charakter dieser medialen Konstellation hinzuweisen. Walther Dieckmann bezeichnet ein Interview oder einen Podiumsdiskussion als Trialog (1981: 218). Er beschreibt mit dem Begriff Trialog die Beobachtung, dass die politischen Akteure – etwa in einer Podiumsdiskussion, aber auch in einer im Fernsehen übertragenen Bundestagsdebatte – an den physisch Anwesenden Gesprächspartnern oder Zuhörern vorbei reden und sich letztendlich an die nicht physisch anwesenden Fernsehzuschauer, Radiohörer oder Zeitungsleser richten. In diesem Sinne hat der Trialog auch immer den appellierenden Charakter einer Rede, also den Charakter eines Monologs. Hinzu kommt, dass die Interviewpartner und Diskussionsteilnehmer fast immer für ihre Partei bzw. für ihre Interessenverbände sprechen. Selbst in Diskussionen und Interviews zu sehr speziellen Themen gibt es eine begrenzte Anzahl von Standpunkten, die vertreten wird. Hier wird das Problem mit der *politischen Mediensprache* deutlich. Da die Medien nicht einfach als neutraler Beobachter in der Luft hängen, sondern selbst einen Standpunkt, manchmal sogar eine bestimmte Partei, vertreten, zeigen sich in der *politischen Mediensprache* Charakterzüge der *Politikersprache* mit dem Effekt, dass Erstere in der Letzteren vollends verschwindet.

Nach der voran gegangenen Klassifikation des Phänomens politischer Sprache, sowie der Begründung für die treffende Begriffsbezeichnung (*Politolinguistik*), soll der Forschungsgegenstand nun aus der Perspektive der Politikwissenschaft gegliedert werden. Dabei hilft die aus dem englischen Sprachraum stammende Unterteilung des Politikbegriffs in *Polity* (System), *Politics* (Prozess) und

*Policy* (Themengebiet). *Polity* bezeichnet hier die Systemebene. Es handelt sich um die Staatsorganisation bzw. die institutionelle Ordnung politischer Systeme. Die Untersuchung der Sprachverwendung politischer Systeme kann als Vorläufer der germanistischen Politolinguistik gesehen werden, wobei hier vor allem die Studien zur Sprache des Nationalsozialismus gemeint sind. Neben dem wohl bekanntesten Werk *Lingua Tertii Imperii* („die Sprache des Dritten Reiches“), des Dresdner Romanisten Victor Klemperer (1949), ist hier die Gemeinschaftsarbeit zwischen Dolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm E. Süskind mit dem Titel „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ (1957) zu nennen. Das Forschungsinteresse scheint hier bis heute nicht abgenommen zu haben (Wodak & Kirsch 1995, Beißwenger 2000). Außerdem wurden mit dem wachsenden Ost–West–Konflikt zunehmend die Unterschiede der „Ideologiesprachen“ der beiden Systeme, im besonderen der SED-Diktatur, behandelt, was den westdeutschen Wissenschaftlern den Vorwurf einer politisch-motivierten Sprachwissenschaft und einer beabsichtigten Teilung der deutschen Sprache einbrachte. Befreit von diesen Zwängen untersuchte man nach 1989 vor allem die „Sprache der Wende“ als einer Zeit des politischen Systemwechsels (Lerchner 1992, Rößler 1997). Bezogen auf den Parlamentarismus gibt es eine Vielzahl von Studien. Beispielhaft sind hier die Untersuchungen zur parlamentarischen Debatte (Burkhardt 1996), dem Vergleich zwischen der Sprache der direkten Demokratie in der Schweiz und dem bundesdeutschen System (Klein 1996) oder zu Textsorten im Gesetzgebungsverfahren (Klein 1991) zu nennen.

Im Gegensatz zu *Polity*, beschreibt *Politics* nicht die Systemebene, sondern den prozessualen Charakter der Politik. Dabei hebt dieser Ansatz vor allem die strategische Verwendung von Sprache in der Politik hervor. Neben der Nutzung von Metaphern, Euphemismen und Vagheit als rhetorische Mittel steht vor allem das Prinzip des „Begriffe-Besetzens“ im Vordergrund (Liedke, Wengler & Böke 1991), bei welchem die politischen Akteure um die Kompetenz auf speziellen Themengebieten wetteifern. Besonderes Interesse gilt hierbei der Wahlkampfsituation. Es finden sich Studien zu den Slogans verschiedener Bundestagswahlkämpfe (Toman-Banke 1996), Europa-Wahlkämpfen (Holly 1991) und zu Wahlkämpfen in den Medien (Klein 1990). Zusätzlich gibt es eine Vielzahl sehr spezieller Studien, etwa zur Geschichte der NS Vergleiche (Stötzel 1989) oder zu politischen Skandalen (Burkhardt 2003). Ein Beispiel hierfür ist die Analyse der Rede des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger anlässlich

des 50. Jahrestags der „Reichspogromnacht“ (Girnth 1993). Untersuchungen zu *Politics* sind daher vor allem an der strategischen Verwendung von Sprache interessiert.

Der dritte Begriff, *Policy*, befasst sich mit ganz konkreten politischen Themengebieten. Dabei wird ein Diskurs von gesellschaftlicher Aktualität – meist kritisch – thematisiert. Darunter zählen Themen, wie die *Neue Linke* in den USA (Gitlin 1980), die Aufrüstungsdebatte in der BRD (Wengeler 1992), die feministische Bewegung (Böke 1995), die Abtreibungsdiskussion (Ball-Rokeach et al. 1990, Böke 1991), die Umweltdiskussion (Haß 1989), die Atomenergie (Jung 1994), die Wirtschafts- und Sozialpolitik (Wengeler 1995), die Europa-Politik (Diekmannshenke 1996) und die Migrations- und Asylpolitik (Klein 1995, Jung 1997, Wengeler 2003). Das Interesse an Studien zu einem bestimmten Politikfeld steht dabei meist im Zusammenhang mit der allgemeinen öffentlichen Aufmerksamkeit, welche es auf sich zieht.

Aus dem vorangegangenen Versuch, den Forschungsgegenstand zu gliedern und mit den passenden Etiketten zu versehen, ist deutlich geworden, dass die Schematisierung als Überblick dienen kann, um das komplexe Verhältnis zwischen Sprache und Politik etwas verständlicher zu machen. Dennoch bewegen sich viele der aufgezählten Studien in einer Grauzone zwischen den aufgestellten Kategorien. Das liegt darin begründet, dass Kategorien wie *Politiksprache* und *politische Mediensprache* auch in der Realität oft nur vermischt vorgefunden werden können. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn insbesondere die Studien zu bestimmten Themengebieten (*Policy*) diese Grenze nicht ziehen und *politische Mediensprache* und *Politiksprache* gemeinsam untersuchen. Dennoch gibt es Forschungsfragen, die eine Trennung durchaus sinnvoll machen. Monika Toman-Bankes (1996) Analyse von Wahlslogans der Bundestagswahlkämpfe sind nur in Lichte dieser Trennung verständlich. Ebenso verhält es sich bei Werner Hollys exemplarischer Studie zu den verschiedenen Sprachhandlungen eines einzelnen Bundestagsabgeordneten (1990).

Ebenso sind die verschiedenen Politikbegriffe wie *Polity*, *Politics* und *Policy* zu verstehen. Es handelt sich um Idealtypen, die einen bestimmten Aspekt von Politik hervorheben, welcher der sprachwissenschaftlichen Untersuchung als Zugang und Brennpunkt zugleich dienen kann. Trotzdem beleuchtet eine solche Untersuchung auch immer die anderen Aspekte. In den *Policy*-Studien (z.B.: zur Debatte um die

Atomenergie oder die Aufrüstung) sind immer Aspekte von *Politics* enthalten, weil diese Themen – vor allem im Wahlkämpfen – immer strategisch eingesetzt werden.

### 3.1.2 Methoden

Die heutige Politolinguistik betrachtet im Grunde alle strukturellen Ebenen von Sprache. Dem „Politolinguisten“ steht ein reicher Methodenmix zur Verfügung. Dennoch lassen sich zwei linguistische Hauptfelder erkennen: die Semantik und die Pragmatik. Während sich die Semantik mit der Bedeutung von Äußerungen auf der Wort-, Satz- und Textebene beschäftigt, versucht die Pragmatik vor allem die kommunikative Funktion (oder Handlung) von konkreten Äußerungen näher zu bestimmen und diese zu systematisieren. Beide Ebenen mitsamt ihrem methodischen Inventar sollen im Folgenden näher bestimmt werden. Dabei werden exemplarisch einige Studien und die relevanten Forschungsergebnissen angeführt.

Die linguistische Pragmatik beginnt in ihrem Ursprung mit den Theorien Ludwig Wittgensteins, der die Bedeutung in der Sprache vor allem in deren Verwendung sah. Wittgenstein beschreibt diese Verwendung als eine unüberschaubare Zahl von kommunikativen Handlungen, so genannten „Sprachspielen“. Der Philosoph John L. Austin etikettierte diese „Sprachspiele“ später als Sprechakte. Austins Theorie der Sprechakte gehört wohl zu den Grundsteinen der Pragmatik. Für die Politolinguistik bedeutet die Theorie der Sprechakte vor allem, dass ein Text oder eine Äußerung nicht als bloße Abfolge von Sätzen gesehen werden darf, sondern dass der Text ein zusammenhängendes Ganzes in einer kommunikativen Situation bildet. Diese Kommunikationshandlung wird ihrerseits beeinflusst von der Intention und Strategie des Sprechers, von eventuell vorangegangenen Ereignissen, von zu erwartenden Konsequenzen, von konventionellen Normen und dem institutionellen Rahmen. Eine solche pragmatisch-kommunikative Perspektive findet in der Untersuchung politischer Sprache einen fruchtbaren Boden. Als ein exemplarisches Beispiel dokumentierte Werner Holly (1990) den Sprachgebrauch eines „durchschnittlichen“ Bundestagsabgeordneten. Während sprachliche Äußerungen von Politikern bis dato vor allem unter stil-ästhetischen Gesichtspunkten kritisiert wurden, konnte Holly aufzeigen, dass es sich bei den Äußerungen von Politikern um eine bestimmte Art von Sprechakten handelt.



Das wiederkehrende Muster bestimmter Sprechakte war dabei abhängig vom jeweiligen Kontext. Richtet sich ein Politiker an die Öffentlichkeit (*Politikersprache*), so schlussfolgert Holly, steht vor allem das *Legitimieren* und *Werben* als Sprechakt im Vordergrund. Die interne Kommunikation (*Sprache in der Politik*) hingegen ist eher von *Selbstdarstellen*, *Sondieren* und (*sich*) *Bestätigen* geprägt. Hollys Studie nutzt die Theorie der Sprechakte, um die konkreten Äußerungen von Politikern zu erklären.

Ein weiterer Grundstein der Pragmatik liegt in der Formulierung des „Kooperationsprinzips“ des britischen Sprachphilosophen Herbert Paul Grice (1975). Grice hielt fest, dass – unter der Voraussetzung, dass die Teilnehmer sich etwas zu verstehen geben wollen – Kommunikation eine Form von kooperativem Handeln darstellt. Der Erfolg dieser Kooperation ist gebunden an die Erfüllung von 4 Maximen (Qualität, Quantität, Relevanz und Klarheit<sup>32</sup>). In der Politolinguistik konnte auf diese Theorie aufbauend vor allem die Sprachkritik wissenschaftlich fundiert werden (Heringer 1982). Zusätzliche berufen sich verschiedene Studien auf die 4 Maxime und zeigen auf, wie in der *Politikersprache* gegen sie verstoßen wird, z.B. durch gezieltes Kaschieren bestimmter Fakten. Josef Klein stellt in seiner Analyse von Fernsehdebatten (1990: 23ff) den Griceschen Maximen seine eigenen Maxime gegenüber, die so genannten „strategischen Maxime“<sup>33</sup>. Nach Diesen hat sich ein Politiker möglichst strategisch (*Politics*) zu verhalten. Wenn beide Maxime in Konflikt geraten, so ist der Politiker aufgefordert das kleinere Übel zu wählen. Kleins Resümee klingt ernüchternd: „Bei Anwendung dieser Entscheidungsmaxime ziehen die Gebote der Kommunikationsethik vielfach den kürzeren“ (1990: 24).

Ein dritter Punkt in der Pragmatik, welcher in der Politik eine zentrale Rolle spielt, ist der Sprechakt des *Überzeugens*. Traditionell beschäftigt sich die Rhetorik mit den Mitteln der sprachlichen Persuasion und geht in dieser Tradition auf die griechische Antike zurück. Dabei werden – meist deskriptive – Leitfäden für ein erfolgreiches Argumentieren gegeben. Insbesondere Kienpointer (1992) und Kopperschmidt (1990, 1989) haben diesen Ansatz operationalisiert und somit für die sprachwissenschaftliche Untersuchung von politischer Sprache zugänglich gemacht. Dabei greifen sie zurück auf

32 Die 4 Maxime sind in der Form von Aufforderungen formuliert: 1. Qualität: Sprich die Wahrheit! 2. Quantität: Sprich angemessen, nicht zuviel und nicht zuwenig! 3. Relevanz: Sprich zur Sache! 4. Art und Weise: Drücke dich klar und verständlich aus!

33 Josef Kleins „strategischen Maxime“ sind als Aufforderungen formuliert: 1. Halte dir Operationspielräume offen! 2. Mache dir möglichst wenig Gegner! 3. Halte Schaden von deiner Partei fern! 4. Schwäche die gegnerische Position! 5. Demonstriere Durchsetzungsvermögen! (1990: 23)

den Aristoteles' Begriff des Topos, als argumentations-analytisches Instrument. Martin Wengeler (2003) wendet diesen Topos-Begriff auf den Migrationsdiskurs zwischen 1960 und 1980 an. Ich möchte an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehen, da der Topos-Begriff in Kapitel 3.2.1 hervorgehoben und ausführlich erläutert werden wird.

Der Pragmatik als makro-linguistischer Beschreibungsebene<sup>34</sup> steht die Semantik gegenüber. Die Semantik gilt als die traditionelle Lehre der Bedeutung sprachlicher Zeichen bzw. der Kombination sprachlicher Zeichen. Analog finden sich in den Methoden der Politolinguistik lexikalisch-semantische Verfahren und satz-, bzw. textsemantische Verfahren. Dabei liegt besonderes Augenmerk auf der Dekomposition von Schlagwörtern bzw. von so genannten Hochwertwörtern. Hinzu kommt die Untersuchung von verschiedenen Stilmitteln, wie etwa Euphemismen und Metaphern.

Die beliebteste Kategorie der politischen Sprache ist das Schlagwort, manchmal auch als Leitvokabel, Fahnenwort oder einfach brisantes Wort beschrieben<sup>35</sup>. Es handelt sich dabei um ein strategisch eingesetztes Wort oder einen Wortverband, der einer bestimmten Funktion im politischen Zusammenhang dienen soll. John F. Kennedys Ausspruch: „Ich bin ein Berliner“ aber auch Helmut Kohls „geistig moralische Wende“ zählen dazu. Die oft im Alltag anzutreffende Charakterisierung als 'leere Worthülse' verstellt dabei eher den Blick auf die Natur von Schlagwörtern. Dennoch scheint eines klar zu sein: Es handelt sich um einen emotional aufgeladenen Ausspruch bzw. einen als politische Waffe verwendeten Begriff aus der Umgangssprache. Theoretisch kann daher jedes alltagssprachliche Wort zum Schlagwort werden und, vice versa, jedes politische Schlagwort kann seine besondere Funktion wieder verlieren. Dieckmann beschreibt es wie folgt: „Ein Wort ist nicht Schlagwort, sondern es wird als solches gebraucht“ (1980: 61). Dabei sind politische Schlagworte vor allem von einem heftigen Ringen um ihre Deutungshoheit geprägt, wie man dieser Tage an Begriffen wie „Neoliberalismus“ oder „Islamfaschismus“ wohl am besten beobachten kann.

Dabei sollte der Begriff des Schlagwortes nicht mit dem des Hochwertwortes verwechselt werden. Die semantische Halbwertszeit von Hochwert-

<sup>34</sup> Die Pragmatik und die Semantik gelten als „makro-linguistisch“, da sie Aussagen zu mehreren sprachlichen Ebenen (Phonetik, Phonologie, Morphologie, Syntax) treffen.

<sup>35</sup> (Burkhardt 1995) liefert ein feingliedrige Unterteilung in: Zeitgeistwörter, Fahnenwörter, Stigmawörter, Ideologiewörter, Tendenzwörter, etc.

wörtern scheint wesentlich größer zu sein, als die von politischen Schlagwörtern. Auch wird um die Bedeutung von Hochwertwörtern nur selten gerungen. Dennoch können gesellschaftliche Brüche zu plötzlichen semantischen Verschiebungen führen. So waren die Begriffe „Arier“, „Führer“ oder „Volksdeutsche“ während des Nationalsozialismus durchaus Hochwertwörter. Mit dem Sturz des Systems und der Offenlegung all seiner Grausamkeiten wurden sie stigmatisiert. Andere Wörter wie „Freiheit“ oder „Menschenrecht“ sind wesentlich stabilere Hochwertwörter. Somit lässt sich sagen, dass ein Hochwertwort vor allem durch ein hohes Ansehen gekennzeichnet ist. Hochwertwörter werden in einem argumentativen Umfeld, als vor allem in Politik, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatten, aber auch in der Werbung, gezielt eingesetzt. Somit sind Hochwertwörter in der Lage ihr Umfeld zu adeln, bzw. ihr Gegenüber erniedrigen<sup>36</sup>.

Aus der großen Menge an Publikationen zu politischen Schlagwörtern sollen hier nur einige Beispiele genannt werden. Reinhard Farkas (2002) zeichnet die schrittweise Radikalisierung in der Zwischenkriegszeit anhand des Begriffes „Heimat“ nach. Auch Christian Stockmann (1997) expliziert die Schlagwörter der späten Weimarer Republik zwischen 1929 und 1934. (Böke, Liedtke, Wengeler 1996) untersuchen die politischen Leitvokabeln der Adenauer-Ära. Wolfgang Bergsdorf (1983) verfolgt die politische Terminologie der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1980. Ulrike Haß (1989) stellt den interessenabhängigen Umgang mit Umweltvokabeln dar. (Strauß et al. 1989) erstellten ein Lexikon des öffentlichen Sprachgebrauch, in welchem sie verschiedene Schlagwörter explizieren. Man könnte die Schlagwortanalyse mit Recht als den Königsweg der semantischen Analyse innerhalb der Politolinguistik bezeichnen.

Weiterhin erscheint die Untersuchung von bildhafter Sprache als ein nicht minder fruchtbares Forschungsgebiet. Seitdem die US-Amerikaner George Lakoff und Mark Johnson (1980) aufgezeigt haben, wie tief unsere Alltagssprache von metaphorischen Konzepten (*metaphorical concepts*) durchdrungen ist, suchen Sprachwissenschaftler/Innen zunehmend nach Metaphern in der politischen Sprache. Dabei stellen Lakoff und Johnson eine Kategorisierung auf, in welcher die beiden durch die Metapher verbundenen Bedeutungsebenen (*conceptual domains*) exemplarisch

---

<sup>36</sup> Der von der FPD verwendete Wahlkampflogan „Freiheit statt Sozialismus“ macht diesen Punkt besonders deutlich. (eigentlich geht der Ausspruch auf Franz Josef Strauss und die CSU zurück)

formuliert und anschließend mit Beispielen konkretisiert werden. Ein Beispiel ist die Formulierung „Argumentation bzw. Debatte ist Krieg“. Die Bedeutungsebene „Argumentation und Debatte“ bedient sich auf Grund von bestimmten semantischen Ähnlichkeiten und Überschneidungen aus dem Vokabular der Kriegsführung. Man spricht davon 'sich mit Argumenten zu rüsten', 'man verteidigt seinen Standpunkt' oder man 'führt einen Schlagabtausch, ein Scheingefecht oder eine Redeschlacht'. Dieses Prinzip findet sich in großen Teilen der politischen Sprache. So bedient man sich bei politischen Entscheidungen aus dem Vokabular des (Wander-)Wegs. Beispiele für das Schema „politische Entscheidungen sind Wege“ sind die Folgenden: 'der Weg zur Einheit', 'der Fortschritt der Gespräche', 'der politische Gegner strauchelt' oder 'the Palestinian-Israeli Roadmap'. Personifizierungen spielen ebenfalls eine große Rolle ('Gespräche zwischen Russland und Georgien', 'die Wirtschaft kränkelt'). Organisationen oder Ideologien werden als Gebäude dargestellt und man spricht vom 'europäischen Pfeiler der NATO' als Teil einer 'europäischen Sicherheitsarchitektur'. Das parlamentarische System besteht aus zwei 'Kammern'. Das gesamte Parlament, sowie die darin vertretenen Parteien haben sich streitende 'Flügel'<sup>37</sup>. Das ganze politische System steht auf der 'Wählerbasis'. Der Staat kann wahlweise als Familie oder als Schiff dargestellt werden. Im ersten Fall sprechen wir vom 'Vater Staat' oder vom 'Vaterland'<sup>38</sup> und wir wählen in den Bundesländern unseren 'Landesvater'. Im zweiten Fall 'steuern' große Staatsmänner die Nation oder sie 'lenken' unsere Geschicke. Thomas Hobbes' *Leviathan* macht das sprachliche Bild durch Anleihen aus der Mythologie besonders deutlich. Doch auch im modernen Diskurs wird oft auf die nautische Metapher zurückgegriffen. Etwa in der berühmt gewordenen Karikatur der englischen Zeitschrift *Punch* zum Abgang Otto von Bismarcks 1890, welche mit den Worten „Der Lotse geht von Bord“ unterschrieben war<sup>39</sup>. Doch auch in der rezenten, deutschen Geschichte fand die Schiffsmetapher Anwendung. Mit dem Bild eines überfüllten Bootes warnten Medien und Politiker in den 90er Jahren vor dem Zustrom von Asylbewerbern. Überhaupt weisen Metaphern wie der 'Zustrom von Ausländern' oder 'das Eindämmen von Migrationswellen' auf eine von Medien und Politikern gleichermaßen angenommene konzeptuelle Ähnlichkeit zwischen Wasser und Ausländern hin.

---

37 Der Gebäudeflügel beruht seinerseits auf einer metaphorischen Verwendung des tierischen Körperteils

38 In Großbritannien spricht man übrigens vom Heimatland als 'Mother England'

39 Das englische Original "Dropping the Pilot" unterstreicht die unfreiwillige Entlassung Bismarcks.

Aus den vorangegangenen Beispielen scheint klar geworden zu sein, wie tief Metaphern in der politischen Sprache, sowie in unserer alltäglichen Sprache verwurzelt sind. Daher scheint es nicht verwunderlich, dass sich eine Vielzahl von Publikationen der Politolinguistik mit metaphorischer Sprache beschäftigen. Beispielhaft wären hier (Bergem et al. 1996), (Liedtke 2002) und (Petraškaitė-Pabst 2006: 23ff.) als Überblickswerke bzw. Aufsatzsammlungen zu politischen Metaphern zu nennen. Hinzu kommen noch eine Reihe von Publikationen zu speziellen Themen. Die Metaphorik des Einwanderungsdiskurses wird von (Böke 1997), (Jung et al. 2000: 131ff.) und (Böke 2002) beschrieben. (Petraškaitė-Pabst 2006) orientiert sich an den von der Düsseldorfer Projektgruppe<sup>40</sup> entwickelten Methoden eines diskurslinguistischen Vergleichs und kontrastiert die Metaphern zur EU-Osterweiterung aus der deutschen Sprachen mit den Metaphern aus dem Litauischen. In einer solchen Analyse kommen auch spezifisch politische Verhältnisse ans Licht, etwa wenn im Litauischen der Beitrittsstaat als *Braut* und die EU als der *reiche Bräutigam* dargestellt werden. Petraškaitė-Pabst hält jedoch ernüchternd fest, dass die Eheschließung im litauischen Diskurs als reine *Zweckhochzeit* gesehen wird (2006: 230). Zusätzlich zur reinen Metaphernanalyse werden sprachliche Bilder zusammen mit anderen Stilmitteln wie etwa Metonymien, Euphemismen, Allegorien oder Schibboleths in einer eher generellen Sprachkritik diskutiert.

Aus der vorangegangenen Methodenübersicht wurde einige Perspektiven und Aspekte ausgelassen. Neben der pragmatischen und der semantischen Perspektive gibt es noch die semiotische Perspektive, in welcher der Inhalt und die Wirkung von bestimmten Symbolen (symbolische Reden, Handlungen, Inszenierungen) untersucht wird. Außerdem gibt es eine Reihe von Studien, denen eine psychologische, bzw. kognitionswissenschaftliche Perspektive zu Grunde liegt. Auf eine Betrachtung der semiotischen Perspektive wird hier verzichtet. Die psychologisch-kognitive Dimension fließt jedoch in die Diskussion des Frame-Begriffes in Kapitel 4 ein.

Die beiden hier vorgestellten Zugänge, die pragmatische und die semantische Perspektive, werden in der Forschung nicht immer getrennt betrachtet. Viele Studien profitieren von einer Vermischung der verschiedenen Methoden. So kann etwa eine lexikalisch-semantische Schlagwortanalyse eine aufgestellte Hypothese zur

---

40 Projekt der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zu politischer Sprache und öffentlichem Diskurs von Karin Böke, Matthias Jung, Thomas Niehr und Martin Wengeler.

Funktion eines bestimmten Schlagwortes bestätigen, widerlegen oder erweitern. Andersherum können Erkenntnisse zur Funktion von bestimmten Textsorten der semantischen Analyse neue Forschungsfelder eröffnen.

### 3.1.3 Zielsetzung

Armin Burkhardt (1996) stellt fest, dass sich die Politolinguistik eher auf der angewandten Seite der Sprachwissenschaft befindet, als auf der theoretischen Seite. Innerhalb der angewandten Linguistik nimmt sie dabei vor allem eine sprachkritische Funktion ein. Ein Blick auf die sprachkritischen Beiträge der 1950er Jahre zeigt, dass die Methoden, der Politikbegriff, aber auch das Konzept von Sprache im Vergleich zur heutigen Vorgehensweise signifikant abweicht. Erst die methodenkritischen Aufsätze Ende der 60er Jahre schufen hier eine Veränderung<sup>41</sup>. Der damaligen Politolinguistik wurde vor allem ein hypostasierender Sprachbegriff vorgeworfen, bei dem Sprache zu einer Art eigenständiger Macht wurde. Dem widerspricht die Auffassung, dass das System *Sprache* nicht ohne die dazugehörigen Sprecher existieren kann und dass das Verhältnis zwischen Denkprozessen und Sprache wesentlich komplizierter ist und nicht in einem simplen Sprachdeterminismus erfasst werden kann. Ein zweiter Kritikpunkt, dies gilt vor allem für die sprachwissenschaftliche Ideologiekritik des SED-Regimes, liegt in einer Art „Sprachrealismus“ begründet (Dieckmann 1981: 13ff.). Der politische Ost–West–Konflikt wurde in Form von Vorab-Werturteilen auf der sprachwissenschaftlichen Seite fortgesetzt. Eine *politische Sprachwissenschaft* in diesem Sinne verhindert jedoch die erfolgreiche Entwicklung von deskriptiven Analyse kategorien. Ein dritter Punkt ist eher allgemeiner Natur. Die Sprachkritik der 50er Jahre kritisierte die Ästhetik des politischen Stils. Obwohl dieser Punkt auch heute notwendig ist, begingen die Forscher aber den Fehler und leiteten aus den jeweiligen Verstößen normative Urteile ab. Ein solcher Schritt – hin zu einer Moralisierung des Forschungsgegenstandes – verstellt den Blick auf die kognitiven oder kommunikativen Prozesse politischer Sprache, die es eigentlich zu entdecken gilt.

In Folge der Methodenkritik der 60er und 70er Jahre entwickelte sich eine Reihe von Zielen für Politolinguistik, die in Form von Eigenschaften ausgedrückt

---

41 Vor allem die Aufsätze von Walther Dieckmann. Ein Sammlung findet sich in (Dieckmann 1981).

werden können. Demnach ist Politolinguistik erstens *klassifikatorisch-typologisch*, d.h.: Sie macht es sich zur Aufgabe die von ihr vorgefundenen Phänomene zu kategorisieren. Beispiel hierfür ist (Klein 1991), welcher politische Textsorten voneinander unterscheidet und klassifiziert. Hollys oben erwähnte Studie (1990) schematisiert die Sprechakte eines Bundestagsabgeordneten. Zweitens, die Politolinguistik ist *analytisch*, indem sie die Semantik und Pragmatik der verschiedenen Ebenen politischer Sprache (Schlagwort, Wahlprogramm, Rede, etc.) jeweils in Bezug auf die unterschiedlichen Politikbegriffe (*Polity*, *Politics* und *Policy*) analysiert. Im dritten Punkt ist sie in ihrer Ausrichtung *dokumentarisch*. Josef Klein liefert in seinem Band (1990) eine genaue Transkription von verschiedenen TV-Wahlkampfdebatten und (Strauß et al. 1989) erstellen ein umfangreiches Verzeichnis von „brisanten Wörtern“. Viertens, die Politolinguistik ist *historisch*, denn viele Studien erfassen den Wortschatz einer Epoche. Beispielhaft zu nennen, wären (Klemperer 1949) als Beschreibung der Sprache des Nationalsozialismus und (Böke, Liedtke & Wengeler 1996) mit einer Analyse der politischen Leitvokabeln der Adenauer-Ära. Ein fünfter und zentraler Punkt ist die *sprachkritische* Ausrichtung der Politolinguistik, welche fast allen Studien unterliegt. Dabei hat die Methodenkritik der 60er Jahre wesentlich dazu beigetragen, den schmalen Grat zwischen vordergründiger und meist platter Politiker- bzw. Medienschelte und kritischer, aber fundierter Beschreibung begehbar zu machen. Burkhardt bezeichnet das ambivalente Verhältnis der Politolinguistik zur ihrem Forschungsgegenstand als eine „engagierte Neutralität“ (1996: 102). Das persönliche Engagement und Interesse in einem Politikfeld sollte daher lediglich als Auslöser dienen. Denn erst nach einer neutralen, in nüchterner Sprache verfassten, Studie lassen sich die Forschungsergebnisse als Argument in die öffentliche Debatte einbringen. Dieser Weg wird auch in der vorliegenden Arbeit verfolgt.

## **3.2 Ausgewählte Ansätze zum Migrationsdiskurs**

### **3.2.1 Der Topos-Begriff**

Der Topos-Begriff geht zurück auf Aristoteles' Werke Rhetorik und Topik. Bei Letzterem handelt es sich um eine Argumentationsanleitung jenseits der streng formalen Logik. Da Aristoteles den Begriff Topos selbst nicht definiert hat, wurde er

seither von etlichen Studien verschiedenartig ausgelegt und angewendet. Eine eingehende Betrachtung dieser Begriffsgeschichte soll hier nicht vorgenommen werden<sup>42</sup>. Stattdessen soll der Topos-Begriff in der Definition Martin Wengeler (2003) vorgestellt werden. Wengeler wendet den Topos von Aristoteles umgekehrt an – nicht präskriptiv sondern deskriptiv – um wiederkehrende Redeweisen und Argumentationsmuster in der politischen Sprache herauszuarbeiten und diese in ihrer Entwicklung verfolgen zu können. Dabei setzt er den Topos-Begriff für eine Analyse im Sinne einer diskurs- bzw. mentalitätsgeschichtlichen Sprachgeschichte ein. Sein Forschungsgegenstand ist der Migrationsdiskurs in der BRD zwischen 1960 und 1985 (Wengeler 2003), sowie der Vergleich zweier Bundestagsdebatten (1980 und 1993) ebenfalls zum Thema Asyl und Migration (Wengeler 2000). Methodisch beruft er sich neben Aristoteles auf aktuelle Arbeiten von Kienpointer (1992), der eine Logik der Alltagssprache und ihrer Argumentation entwickelt hat. Außerdem dient ihm (Kopperschmidt 1989) als Orientierung und Grundlage für eine sprachwissenschaftliche Untersuchung öffentlicher Diskurse.

Wie eingangs erwähnt, ist der Topos-Begriff vielfältig polysem und muss daher eingegrenzt werden. Da sich der Topos nur in seinem Verhältnis zu den Begriffen Syllogismus und Enthymem erschließt, muss eine Erklärung der beiden Begriffe vorangestellt werden. Ein Syllogismus ist der klassische Dreischritt aus zwei Prämissen und der daraus folgenden Konklusion. Das wohl am häufigsten zitierte Beispiel eines Syllogismus ist Folgendes: 1. Prämisse: *Alle Menschen sind sterblich*, 2. Prämisse: *Sokrates ist ein Mensch*, Konklusion: *Sokrates ist sterblich*. In einer Diskussion wird die Abfolge der Teilschritte verändert. Meist steht eine strittige Behauptung am Anfang und wird anschließend mit einem unstrittigen Argument belegt (*Sokrates ist sterblich, denn er ist ein Mensch*). Dabei lässt der Sprecher die Schlussregel<sup>43</sup> (*Alle Menschen sind sterblich*), welche die Behauptung und das Argument verbindet, in den meisten Fällen unausgesprochen. Ein solches Beispiel eines 'verkürzten Syllogismus' bezeichnet Aristoteles als Enthymem, wobei wahlweise auch das Argument und die Schlussregel vertauscht werden können (*Sokrates ist sterblich, denn alle Menschen sind sterblich*). Neben Enthymem wählt Aristoteles hierfür den Begriff 'rhetorischer Syllogismus', d.h. ein Enthymem ist ein quasi-logisches Argument außerhalb einer

---

42 (Wengler 2003) diskutiert den Topos in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen.

43 Der Begriff Schlussregel geht zurück auf Stephen Toulmin (1957)



strikten formalen Wahrheitsfindung. Aus diesem Grund können die Behauptungen, die von Enthymemen getroffen werden, wahrscheinlich sein ohne zwangsläufig wahr zu sein. Der Anspruch auf Plausibilität überwiegt den Anspruch auf Wahrheit (Wengeler 2003: 180). Gleichzeitig gehört es zu den klassischen Eigenschaften von Enthymemen, dass sie nicht alle Schritte artikulieren, sondern immer verkürzt erscheinen. Diese zwei Gründe, die Betonung von Plausibilität und die Verkürzung, machen Enthymeme zu einem geeigneten Mittel für die Analyse von politischer Sprache.

Martin Wengeler beschreibt Enthymeme mit einem praktischen Beispiel aus seinem Untersuchungsgebiet: „Die Konklusion 'Das Asylrecht muss geändert werden' kann durch die Aussage 'Das Asylrecht wird von vielen missbraucht' gestützt werden.“ (2003: 180). Dabei könnte man die ausgeblendete Schlussregel so formulieren: 'Ein Recht, welches missbraucht wird, muss geändert werden.' Dabei ist Eines klar: weder aus real-politischer Perspektive, noch aus der Sicht einer formalen Logik, kann das als wahre Aussage akzeptiert werden. Ganz im Gegenteil: eine andere Schlussregel, könnte diese Argumentation zu Fall bringen. Nehmen wir eine veränderte Schlussregel an: 'Ein Recht, welches missbraucht wird, muss effektiver angewendet werden'. Auf Grund der nun veränderten Schlussregel, muss sich folglich auch die Behauptung ändern. Das Argument 'Das Asylrecht wird missbraucht.' unterstützt somit eine andere Behauptung, etwa: 'Die exekutiven Behörden müssen besser ausgestattet werden'. Gerade in der Diskussion solcher real-politischen Beispiele wird deutlich, wo der spannende Aspekt eines Enthymems liegt, nämlich in seiner Vagheit und Unbestimmtheit, welche durch die ausgelassene Schlussregel entsteht. Überhaupt eröffnet erst eine solche Auslassung die Möglichkeit des rhetorischen Überzeugens, „denn dabei kommt es ja wesentlich darauf an, ob der Zuhörer die Schlussregel für plausibel hält bzw. sie akzeptiert.“ (2003: 181).

Aristoteles' Rhetorik und Topik wurden präskriptiv als eine Art rhetorischer Leitfaden geschrieben. Wengeler erstellt eine deskriptive Analyse der Argumentation des Migrationsdiskurs. Deswegen ist für ihn der in der unausgesprochenen Schlussregel hergestellte Zusammenhang wichtig. Dieser thematische Zusammenhang ist der Topos. Dabei muss der Topos erst interpretativ aus der Behauptung und dem Argument gewonnen werden. Am Beispiel des erwähnten Enthymems 'Sokrates ist sterblich, denn er ist ein Mensch' ist es möglich den „Topos des Ganzen und seines Teils“ (oder „Topos

der Gattung und seiner Spezies“) zu extrahieren. Der Zusammenhang zur Schlussregel erschließt sich aus der Gegebenheit, dass der spezielle Mensch ('Sokrates') ein Teil des Ganzen ('Menschen') ist. Ähnlich verhält es sich mit Aussagen wie 'Bullterrier bellen, weil sie Hunde sind' oder – um Wengeler's Beispiel anzubringen – „Prof. Schmidt ist ein hervorragender Wissenschaftler. Seine Bücher sind ins Englische und Chinesische übersetzt worden.“ (2003: 179).

Aristoteles' Werk besteht im wesentlichen aus einer Auflistung dieser *Topoi* zum Zwecke der erfolgreichen Argumentation. Er unterscheidet *allgemeine Topoi* von *besonderen Topoi*, wobei Letztere nur in bestimmten Wissensbereichen<sup>44</sup> anwendbar sind. Darüber stehen die *allgemeinen Topoi*, welche als eine Art rhetorischer Kunstgriff verstanden werden müssen. Deswegen sind *allgemeine Topoi* unabhängig vom konkreten Wissensbereich. Wengeler führt einige Beispiele für *allgemeine Topoi* an (2003: 182ff.) wie etwa den „Topos des Mehr oder Minder“ („Wenn das weniger Wahrscheinliche gilt, dann gilt erst recht das Wahrscheinliche“ oder umgekehrt „wenn das Wahrscheinliche nicht gilt, dann gilt das weniger Wahrscheinliche ebenfalls nicht“). Hinzu kommt der „Topos aus der Autorität“, („Wenn es sogar Person/Institution X sagt, dann muss es so sein.“), „Topos aus der Person“ („Gerade Person X kann dieses Argument auf Grund von Eigenschaft Z nicht vorbringen“)<sup>45</sup> oder der „Topos aus Grund und Folge“ („X ist wahr, weil es kausal mit Z zusammenhängt“). Diese hier genannten *Topoi* sind in Diskussionen zu finden, die sich mit ganz unterschiedlichen Themen beschäftigen. Gleichwohl können sie eingesetzt werden, um völlig konträre Standpunkte zu untermauern. Diese Beobachtung gilt nicht für *besondere Topoi*. Das oben genannte Enthymem („Das Asylrecht muss geändert werden, weil es missbraucht wird.“) verweist auf den so genannten „Missbrauchs-Topos“. Dieser kann nur im Wissensgebiet des Rechts – speziell sogar nur im Wissensgebiet des Asylrechts – eine sinnvolle Anwendung finden. Martin Wengeler's Analyse der Argumentationsmuster setzt sich zum Ziel diese *besonderen Topoi* aufzuzeigen. In Auseinandersetzung mit den in Kienpointers *Alltagslogik* (1992) aufgestellten Argumentationsmustern, stellt er fest, dass eine diskursgeschichtliche Suche nach *allgemeinen Topoi* keine für die

<sup>44</sup> Aristoteles vergleicht die Argumentation in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. Wissensbereich bei Aristoteles meint daher wissenschaftliche Disziplin (Philosophie, Physik, etc.). Wengeler unterscheidet Wissensbereiche im Sinne von thematischen Sachgebieten, die in der öffentlichen Diskussion auftauchen (Migration, Außenpolitik, Kunst & Kultur, etc.)

<sup>45</sup> Dabei handelt es sich um Aussagen, welche die Glaubwürdigkeit des Gegenüber in Frage stellen sollen.

Sozialwissenschaften brauchbaren Ergebnisse liefern würde, da sich die *besonderen Topoi* auf wiederkehrende formale Schlussmuster (*allgemeine Topoi*) zurückführen lassen. Der oben genannte „Missbrauchs-Topos“ ließe sich so auf einen „Topos aus Grund und Folge“ zurückführen und in der Tat wären wohl die meisten politischen Diskussionen auf diese allgemeine, kausale Argumentation zurückzuführen.

Aus dem hier beschriebenen Topos-Begriff Wengeler ergeben sich einige Vorteile. Der wichtigste Punkt liegt wohl darin, dass der Ansatz es dem Forscher ermöglicht, ein Argumentationsmuster über eine längere Zeitspanne zu verfolgen. Durch diese Abstraktion kann ein 1965 vorgebrachtes Argument mit einem Argument, welches 20 Jahre später diskutiert wird, verglichen werden. Die historische Entwicklung eines Topos, also der Wechsel, die Neuschöpfung oder das Aufgeben von Topoi<sup>46</sup> werden auf diesem Wege operationalisiert und damit messbar. Wengeler beschreibt sein Ziel als den Versuch: „das unsystematisierbare komplexe öffentliche Sprechen zu einem Thema, einer Fragestellung methodisch in den Griff zu bekommen.“ (2003: 187)

Dabei gelingt es Wengeler (2003) die typischen Topoi des Migrationsdiskurses in einem Textkorpus von 1355 Zeitungsartikeln aufzuzeigen. Um historische Kontinuitäten, bzw. Differenzen aufzuzeigen, sind die Artikel des Korpus auf drei Zeiträume verteilt: 203 Artikel aus den Jahren 1960 – 1965, 621 Artikel aus den Jahren 1970 – 1975 und 531 Artikel aus den 1980er Jahren (2003: 340). Die vorab aufgestellten kontextspezifischen Topoi wurden als begründender Satz ausformuliert. Der Korpus wurde anschließend auf konkrete Textbeispiele und reale Argumente durchsucht, welche diese exemplarischen Formulierungen reflektieren. Um dieses Prinzip an einem praktischen Beispiel zu verdeutlichen, wähle ich den „Fremdenfeindlichkeits-Topos“. Der begründende Satz für diesen Topos klingt, wie folgt:

„Weil bestimmte Handlungen/Entscheidungen/Entwicklungen die Ablehnung der „Fremden“ in der „einheimischen“ Bevölkerung fördern, sollten sie nicht ausgeführt/nicht getroffen/sollte ihnen entgegengewirkt werden.“ (Wengeler 2003: 305)

Hierbei muss darauf hingewiesen werden, dass jeder Topos theoretisch eine Argumentation für Einwanderung, aber auch gegen Einwanderung, ermöglicht. Obwohl gerade der Fremdenfeindlichkeits-Topos vorwiegend als Argumentationsmuster gegen

<sup>46</sup> Im Folgenden ist mit dem Begriff Topos immer der *besondere Topos* innerhalb eines Wissensgebietes gemeint.

Einwanderung angebracht wird, liefert Wengeler zu jedem Topos Textbeispiele aus dem Korpus, welche pro und contra Einwanderung argumentieren. In einem pro-Einwanderung Argument wird die Fremdenfeindlichkeit angeführt, um eventuell geltende Arbeitsverbote aufzuheben oder Integration voranzutreiben und somit zur Senkung der Fremdenfeindlichkeit beizutragen. In einem contra-Einwanderung Argument wird die Fremdenfeindlichkeit verwendet, um Einwanderung zu begrenzen, weil sie zu einem Mehr an Fremdenfeindlichkeit führt. Wengeler stellt eine Liste der ausformulierten Topoi mitsamt Textbeispielen zusammen. Exemplarisch sollen hier nur einige genannt werden<sup>47</sup>: der Belastungs–Topos, der Gefahren–Topos, der Kriminalitäts–Topos, der Missbrauchs–Topos, der Topos vom wirtschaftlichen Nutzen, der Realitäts–Topos und der Vorurteils–Topos.

Der Topos–Begriff, wie Wengeler ihn operationalisiert, liefert im Bereich der Migrationspolitik interessante Parallelen zwischen Diskursverlauf und Geschichte. Wengeler vergleicht die Verteilung von Argumenten pro– und contra–Einwanderung in den drei Zeitabschnitten. Während noch in den 1960er Jahren die befürwortenden Argumente klar überwiegen, verschob sich die Verteilung in den 1970er und 1980er Jahren hin zu einer ablehnenden Haltung<sup>48</sup>. Damit gelingt es Wengeler, die realpolitischen Entwicklungen von der Anwerbephase der 1960er Jahre hin zur Begrenzungspolitik der 1980er Jahre nachzuzeichnen. Gleichzeitig überraschen die Ergebnisse, denn selbst im letztem Zeitraum stehen sich pro und contra gleich gegenüber. Das widerspricht der Intuition von einer ausschließlich ablehnenden Haltung in den 1980er Jahren. Dennoch sollte man im Hinterkopf behalten, dass Wengeler die Debatten im deutschen Bundestag analysiert. Verschiedene Sprachwissenschaftler haben auf den vorsichtigen Charakter politischer Reden hingewiesen (Vgl. Klein 1997).

Zusätzlich liefert Wengeler Analyse zeittypische Topoi, wie etwa Befürchtungen vor kommunistischer Infiltration oder die Angst vor Krankheiten und Seuchen. Diese speziellen Ausprägungen des „Gefahren–Topos“ waren für die 1960er Jahre kennzeichnend, sie verloren jedoch schon in den 1970er Jahren an Bedeutung (2003: 516). Andere Argumentationsmuster wie der Warnung vor einem neuen

---

47 Eine komplette Liste findet sich in (Wengeler 2003: 302ff.) Es sollte außerdem darauf hingewiesen werden, dass Wengeler verschiedenen Klassen von Topoi konstruiert. So gibt es, zum Beispiel Topoi, die als Stützen für andere Topoi dienen. (siehe 2003: 321ff.)

48 Das Verhältnis zwischen pro und contra-Einwanderungsargumenten (Wengeler 2003: 515):  
1.Phase (1960–1965): 2,05:1. 2.Phase (1970–1975): 1,36:1. 3.Phase (1980er Jahre): 1,08:1

Subproletariat, vor sozialen Spannungen oder vor einer Ghettobildung in den Großstädten sind wesentlich stabiler. Diese zweite Ausprägung des „Gefahren–Topos“ tritt konsistent in allen drei Phasen auf (2003: 516). Daher könnte die aktuelle Diskussion um Parallelgesellschaften als die heutige Ausprägung dieses Topos interpretiert werden<sup>49</sup>. Ein weiterer Topos ist der Kultur–Topos, der vor allem zur Konstruktion *des Fremden* oder *des Anderen* beiträgt und fast immer eine ablehnende Haltung untermauert. In den 1960er Jahren zielte dieser Topos vor allem auf Südländer (Italiener, Portugiesen und Griechen). Nachdem diese Argumentation in den 1970er Jahren an Bedeutung verlor, verschob sich die Zielgruppe in den 1980er Jahren auf die Asylbewerber und die türkischen Gastarbeiter. Wengeler zeigt, dass zu dieser Zeit erstmals die „harte“ Ausprägung dieses Topos an Bedeutung gewinnt, welche vor drohender „Überfremdung“ warnt (2003: 517).

In einer Aufsatzsammlung zur „Sprache des deutschen Parlamentarismus“ (Burkhardt & Pape 2000) wendet Wengeler seinen Ansatz auf zwei Debatten des deutschen Bundestages zum Thema Migration und Asyl an. Die beiden gegenübergestellten Phasen (1980 und 1993) waren von teils heftig geführten Diskussionen geprägt. Wengeler gelingt es mit dem Topos–Begriff die Veränderungen und Kontinuitäten der Argumentationsmuster aufzuzeigen. Darüber hinaus ist er in der Lage die Topoi auf dem politischen Spektrum (in Form von Parteizugehörigkeit des jeweiligen Abgeordneten) zu verorten. Daraus ergeben sich Verteilungen, welche einerseits die Intuition bestätigen und andererseits die geschichtliche Entwicklung reflektieren. Insbesondere der Missbrauchs–, Belastungs–, Kosten– und der Gefahren–Topos sind in beiden Zeiträumen angebracht worden, um einwanderungsbegrenzende Maßnahmen zu rechtfertigen. 1980 handelte es sich um die Rechtfertigung des Asylbeschleunigungsgesetzes. 1993 wurde die Änderung des Artikels 16 GG debattiert. Dabei haben die oben erwähnten Topoi vor allem in der Argumentation der CDU einen hohen Stellenwert. Sie treten aber auch bei Abgeordneten der SPD und der FDP auf (Wengeler 2000: 228). Bei Vertretern aller Parteien kann Wengeler 1980 und 1993 den Realpolitik–Topos nachweisen. Dieser Topos beschreibt ein Argumentationsmuster, welches eventuelle negative Effekte damit rechtfertigt, dass die vertretene Politik über einen längeren Zeitraum letztendlich zu positiven Effekten führen würde. Dieses Argument ist vor allem in der Diskussion um das Asylrecht als Reaktion auf den

---

<sup>49</sup> Erol Yildiz (2006) weist auf die Wiederkehr des Ghettodiskurses in dieser Form hin.

Vorwurf einer schleichenden Aushöhlung des Grundgesetzes zu verstehen.

Der von Wengeler definierte Topos liefert ein nützliches Analyseinstrument für politische Sprache, im Sinne einer Debattenkultur. Obwohl seine Anwendung thematische Zusammenhänge aufdeckt und somit als semantische Methode verstanden werden könnte, befindet sich der Topos-Begriff eher auf der Seite der Pragmatik, denn die Funktion des Topos ist es, ein bestimmtes Argument thematisch zu untermauern und den Zuhörer mit bestimmten, meist verdeckten, Schlussregeln zu überzeugen. Dabei lassen sich Argumente gegen Einwanderung von Argumenten unterscheiden, die der Einwanderung positiv gegenüberstehen. Der besondere Gehalt von Wengeler's Analyse ist es, die Trends und Phasen der deutschen Ausländerpolitik mit sprachlichen Phänomenen zu verknüpfen. Seine Analyse zeigt, dass sich die Entwicklung der Migrationspolitik in der Veränderung, bzw. der Kontinuität von kontextspezifischen Topoi widerspiegelt.

### **3.2.2 Das diskurshistorische Wörterbuch**

In folgenden Kapitel soll die Arbeit der Düsseldorfer Arbeitsgruppe um Karin Böke, Matthias Jung, Thomas Niehr und Martin Wengeler vorgestellt werden. Im Rahmen des Germanistischen Seminars der Heinrich–Heine–Universität wurde zwischen 1994 und 1999 ein sprachwissenschaftliches Projekt zum Thema „Die Einwanderungsdiskussion im öffentlichen Sprachgebrauch nach 1945“ durchgeführt. Von den vielen Publikationen, die als Ergebnis dieses Projektes erschienen sind, sollen zwei im Mittelpunkt stehen. Einerseits handelt es sich um „Die Sprache des Migrationsdiskurses“ (Jung, Wengeler & Böke 1997), eine Aufsatzsammlung, die eine Art Zwischenbilanz des Projektes zieht und verschiedene Forschungsmethoden zur Bearbeitung des gesammelten Materials vorstellt, und das diskurshistorische Wörterbuch „Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse“<sup>50</sup> (Jung, Niehr & Böke 2000).

Zur methodischen Herangehensweise des diskurshistorischen Wörterbuches äußert sich (Jung 1997) im oben beschriebenen Band. Abweichend von bisherigen Analysen beschränkt sich das diskurshistorische Wörterbuch nicht auf Ausländer,

---

50 Diese Publikation wird fortan als das diskurshistorische Wörterbuch bezeichnet.

sondern will alle Migranten der deutschen Geschichte seit 1945 erfassen. In Kapitel 2.2.3 wurde beschrieben, dass vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten nach Westen zogen; also Menschen mit der gleichen Kultur, Sprache und Geschichte. Aus sprachwissenschaftlicher Sicht erscheint dies besonders sinnvoll, da sich in Begriffen, wie *Flüchtlinge* oder *politisch Verfolgte*, Menschen von ganz unterschiedlicher Herkunft wiederfinden (deutschstämmige Kriegs-flüchtlinge, DDR-Flüchtlinge und Asylbewerber). Inhaltlich erfasst das diskurs-historische Wörterbuch demnach alle Migranten.

(Jung 1997) entwirft weiterhin eine vielschichtige, linguistisch-formale Methode, um die Entwicklung und Verwendung der migrationsspezifischen Lexik analysieren zu können. Die gemeinsame Materialbasis stellen dabei drei Textkorpora dar: ein Zeitungstextkorpus mit rund 4500 Presseartikeln für die Zeit seit 1945, ein Bundestagskorpus mit einschlägigen Debatten seit 1949 und ein Glossar mit geordneten Belegen aus zeitgenössischer Sekundärliteratur und zentralen bzw. typischen Pressezitaten (1997: 194). Die erste Aufgabe bestand für die Forschungsgruppe darin, aus dem Material das gesamte migrationsspezifische Wortinventar zu erfassen. Anschließend wurde dieses Inventar in einer lexikographischen Methode mit dem Rechtschreibduden abgeglichen. Da der Rechtschreibduden alle 5-7 Jahre neu bearbeitet wird, lassen sich erste Schlüsse daraus ziehen, welche Begriffe gestrichen wurden bzw. welche neu aufgenommen wurden. Jung weist allerdings darauf hin, dass dies nur ein vorläufiger Schritt sein kann, denn: „nicht jeder Wegfall eines Lemmas ist automatisch als Indiz für die Archaisierung der betreffenden Vokabel“ (Jung 1997: 196). Gleichwohl deutet nicht jede Neuaufnahme auf einen entstandenen Neologismus hin. Dennoch gibt schon dieser erste Schritt interessante Hinweise. Jung stellt bezüglich der Begriffe, die seit 1945 unverändert geblieben sind, fest, dass es sich vor allem um völkerrechtlich geprägte Vokabeln (*Staatenloser, Asyl, Minderheit, etc*), Historismen (*Völkerwanderung*), Oberbegriffe für Wanderungsbewegungen (*Übersiedlung, Immigration*) und Begriffe für die Wir-Sie Dichotomie (*Fremdling, Ausländer*) handelt. Hinsichtlich der Streichungen, Ersetzungen und Neuaufnahmen ergibt sich ein Bild, welches die geschichtliche Entwicklung zu begleiten scheint. So wird diskriminierendes Vokabular gestrichen (*Ausländerei, negerisch, volksfremd*) oder ersetzt (*Sinti & Roma* statt *Zigeuner* oder *Sowjetzonenflüchtling* statt *Republikflüchtling*). Die Neuaufnahmen spiegeln die wichtigen, gesellschaftspolitischen Entwicklungen wider (*Gastarbeiter,*

*multikulturell, Gastland*). In einem weiteren Schritt wurde die lexikographische Methode erweitert. Um den semantischen Wandel einzelner Begriffe im Sinne einer diskurshistorischen Methodik nachzeichnen zu können, schließt sich eine Belegrecherche bzw. -interpretation an. Als Erweiterung zur klassischen Sicherung von Erstbelegen, wählt Jung die so genannte *gewichtete Belegsuche*. Dabei handelt es sich um „das Aufspüren von *diskurssignifikanten* Belegen, an denen sich über den Einzelfall hinaus das kollektive Unbewußte schlaglichtartig offenbart. [Hervorheb.i.O.]“ (1997: 199). Es handelt sich somit um einen nicht-statistischen Ansatz, der zu vorsichtigen Hypothesen führt. Diese können jedoch mit wortstatistischen Untersuchungen abgesichert werden (1997: 203).

Das diskurshistorische Wörterbuch muss als Ergebnis dieses Forschungsprozesses gesehen werden. Es soll als eine Art Handreichung dienen und soll vor allem ein nicht-linguistisches Publikum erreichen. Daher werden darin die Ergebnisse der vorangegangenen Untersuchungen vor allem unter thematischen Gesichtspunkten zugänglich gemacht. Das Wörterbuch ist untergliedert in die folgenden thematischen Bereiche: Bezeichnungen für Flüchtlinge (*Vertriebene, Asylbewerber, Asylanten*), Bezeichnungen für Arbeitsmigranten (*Fremdarbeiter, Gastarbeiter*), Bezeichnungen der Abgrenzung (*Einheimische, Fremde, Mitbürger*), Bezeichnungen der Ablehnung (*Ausländerhass, Rassismus*), Bezeichnungen für die Formen der Anpassung (*Eingliederung, Assimilation*) und Metaphern des Prozesses (*Flut, Invasion, Import*). Für jeden Bereich wird in einem 1-3 seitigen Text der Verlauf des Diskurses skizziert. Anschließend folgt ein umfangreicher, chronologisch geordneter Belegteil mit *diskurssignifikanten* Zitaten aus dem Textkorpus. Anhand des diskurshistorischen Wörterbuches lässt sich demnach der semantische Wandel von bestimmten Begriffen, aber auch die Entstehung bzw. Archaisierung bestimmter Begriffe nachzeichnen. Im folgenden soll dies für drei ausgewählte Bereiche geschehen<sup>51</sup>.

Im Bereich der Bezeichnungen für Asylsuchende und Flüchtlinge weisen (Jung, Niehr & Böke 2000: 27) darauf hin, dass schon in der Frühphase der Ausländerpolitik ein hartes Ringen um die Terminologie stattfand. Dieses Ringen zeigt auch Spuren des Ost-West-Konfliktes. Begriffe, wie *Aus-*, *Um-* und *Übersiedler* wurden in der BRD als verzerrende Euphemismen abgelehnt. Man verwendet stattdessen

---

51 Alle im Folgenden genannten Beispiele stammen aus (Jung, Niehr & Böke 2000)



Vokabeln, wie *Vertriebene* oder *Heimatvertriebene*, die das angetane Unrecht und die Unfreiwilligkeit besonders hervorhoben. Hinzu kamen inhaltliche Nuancierungen in Begriffen, wie *Übersee-* und *Saarvertriebene* und seit den 90ern *Spätaussiedler*. In Abgrenzung zu *Vertriebene* und seinen Komposita hatte der Ausdruck *Flüchtlinge* noch bis in die 60er Jahre einen abwertenden Charakter, was an Prägungen, wie *Berufsflüchtling* deutlich wird. Auch die Attribution *echter Flüchtling* zeigt, dass der Begriff *Flüchtling* allein missverständlich war. Der Begriff und seine Komposita erfuhren gegen Ende der 60er Jahre eine Aufwertung in Begriffen, wie: *DDR-*, *SBZ-*, *Zonen-*, *Mauerflüchtlinge* und vor allem nach 1989 *Botschaftsflüchtlinge*. Hinzu kommen eine Reihe von Unterscheidungen nach Herkunft (*Indochina-*, *Bosnien-* und *Kosovo-flüchtlinge*), nach Umständen und Ursachen (*boat-people*, *Bürgerkriegsflüchtlinge*) oder nach flüchtlingspolitischem Status (*Kontingent-Flüchtlinge*). Als in den 70er und 80er Jahren die Zahl der Menschen zunahm, die in der BRD Zuflucht suchten, rückte auch in der Terminologie das Verhältnis zu Deutschland in den Vordergrund (*Asylbewerber*, *Asylsuchende* und *politische Verfolgte*). Als die Zahlen im zweiten Teil der 80er Jahre rasant anstiegen, wurden die Motive der Asylbewerber infrage gestellt, was sich im diffamierenden Vokabular zeigt (*Scheinasylanten*, *Wirtschaftsflüchtlinge*, *Asylbetrüger*, *-touristen*). Besonders interessant ist die Diskussion um den Begriff *Asylant*. Es herrscht Übereinstimmung, dass der Begriff heute negativ besetzt ist (Link 1986, Niehr 1996, Jung 1997: 243), wie es die Komposita *Scheinasylant* oder *Wirtschaftsasylant* zeigen. Der Literaturwissenschaftler Jürgen Link (1983) bezeichnete *Asylant* als ein „Killwort“, welches durch Analogie entstanden ist; analog zu *Querulant*, *Simulant* oder (im RAF-Terrorismus-Diskurs) sogar *Sympathisant*. Diese Herkunft wurde inzwischen an vielen Stellen widerlegt (Niehr 1996, Klein 1991). Josef Klein schreibt, dass es sich in Wahrheit um ein Aufgreifen<sup>52</sup> des Begriffes von den Behörden handelt und insofern eine Analogie zu *Immigrant*, *Emigrant* und *Migrant* darstellt (Klein 1997: 243). Das diskurshistorische Wörterbuch verweist daher auch auf die neutrale oder positive Verwendung von *Asylant* in den 1960er Jahren. Damals wurde von den Behörden zwischen (noch nicht anerkannten) *Asylbewerbern* und (anerkannten) *Asylanten* unterschieden. Dennoch zeigt sich eine klare Stigmatisierung des Wortes in den 80ern und vor allem zu Beginn der 90er Jahre. Das diskurshistorische Wörterbuch zeigt auf, dass das Wort *Flüchtling* seit den 1960er Jahren eine Aufwertung (Melioration) erfuhren.

52 (Spieles 1993) schreibt, dass der Begriff schon im 19. Jahrhundert verwendet wurde.

Das Gegenteil lässt sich zu dem Wort *Asylant* sagen, welches eine Abwertung (Pejoration) erfuhr. Die Vertriebenenproblematik rückte während dieser Zeit zunehmend in den Hintergrund.

Ein zweiter, knapper Abschnitt soll die Entwicklung im Bereich Arbeitsmigration beleuchten. Das Feld ist weniger fruchtbar, als der Bereich Asyl und Flucht. In der Anwerbephase in den 60er Jahren trug der Begriff *Gastarbeiter* zu einer sprachlichen Aufwertung der Ausländer bei (Jung, Niehr & Böke 2000: 54). Das durch die NS-Zwangsarbeiter belastete Wort *Fremdarbeiter* tritt als abwertendes Pendant deutlich seltener auf. Erst mit der Wirtschaftskrise zu Beginn der 70er Jahre und dem Anwerbestopp 1973 änderten sich die Verhältnisse. Nachdem sich herausstellte, dass aus den Gastarbeitern dauerhaft bleibende Ausländer geworden waren, die nun auch mit einheimischen Arbeitnehmern in Konkurrenz traten, bekam *Gastarbeiter* eine negative Konnotation. Dies ist auch auf die Wahlerfolge der NPD und deren Wahlslogans zurückzuführen. Die rechte *Nationalzeitung* des DVU Gründers Gerhard Frey schrieb etwa 1967: „Die den Gastarbeitern gewährte politische Freizügigkeit wird von manchen dahin genutzt, daß es nicht nur Gastpropagandisten, sondern auch schon Gastdemonstranten gibt“ (zitiert in: Jung, Niehr & Böke 2000: 60). Auch offiziell tauchte nun der Ausdruck *Gastarbeiterproblem* auf. Gleichzeitig gibt es eine Reihe neutraler Benennungen, wie etwa: *ausländische Arbeiter*, *ausländische Arbeitnehmer* oder schlicht *Ausländer*. (Jung, Niehr & Böke 2000) schlussfolgern, dass sich in den 80er Jahren die Benennungen im Überbegriff *Ausländer* auflösen, da zunehmend die Asylbewerber in den Vordergrund des Diskurses treten. Spätere Bezeichnungen stellen vor allem die nationale Herkunft der größten Gruppe (*Türken*) unter den Gastarbeitern heraus.

Ein dritter Bereich, der hier vorgestellt werden soll, beinhaltet die Metaphern des Migrationsdiskurses. Dabei halten (Jung, Niehr & Böke 2000: 131) zunächst fest, dass es nur wenige Metaphern für die beteiligten Personen gibt (*Strandgut*, *Heer*, *Reservearmee*, *Arbeitsventil*, *Puffer*), sondern vornehmlich für den Prozess der Migration. Die Metaphern für den Migrationsprozess stammen vornehmlich aus den Bereichen 'Wasser', 'Krieg' und 'Warenhandel'. Vor allem die 'Wasser' Metapher findet sich seit der Nachkriegszeit. Die Basis bildet dabei *Strom* und *Zustrom* (*Flüchtlingsstrom*, *Aussiedlerstrom*, *Gastarbeiterzustrom*, *Asylantenstrom*). Komposita

mit *Welle* sind als Fokus auf eine aktuelle Situation zu sehen, die der Sprecher hervorheben möchte (*Türken-Welle, Asylbewerberwelle, Einwanderungswelle*). Dabei wurde die Metapher in den 60er Jahren noch naiv eingesetzt, teilweise in Bezug auf die willkommenen Gastarbeiter sogar positiv besetzt. Die zunehmende Sprachkritik der 80er Jahre zeigt jedoch den negativen Charakter dieser Metapher auf. Dabei liegt die Gemeinsamkeit der Wasser Metaphorik darin, dass der individuelle Aspekt vollständig in den Hintergrund tritt und die Menschen als *zu viele* lediglich unter einem quantitativen Gesichtspunkt dargestellt werden. Einwanderer werden mit der gewaltigen Naturkraft, die es zu bändigen gilt verglichen. Daher bedienen sich Benennungen zur Einschränkung ebenfalls aus diesem Bild (*eindämmen, abschotten, kanalisieren, dichtmachen, einschleusen*). Besonders in Bezug auf die Arbeitsmigration und die Asylbewerber schien *Strom* und *Welle* seit den 70er Jahren bis in die 90er Jahren zu schwach. Die Situation wurde sprachlich durch Steigerungen eskaliert (*Springflut, Ausländer-schwemme, Türkenflut*). Im zweiten, metaphorischen Bereich 'Krieg' verhält es sich ähnlich. Einwanderer werden als Eindringlinge in fremden Territorium konzeptualisiert (*Invasion, Ansturm, Türkensturm, Einmarsch, Festung Europa*) und somit besonders negativ konnotiert. Der dritte, metaphorische Bereich 'Handel' neigt dazu, die Menschen unter rein funktionalen Aspekten zu betrachten. Der Einwanderer wird als Ware konzeptualisiert (*Import, Export, verfrachten, Handel, Schmuggel*). In Begriffen, wie *Schmuggel* und *einschleusen*, wird zusätzlich die Beteiligung Dritter am Migrationsprozess thematisiert. Bei den Metaphern des Migrationsprozesses gilt: „je höher die Zuwanderungszahlen desto mehr Metaphern, und je stärker die Abwehr [...] desto drastischer die metaphorischen Ausdrücke und [...] das mit ihnen inszenierte Bild“ (Jung, Niehr & Böke 2000: 135).

Dem diskurshistorischen Wörterbuch gelingt es auf verschiedenen thematischen Gebieten, die Entwicklung des eingesetzten Vokabulars nach zu zeichnen und diese mit zahlreichen Zitaten zu belegen. Auf diese Weise ist man rückblickend in der Lage die von Sprecher vorgenommene mehr oder weniger explizite Bewertung von Migranten klar zu erkennen. Gleichzeitig erschließt sich auch die heutige Verwendung von Begriffen, wie *Asylant* oder *Migrationsstrom*.

### 3.2.3 Die deontische Dimensionen von Redebeiträgen im Bundestag

Hier soll die semantische Analyse von Politikersprache vorgestellt werden. Dabei handelt es sich um die Forschung der Koblenzer Gruppe um Josef Klein (1997). Klein macht es sich zum Ziel die deontische Bedeutungsdimension zu operationalisieren. Deontik ist ein Begriff aus der Logik, wo er das *Sollen* und das *Müssen* bzw. die dazugehörigen Negationen beschreibt. Nach Bühlers Kommunikationsmodell werden diese Kategorien einerseits in der Appellfunktion von Sprache verwirklicht, andererseits in ihrer Bewertungsfunktion. Klein weist darauf hin, dass für politische Sprache offensichtlich andere Regeln gelten. In der politischen Sprache fallen diese beiden Funktionen immer zusammen: „Bewertung und Appell sind Ausprägungen desselben Geltungszusammenhangs: Was politische Redner als positiv bewerten, das *sollen* auch die Adressaten so bewerten. [Hervorheb. im Original]“ (1997: 244). Unter den Begriff der deontischen Bedeutungsdimension untersuchte Klein drei Bundestagsdebatten zum Thema Migration und Asyl im Zeitraum von 1991 bis 1993, also jener Zeit, in welcher die Bundesrepublik vor einer Zerreißprobe stand. Diese dramatische Formulierung ist dadurch zu rechtfertigen, dass sich in besagtem Zeitraum die Gewalttaten gegen Ausländer häuften (Möln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock) und gleichzeitig die Zahl der Asylbewerber im Jahr 1992 auf über 400.000 stieg. Darauf folgte im Bundestag eine Reihe heftig geführter Debatten, ob die entstandene Situation eine Änderung des Grundgesetzes rechtfertigen würde, wie es die CDU/CSU forderte.

Josef Klein entwirft eine Reihe von Analysekatoren, um die Redebeiträge der Hauptsprecher der sechs im Bundestag vertretenen Parteien<sup>53</sup> hinsichtlich ihrer deontischen Ladung zu untersuchen. Er unterteilt seinen Forschungsgegenstand *Sprache* zunächst in drei Ebenen: die Nominationsebene (*Asylbewerber, Flüchtling* etc.), die Attributionsebene (*ehrliche, abgelehnte, kriminelle* etc.) und die Prädikationsebene (*Asylbewerber sind ohne warme Jacken und Schuhe, Sie erschleichen sich Sozialhilfe*, etc.). Zusätzlich unterscheidet er auf allen drei Ebenen zwischen positiven und negativen Äußerungen<sup>54</sup>. Auf der Nominationsebene sind somit *Notleidende* als positive Äußerung von *schwarzen Schafen* als negativer Äußerung zu

53 Dabei handelt es sich jeweils um die Hauptredner: Schäuble (CDU), Zeitlmann (CSU), Schmalz-Jacobsen (FDP), Däubler-Gmelin (SPD), Weiß (Bündnis 90/Grüne) und Jelpke (PDS).

54 Wie sich zeigen wird gibt es auch Äußerung ohne jede deontische Ladung, welche von Klein als *neutral* eingestuft wurden.

trennen. Außerdem spaltet Klein die Analysematrix in implizite und explizite Äußerungen auf<sup>55</sup>. Demnach steht auf der Nominationsebene eine explizite, positive Äußerung (*Notleidende*) einer impliziten, positiven Äußerung (*Flüchtlinge*) gegenüber. Um ein weiteres Beispiel anzuführen: Auf der Attributionsebene steht eine explizite, negative Äußerung (*zu viele Asylbewerber*) einer impliziten, negativen Äußerung (*abgelehnte Asylbewerber*) gegenüber.

Anhand der drei Ebenen und der sich daraus ergebenden Matrix ist Klein in der Lage, die sprachlichen Wege aufzuzeigen, welche die Hauptredner gewählt haben, um für ihre Position zu werben. Dabei standen vor allem die Unionsparteien vor einem Dilemma, denn einerseits mussten sie die Änderung des Grundgesetzes rechtfertigen und dabei den Koalitionspartner (FPD) und die größte Oppositionsfraktion (SPD) überzeugen, ohne deren Stimmen die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden konnte. Andererseits durfte die zuvor schon beschlossene Asylverfahrensbeschleunigung nicht gefährdet werden. Zusätzlich musste sich die Union vor dem Vorwurf schützen, Beiträge zur Eskalation der fremdenfeindlichen Gewalt im Land zu leisten. Für die SPD und die FPD bestand das Dilemma darin, dass sie durch die Zustimmung zur Asylverfahrensbeschleunigung die Situation als Problem erkannt hatten, sich aber gleichzeitig von der Position der Union distanzieren mussten.

Klein verweist zunächst auf ein überraschendes Ergebnis, nämlich, dass die emotional geführten Debatten auf der Nominationsebene und der Attributionsebene wenig deontische Ladung enthält, d.h. die Debatten wurden relativ wertneutral geführt. Auf der Nominationsebene entfallen mehr als die Hälfte der Bezeichnungen auf die neutralen Begriffe *Asylbewerber* und *Ausländer*. Die positive Bezeichnung *Flüchtlinge* findet sich als dritt-häufigste und fast ausschließlich bei SPD, Bündnis90/Grüne und der PDS. Klein schlussfolgert, dass sich die Redner auf diesen beiden Ebenen vorsichtig ausdrücken, da diese die größte sprachliche Deutlichkeit entfalten. Wenn überhaupt Bewertungen vorgenommen werden, so sind diese „fast ausschließlich positive und fast ausschließlich implizit“ (1997: 251). Etwa, für die Redner der CDU/CSU gilt auf beiden Ebenen, dass positive und negative Äußerungen im Verhältnis 2:1 stehen, jedoch weit hinter die neutralen Bezeichnungen zurückfallen. Dennoch zeigt sich ein generelles

<sup>55</sup> Klein weist darauf hin, dass schon die drei Ebenen Unterschiede in ihrer jeweiligen Explizitheit aufzeigen (1997: 252). Eine negative Nomination, wie *Scheinasylant* oder *Asylschmarotzer*, ist viel expliziter als eine negative Prädikation, wie etwa: *Asylbewerber, die schon in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden haben*.

Übergewicht der negativen Äußerungen bei den Rednern der CDU/CSU (von 64%), welches vor allem auf die Prädikationsebene zurückzuführen ist. Dort stehen positive und negative Äußerungen im Verhältnis 1:4, d.h. fast 75% der deontisch geladenen Prädikationen sind negativ. Klein schlussfolgert für die Unionsparteien in Bezug auf das beschriebene Dilemma, dass:

„sie die [...] Darstellung negativer Aspekte des zunehmenden Zuzugs von Asylbewerbern weit überwiegend in Formen äußern, die in doppelter Hinsicht die geringsten Angriffsflächen für Vorwürfe wegen diffamierender Deontik bieten: erstens durch die Dominanz impliziter Bewertung – da fällt der Sprecher selbst kein negatives Urteil, sondern 'überläßt' dies den Rezipienten – und zweitens weitgehend per Prädikation, d.h. dem Formtyp mit der geringsten sprachlichen Wucht und Markantheit. Für die [...] positiven Äußerungen wählen die beiden Unionssprecher dagegen in stärkerem Maße (35,3%) deutlichere, nämlich explizite Formen.“ (Klein 1997: 255)

Dies muss als wichtigstes Ergebnis der Studie Kleins gesehen werden. Hinsichtlich der SPD und FDP sind die Ergebnisse weniger deutlich. In den Redebeiträgen der beiden Parteien, wie auch in den Redebeiträgen aller anderen Parteien (Bündnis90/Grüne und PDS), überwiegen auch auf der Prädikationsebene die positiven Bewertungen deutlich.<sup>56</sup> Klein schlussfolgert daraus: „Man kann darin den Versuch sehen, die parlamentarische Auseinandersetzung über das Asylrecht als Modell deeskalierenden, nicht-populistischen Redens über die Gruppe der Asylbewerber zu führen“ (1997: 259). In diesem Lichte wird auch die strikte Vermeidung des Wortes *Asylant* verständlich, welches in der Presse, aber auch in diversen Strategiepapieren der CDU (mitsamt Kompositum *Scheinasyllant*) breite Verwendung fand. In Abgrenzung zum allgemeinen Migrationsdiskurs scheint im parlamentarischen Diskurs die Bewertung nur eine Hilfsfunktion zu erfüllen. Die Hauptfunktionen sind das *Legitimieren* eigener und das *Delegitimieren* gegnerischer politischer Ziele.

### 3.3 Zusammenfassung

Das letzte Kapitel hat versucht, das undurchsichtige Feld der politischen Sprache zu gliedern und zu kategorisieren. Die dabei in Kapitel 3.1.1. vergebenen Etikette „politisches Sprechen“, „politische Mediensprache“ und „Politikersprache“

<sup>56</sup> die Relationen zwischen positiven und negativen Prädikationen sind wie folgt: CDU (11:38), CSU (9:12), FDP (15:0), SPD (38:2), Bündnis90/Grüne (36:4), PDS (40:0)

wurden nur von einem Teil der wissenschaftlichen Untersuchungen angewendet. Vor allem „politisches Sprechen“, also die inoffiziellen, privaten Unterhaltungen der Menschen, entziehen sich wissenschaftlichen Studien. Auf diesen Teil der politischen Sprache kann man offensichtlich nur indirekt schließen. Daher befassen sich die meisten Untersuchungen entweder mit „politischer Mediensprache“ oder mit „Politikersprache“. Es wurde gezeigt, dass einige Forscher selbst auf diese Trennung verzichten und beide Phänomene gemeinsam im Sinne einer öffentlichen Sprache behandeln.

Die Vielzahl an Methoden zur Untersuchung politischer Sprache wurden in Kapitel 3.1.2 vorgestellt. Dabei haben sich vor allem zwei Dimensionen innerhalb der Politolinguistik ergeben: die semantische und die pragmatische Analyse. Erstere beschäftigt sich vor allem mit der Analyse von Schlagwörtern, Hochwertwörtern und Metaphern. Letztere beschäftigt sich mit Sprechakten und Argumenten. Denn die Grundfrage jeder Betrachtung politischer Sprache ist die Frage, wie und vor allem welche politische Realität in den Köpfen der Menschen sprachlich konstruiert wird.

Die ausgewählten Studien zeigen für den Migrationsdiskurs einige Muster, die Jung recht schlüssig zusammen fasst. Er schreibt, dass:

„unabhängig von juristischen oder ideologischen Unterschieden bei der politischen Bewertung bestimmter Migrantengruppen Ausdrücke, mit denen auf sie referiert wird, immer dann einen negativen Klang im öffentlichen Sprachgebrauch erhalten, wenn die Zahlen steigen, die Migrationsbewegung anhält und/oder die wirtschaftliche Situation sich verschlechtert.“ (Jung 1997: 211)

Dabei sind jedoch deutliche Unterschiede sichtbar, je nachdem wie die Gesellschaft zu den Migranten steht (*deutschstämmige Vertriebene* vs. *Asylbewerber*), je nach historischer Situation (*Gastarbeiter* vs. *Türkensturm*) und je nachdem in welchem institutionellem Rahmen gesprochen wird, also ob es sich um politische Mediensprache oder um Politikersprache handelt (Vgl. Klein 1997: 210ff.).

## 4 Der Frame–Begriff

### 4.1 Allgemeine Betrachtungen

Im folgenden Kapitel soll der Frame–Begriff erläutert werden. Dabei handelt es sich nicht um einen überschaubaren Ansatz, welchen einzelne Forscher für die Untersuchung politischer Sprache entwickelt haben. Der Frame–Begriff sollte als konzeptuelle Klammer unterschiedlicher Disziplinen verstanden werden. Der Kommunikationswissenschaftler Robert Entmann charakterisierte den Frame–Begriff als ein „fractured paradigm“ oder als „scattered conceptualization“ (Entmann 1993: 51). Es erscheint in der Tat auffällig, dass ein breites Spektrum von Soziologen, Psychologen, Linguisten, Kommunikationswissenschaftlern bis hin zu Philosophen mit dem Frame–Begriff operieren. (Entman 1993) plädiert für die Kommunikationswissenschaften, als adäquaten Ort für ein Zusammenführen dieser unterschiedlichen Ansätze. Obwohl inzwischen einige Forschungssynopsen zum Thema erschienen sind (Vgl. Shikano 2002, Scheufele 2003 und Matthes 2007), hat der Frame–Begriff seine interdisziplinäre Vielfalt behalten. Das Interesse der einzelnen Disziplinen liegt wohl darin begründet, dass der Frame–Begriff in all seinen Anwendungen eine gemeinsame Perspektive eröffnet. Vorerst soll hier Frage beantwortet werden, worin diese konzeptuelle Schnittmenge liegt. Anschließend soll der wissenschaftliche Werdegang dieses Ansatzes verfolgt werden und die sich daraus ergebenden Anwendungen des Frame–Begriffes einzeln vorgestellt und von einander abgegrenzt werden.

Der englische Begriff *frame* findet in dem deutschen Wort *Rahmen* seine Entsprechung. So erfüllt ein Bilderrahmen folgende Funktion: Er bestimmt was vom Betrachter eines Gemäldes wahrgenommen wird und worauf ihm der Blick versperrt bleibt. Die ausgefransten Ränder der unbemalten Leinwand werden vom Rahmen verdeckt. Das eigentliche Gemälde kommt in seinem Inneren voll zur Geltung. Diese Bedeutung von *frame* findet sich in vielen Metaphern der Alltagssprache, wenn vom „zeitlichen Rahmen“, vom „Budgetrahmen“ oder vom „Rahmen des Möglichen“ die Rede ist. Allen wissenschaftlichen Ansätzen zur Frame–Theorie ist diese metaphorische Verwendung des Begriffs *Rahmen* gemein. Im sozialwissenschaftlichen Feld wird diese Metapher auf die Wahrnehmung und die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen übertragen. Dieser Zusammenhang eröffnet die Möglichkeit dasselbe Problem in



verschiedenen *Rahmen* darzustellen. Getreu nach dem Motto: Ist das Glas halbleer oder ist es halbvoll? Robert Entman bezeichnet diesen Prozess unterschiedlicher Darstellung als *Rahmung*. Er definiert ihn wie folgt:

„To frame is to *select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation.*“ [Hervorheb. im Original] (Entman 1993: 52)<sup>57</sup>.

*Rahmung* wird hier als bewusster Prozess dargestellt, durch welchen eine zu kommunizierende Botschaft und ihre Wirkung bei dem Rezipienten verändert werden kann. Wie sich in den Folgenden zeigen wird, beruht diese Strategie zur Einflussnahme auf den grundlegenden Mechanismen, welche jede Form von Wahrnehmung (gleichgültig, ob sprachliche oder andersartige Wahrnehmung) überhaupt erst ermöglichen.

#### 4.1.1 Entwicklung des Frame-Begriffes

Ausgehend von Entmans Minimaldefinition des *Frames* soll im folgenden Teil die Entwicklung des Paradigmas kurz erläutert werden. Erste Ansätze zu diesem Thema finden sich schon in der Philosophie und der frühen Psychologie. Die „Berliner Schule“ um Max Wertheimer spricht von der Wahrnehmung einer strukturierten Gesamtheit, d.h. als *Figuren-, Form- oder Gestalt-Wahrnehmung*. Christian von Ehrenfels, ein Schüler von Franz Brentano, schreibt schon 1890 über die *Gestaltsqualitäten* der Wahrnehmung. Den Ausdruck *Gestalt* bezieht man meist auf visuell oder fühlbar wahrgenommene, räumlich in Erscheinung tretende Phänomene (z.B.: die Gestalt eines Menschen, eines Buches, eines Gebäudes, etc.). Jedoch handelt es sich schon bei von Ehrenfels nicht nur um visuelle Phänomene, sondern der Begriff schließt alle Sinnesmodalitäten und inneren Prozesse in ihrem wechselseitigen Zusammenspiel ein. Unter dem Einfluss der Ideen Brentanos und von Ehrenfels postulierte Otto Selz 1913 so genannte *Antizipationsschemata* (Vgl. Selz 1991) für die menschliche

---

<sup>57</sup> eigene Übersetzung: „der Prozess der Rahmung bzw. des Framing beschreibt die Auswahl und Hervorhebung von bestimmten Aspekten der Wirklichkeit, um eine bestimmte Definition, einen spezifischen kausalen Zusammenhang, ein moralisches Werturteil und/oder eine bestimmte Handlungsanleitung zu begünstigen.“

Wahrnehmung, sowie für das Erinnerungsvermögen. Ähnliche Ansätze innerhalb der Psychologie und Gedächtnisforschung finden sich in den Begriffen *Erinnerungsschemata* bei Frederick Bartlett (Vgl. 1951) oder der *Handlungs- und Assoziations-schemata* bei Jean Piaget (1974).

Dabei lag besonderes Interesse auf der Frage, wie und wodurch unsere Wahrnehmung strukturiert ist bzw. strukturiert wird. Inwieweit sind Denkstrukturen genetisch vorbestimmt und wie werden sie von gesellschaftlichen Prozessen beeinflusst? Schon die Vorläufer der heutigen Kommunikationswissenschaften erkannten, wie wichtig es ist, den gesellschaftlichen Einfluss auf individuelle Wahrnehmungsprozesse zu verstehen. Besonders deutlich wird das in Walter Lippmanns Behandlung von Stereotypen in der massenmedialen Kultur: „For the most part we do not first see, and then define, we define first and then see.“ (1922: 81)<sup>58</sup>. Lippmann spricht hier von der Wahrnehmung, als einem Prozess, welcher der eigentlichen Strukturierung nachrangig ist. Wir nehmen die Dinge nur wahr, wenn wir sie mit einem gewissen Vorwissen abgleichen und in Dieses einordnen können. Damit sind die beiden Seiten von Frames abgesteckt, denn einerseits handelt es sich um innere Denk- und Wahrnehmungsprozesse. Andererseits sind Frames von unserer Erfahrung geprägt, was die Möglichkeit eines äußeren Einflusses ermöglicht, wenn zum Beispiel ein Problem oder eine Situation in verschiedenen Rahmen dargestellt werden kann.

Der Grundgedanke einer strukturierten Wahrnehmung wurde in den 1970er Jahren im Zuge der kognitiven Revolution von ganz verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen aufgegriffen. Dabei stehen vor allem drei Wissenschaftler im Vordergrund: der Kognitionswissenschaftler Marvin Minsky, der Linguist Charles Fillmore und der Soziologe Erving Goffman. Goffman verfasste 1974 ein Buch mit dem Titel „Frame Analysis“. Darin steckt er den Frame-Begriff, wie folgt ab: „[...] definitions of a situation are built up in accordance with principles of organization which govern events – at least social ones – and our subjective involvement in them.“ (1974: 10)<sup>59</sup>. Aus Goffmans Definition wird klar, dass es sich um gesellschaftliche Handlungsrahmen handelt. Diese entstehen unter dem Einfluss von zwei Komponenten: den strukturellen Organisationsprinzipien und unserer individuellen Erfahrung. Goffman operationalisiert

58 “In den meisten Fällen ist es nicht so, dass wir die Dinge erst wahrnehmen und danach definieren, sondern, dass wir etwas erst definieren und es erst danach wahrnehmen.” (eigene Übersetzung)

59 “Definitionen einer Situation beruhen einerseits auf den Organisationsprinzipien von Ereignissen und andererseits auf unserer individuellen Erfahrung.” (eigene Übersetzung)

verschiedene Typen von Frames, die unser Handeln organisieren. So unterscheidet er zwischen einem natürlichen Handlungsrahmen (*natural primary frameworks*), in welchem wir der Welt ganz physisch und natürlich gegenüber stehen, und einem sozialen Handlungsrahmen (*social frameworks*), welcher eine Situation in das gesellschaftliche Umfeld einbettet und somit als orientierte Handlung (*guided doing*) verstanden werden muss. Im Gegensatz zum natürlichen Rahmen wird der soziale Rahmen erst gesellschaftlich konstruiert und muss mit Begriffen, wie *Absicht* und *Motiv* beschrieben werden. Goffmans stellt die berechtigte Frage, inwiefern soziales Handeln überhaupt „real“ sein könne, da jede Situation von den beiden Komponenten individuelle Erfahrungen und soziale Organisationsprinzipien beeinflusst wird.

Obwohl Goffman sich auf Mikrosituationen bezieht, wurde das Konzept in verschiedenen Folgestudien auf gesellschaftliche Prozesse, vor allem auf die politische Kommunikation, angewendet. Gaye Tuchman (1976) untersuchte die Erstellung von Nachrichten und spricht in diesem Zusammenhang von der Nachricht als einer speziellen Botschaft, welche durch einen gesellschaftlich konstruierten Deutungsrahmen vermittelt wird: den Media-Frame. Dieser Media-Frame begrenzt, was von den Empfängern der Botschaft wahrgenommen wird (1976: 95). Er dient somit sowohl als Wahrnehmungs-, wie auch als Handlungsrahmen, denn die Rezipienten stützen ihre Handlungen auf die Werte, welche durch den Media-Frame vermittelt werden. Die soziologischen Studien (seit den 80er Jahren) sind in vielen Punkten erfolgreich und können dazu beitragen die Stellung von sozial konstruierten Deutungsrahmen zu beleuchten. Doch sie vernachlässigen die Rolle der individuellen Erfahrungen, den zweiten Aspekt aus Goffmans Definition.

Die Frage nach der individuellen Erfahrung kann durch ein tieferes Verständnis von kognitiven Prozessen beantwortet werden. Der Amerikaner Marvin Minsky, der auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz arbeitet, schuf ein einflussreiches theoretisches Konzept (Minsky 1975). In seinen zu Beginn der 70er Jahre durchgeführten Untersuchungen zu künstlichen Wahrnehmungsprozessen stellte sich heraus, dass Maschinen, die eine nicht-triviale Aussage über ein Inputsignal machen sollten, über ein gewisses Vorwissen verfügen müssen. Vereinfacht ausgedrückt: Wenn eine Maschine mehr erkennen soll als die bloße Anwesenheit bzw. Abwesenheit eines Inputs, dann muss sie vorher darüber informiert werden, ob sie etwa

eine spezielle Farbe, ein besonderes Muster oder einen bestimmten Ton erkennen soll. Minsky warf die Frage nach der Struktur dieses Vorwissens auf. In Anlehnung an die Studien von Bartlett definierte er diese Struktur als einen Frame. Die viel zitierte Passage aus Minskys Aufsatz beschreibt den Frame, wie folgt:

„When one encounters a new situation (or makes substantial change to one's view of the present problem) one selects from memory a substantial structure called Frame. This is a remembered Framework to be adapted to fit reality by changing details as necessary“ (Minsky 1975: 221)<sup>60</sup>

Damit erhebt Minskys Frame nicht nur im Bereich der künstlichen Intelligenz Anspruch auf Gültigkeit, sondern er gilt gleichermaßen für menschliche Wahrnehmung. Folgen wir Minskys Definition, so können Menschen nur dadurch mit verschiedenen Situationen umgehen, indem sie die tatsächliche Wahrnehmung mit dem bereits im Gedächtnis vorhandenem Deutungs- oder Wissensrahmen abgleichen. Der vorhandene Deutungsrahmen entspringt allerdings seinerseits aus der Erfahrung der Menschen („remembered Framework“). Hier wird die Verbindung zu den *Antizipationsschemata* und den *Assoziationsschemata* der Psychologie, aber auch zu Walter Lippmanns Zitat, deutlich. Minskys Frame geht noch weiter, denn er trifft Aussagen, die über reine Wahrnehmung hinaus gehen. Das menschliche Gehirn verfügt demnach über Ablaufpläne für stereotypisierte Handlungen, welche sich ebenfalls als Frame beschreiben lassen (Vgl Minsky 1975). Abhängig davon, ob wir zu einem Kindergeburtstag gehen, mit einem Fahrstuhl fahren oder eine Vorlesung besuchen, erwarten wir jeweils verschiedene ritualisierte Handlungsabläufe. Hier wird Verbindung zu Goffmans Studien deutlich. Die Psychologie verwendet für derart ritualisierte Handlungsabläufe die Bezeichnung *Script*.

In der Linguistik griff Charles Fillmore diesen Grundgedanken einer strukturierten Wahrnehmung im Bereich der Semantik auf (1982). Fillmore hatte sich vorher mit der syntaktischen Struktur von Verben beschäftigt und übertrug er diesen Grundgedanken, wahrscheinlich ebenfalls in Anlehnung an Bartlett, auf die Semantik. Der deutsche Sprachwissenschaftler Dietrich Busse bezeichnet Fillmores Beitrag als „epistemologische Wende“ (2008: 83). Fillmore stellt nicht mehr die Frage nach der Bedeutung einer Form (d.h. eines Wortes, Satzes oder Textes), sondern er fragte

<sup>60</sup> „Wenn man mit einer neuen Situation konfrontiert ist (oder die bisherige Perspektive auf ein Problem erheblich verändert), so wählt man aus dem Gedächtnis eine Struktur, die man als Frame bezeichnen kann. Dabei handelt es sich um ein im Gedächtnis gespeichertes Gerüst, welches durch kleine Veränderungen an die Wirklichkeit angepasst werden kann.“ (eigene Übersetzung)

danach, was ein Sprecher bzw. eine Rezipient wissen muss, um eine bestimmte Form zu verwenden bzw. zu verstehen. (Fillmore 1982) definierte seinen semantischen Deutungsrahmen so:

„By the term 'frame' I have in mind any system of concepts related in such a way that to understand any one of them you have to understand the whole structure in which it fits; when one thing is introduced into a text, or into a conversation all of the others are automatically made available.“ (Fillmore 1982: 373)<sup>61</sup>

Der semantische Deutungsrahmen, wie in Fillmore definiert, besteht aus einem System von Konzepten. Dabei verhält sich ein einzelne Konzept, wie ein Knoten in einem Fischnetz. Sobald der einzelne Knoten eines Netzes angehoben wird, bewegen sich benachbarte Knoten mit bzw. werden aktiviert. Wenn ein Wort vom Gehirn dekodiert oder semantisch analysiert wird, so greift der Hörer dabei immer ein Netz von Konzepten zurück. Dabei stehen dem Sprecher verschiedenen Alternativen zu Wahl, d.h. es können verschiedene Konzepte dieses Netzwerkes hervorgehoben oder ausgeblendet werden. Das Beispiel des halbvollen bzw. halbleeren Glas macht diesen Zusammenhang besonders deutlich. Ich möchte dieses Grundprinzip an einem Beispiel aus der Migrationspolitik nachzeichnen: Wenn ein politischer Akteur von einem *Flüchtlingstrom* spricht, so verwendet er nicht nur eine Metapher, sondern er verlässt sich darauf, dass sein Publikum die beiden Teile *Flüchtling* und *Strom* erfolgreich dekodiert. Um dies zu erreichen, greift der Rezipient auf ein Netzwerk zurück. Im Begriff *Flüchtling* sind Konzepte wie *Verfolgung*, *Angst*, *Unfreiwilligkeit* enthalten, aber auch *Krieg*, *Notlage*, *Rettung*, *Zuflucht* und *Hilfe*. Der zweite Teil, *Strom*, aktiviert gleichsam Konzepte wie *Wasser* und *Bewegung* aber auch *Anonymität des Einzelnen* oder etwa *Dämme bauen*. Daraus folgt, dass ein Zuhörer mit der Metapher *Flüchtlingsstrom* ein ganzes Paket an Bedeutungen mitgeliefert bekommt. Welche konkreten Konzepte bei dem Einzelnen aktiviert werden, hängt von seiner individuellen Erfahrung, aber auch von der gesellschaftlichen Erfahrung, die er mit anderen teilt. Fillmore entwirft in seinem Aufsatz den Grundriss eines Forschungsprogramms, welches es sich zu Aufgabe macht, diese Struktur von Konzepten zu verstehen. Obwohl

61 „Unter dem Terminus 'Frame' verstehe ich ein System von Konzepten, welches die Eigenschaft hat, dass man – um ein einzelnes Konzept zu verstehen – immer das gesamte System, in welches es passt, verstehen muss. Wenn also ein einzelnes Konzept in einem Text oder in einer Unterhaltung verwendet wird, so aktiviert dieses Konzept immer die gesamte Struktur.“ (eigene Übersetzung)

sein eigenes Forschungsprogramm nicht zu einer konkreteren Definition des Frame-Begriffes führte (Konerding 1993: 45ff.), hatte es großen Einfluss auf die Entwicklung der kognitiven Linguistik. Der Grundgedanke einer Vernetzung von Bedeutungskernen findet sich in der Theorie der semantischen Netze, aber auch in Eleanor Roschs Prototypensemantik.

#### 4.1.2 Der Frame-Begriff in den Kommunikationswissenschaften

Der Frame-Begriff findet seit den 1980er Jahren Anwendung auf dem Gebiet der Kommunikations- und Medienwissenschaften. Allen Ansätzen der Kommunikationswissenschaften ist das Ziel gemein, einen tieferen Einblick in die Rolle der Massenmedien zu gewinnen. Sie beschäftigen sich daher im weitesten Sinne mit politischer Mediensprache. Damit stehen sie in der Tradition der „Agenda-Setting-Hypothese“ von Maxwell McCombs und Donald Shaw. (McCombs & Shaw 1972) konnten am Beispiel der amerikanischen Präsidentschaftswahlen des Jahres 1968 zeigen, dass Massenmedien einen Einfluss auf die Wähler hinsichtlich der Wichtigkeit einzelner Themen (*issues*) haben. In diesem Sinne bedeutet „Agenda-Setting“ (oder später „Priming“) in der praktischen Politik folgendes: Wenn ein Kandidat zum Beispiel im Thema „Wirtschaft“ größere Glaubwürdigkeit oder Professionalität ausstrahlt, als sein Gegenspieler, so ist es nicht unwichtig, ob die Massenmedien das Thema „Wirtschaft“ aufgreifen oder ob sie es nur am Rande behandeln. Das Hauptproblem der „Agenda-Setting-Hypothese“ lag in der Abgrenzung der einzelnen Themen. Die frame-theoretischen Ansätze umgehen dieses Problem der Thematisierungsfunktion und konzentrieren sich auf Strukturierungsfunktion von Massenmedien.

In seiner Forschungssynopse zum Frame-Begriff innerhalb der Kommunikationswissenschaften unterscheidet Bertram Scheufele (2003) vier verschiedene Ansätze: dem journalistenzentrierten Ansatz, dem inhaltszentrierten Ansatz, dem öffentlichkeits- und bewegungszentrierten Ansatz und dem wirkungszentrierten Ansatz. Die vier Ansätze werden im Folgenden vorgestellt. Allerdings, wie sich zeigen wird, spiegeln sie wesentliche Elemente der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen wider. Der journalistenzentrierte Ansatz beschäftigt sich mit den Fragen nach einer journalistischen Arbeitsroutine. Der eingangs erwähnte

Begriff des Media-Frames von Gaye Tuchmann (1978) kann stellvertretend für diesen Ansatz stehen. Todd Gitlins Studie zur Berichterstattung über die Bewegung der *Neuen Linken* in den USA (1980) konzentrierte sich auf die journalistische Arbeit, wobei Gitlin journalistisches Framing (Rahmung) als einen natürlichen Vorgang beschreibt, der unter- bzw. unbewusst abläuft (Vgl. Scheufele 2003: 50). Ein weiteres Beispiel ist die Studie von Hans-Bernd Brosius und Peter Eps (1993). Brosius und Eps beleuchten die äußeren Einflüsse auf den Media-Frame. Hierbei unterscheiden sie in der journalistischen Arbeit eine Routinephase von einer Orientierungsphase. In Letzterer wenden sich Journalisten neuen Problemen zu bzw. sie wenden andere Deutungsrahmen auf die gleichen Probleme an. In ihrer Studie weisen die beiden Forscher nach, dass durch bedeutende Ereignisse eine solche Orientierungsphase ausgelöst werden kann. Am Beispiel der Berichterstattung über fremdenfeindliche Gewalt (Möln, Solingen, Rostock und Hoyerswerda) zu Beginn der 1990er Jahre, zeigen sie Veränderungen in der journalistischen Praxis auf. Denn obwohl sich die absolute Zahl rechtsextremer Gewalt nicht verändert hatte, verursachten die Anschläge ein erhöhtes Echo in den Medien (1993: 527). Ein weiteres Beispiel für den journalistenzentrierten Ansatz ist die Studie von Holli Semetko und Patti Valkenburg (2000). Die beiden Kommunikationswissenschaftlerinnen durchsuchten ein Textkorpus (Fernsehbeiträge, Zeitungsartikel) zu ganz unterschiedlichen Themen nach vorab definierten Deutungsrahmen<sup>62</sup>. Dabei standen sich in der journalistischen Praxis zwei Deutungsrahmen gegenüber: der „Verantwortungsframe“ (*responsibility frame*) und der „menschliches Interesse-Frame“ (*human interest frame*). In ihren Ergebnissen zeigte sich, dass sich die beiden Medien Fernsehen und Zeitung hinsichtlich der Nutzung der beiden Frames nur marginal unterschieden. Eine signifikante Abweichung gab es jedoch im Vergleich von seriös-informativen und reißerisch-inszenierten Sendeformaten bzw. Zeitungsartikeln. Während Erstere über die Zusammenhänge im „Verantwortungsframe“ berichteten, konzentrierten sich Letztere ausschließlich auf den „menschliches Interesse-Frame“. Damit gelang es Valkenburg und Semetko die vergleichende Medienrezeption zu operationalisieren und gewissermaßen auf empirisch, wissenschaftliche Füße zu stellen. Diese hier beschriebene Gruppe von Ansätzen zur Frame-Analyse erscheint in ihrer

---

<sup>62</sup> Sie stellten 5 Frames auf, innerhalb derer ganz unterschiedliche Themen dargestellt wurden: „We investigated the prevalence of 5 news frames identified in earlier studies on framing and framing effects: attribution of responsibility, conflict, human interest, economic consequences, and morality.“ (Semetko & Valkenburg 2000: 94)

Fragestellung und Methodik sehr heterogen und lässt sich daher unter dem Etikett „Journalistische Arbeit“ zusammenfassen.

Eine zweite Gruppe von Studien besteht aus den inhaltszentrierten Ansätze. Diese greifen den Gedanken eines Media-Frames auf, nehmen ihn aber als gegeben an, um ihn inhaltlich untersuchen zu können. In diesem Fall unterscheidet Scheufele (2003: 55) quantitative von qualitativen Verfahren. Quantitative Methoden bringen vor allen computergestützte Verfahren zur automatisierten Suche von Frames zur Anwendung. Ein Beispiel hierfür ist (Miller & Andsager 1997). Mark Miller und Julie Andsager haben in ihrer Studie zur Berichterstattung über Diskriminierung (*Hate-Speech*) eine selbst programmierte Software verwendet, welche in der Lage ist aus einem Textkorpus, Schlüsselwörter zu extrahieren. Auf diese Weise wurden aus ihrem Textkorpus 100 Schlüsselwörter gewonnen und anschließend einer Clusteranalyse unterzogen. Die sich daraus ergebenden Wortgruppen (Cluster) wurden als Frames interpretiert. Diese Methode eignet jedoch nur für ein präpariertes Textkorpus, welches gegensätzliche Standpunkte zu einem Thema beinhalten muss. Ein weiteres Beispiel ist (Galliker et al. 1997). Der Psychologe Mark Galliker untersuchte Presseberichte aus deutschen und schweizerischen Zeitungen, die sich mit dem Thema „Asylbewerber“ beschäftigten. Dabei wurde vorab eine Liste von Schlagwörtern manuell erstellt. Anschließend wurde computergestützt die unmittelbare Umgebung dieser Schlagwörter abgesucht („Co-Occurrence-Analyse“), um aus den dort auftretenden Worten einen Deutungsrahmen abzuleiten. Galliker gelingt es auf diese Weise aufzuzeigen, dass im Untersuchungszeitraum Asylbewerber vor allem mit dem Thema *Kriminalität* in Zusammenhang gebracht wurden (1997: 226). Obwohl (Galliker et al. 1997) den Frame-Begriff selbst nicht einsetzen, zählt (Scheufele 2003) die Studie zu den quantitativen Frame-Analysen. Quantitativen Studien haben offensichtlich den Vorteil, dass sie aufgrund von digitalisierter Bearbeitung mit großen Textsammlungen operieren können.

Qualitative Studien, sofern sie sich am Frame-Begriff orientieren, sind eher als klassische Inhaltsanalysen zu charakterisieren. Dabei handelt es sich zwangsläufig in den meisten Fällen um die Untersuchung von wenigen, sorgfältig ausgewählten Texten. Ein Beispiel für diese Herangehensweise ist Sandra Ball-Rokeachs Studie zur Abtreibungsdiskussion in den USA (Ball-Rokeach et al. 1990). Dabei wurden einzelne Zeitungsartikel, Veröffentlichungen oder Reden von politischen Akteuren zum Thema



Abtreibung untersucht. Die Studie stellt fest, dass sich der Deutungsrahmen, innerhalb dessen das Problem diskutiert wurde, während der 1980er Jahre stark verändert hatte. Begründete man das Recht auf Abtreibung bis Mitte der 80er mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Frau“ (*ProChoice*), so verschob sich die Diskussion auf den „Wert des ungeborenen Lebens“ (*ProLife*). Dabei ist offensichtlich, dass der zweite Deutungsrahmen (*ProLife*), eine Befürwortung des Rechtes auf Abtreibung deutlich erschwert. Ein weiteres Beispiel einer qualitativen Frame-Analyse wurde von Leen d'Haenens und Mariëlle de Lange (2001) durchgeführt. Sie untersuchten eine Reihe von regionalen Zeitungen in Holland hinsichtlich der Deutungsrahmen, die auf Asylbewerber angewendet wurden. Ihre Methode beruhte auf einer Liste aus 20 Ja-Nein-Fragen, die an jeden Text gestellt wurden. In Anlehnung an (Semetko & Valkenburg 2000) ergaben sich aus dem Muster der Antworten fünf vordefinierte Deutungsrahmen (*human interest frame, responsibility frame, conflict frame, morality frame* und *economic consequences frame*). Die Zeitungen wurden nach bestimmten Regionen ausgewählt, in denen die Bevölkerung gegenüber Asylbewerbern unterschiedlich eingestellt war. Ihr Ergebnis überraschte doppelt. Einerseits ließ sich kein direkter Zusammenhang aus Berichterstattung und Einstellung der Bevölkerung erkennen. Andererseits zeigte die Studie eine generell negative Berichterstattung in allen Zeitungen. (D'Haenens & de Lange 2001: 858) beobachteten eine völlige Abwesenheit des vorher aufgestellten *morality frames*, der das Thema Asylbewerber im Zusammenhang mit moralischen Verpflichtungen und Werten diskutieren würde.

Die dritte Perspektive, die Scheufele unterscheidet, ist der öffentlichkeits- bzw. bewegungszentrierte Ansatz. Dabei handelt es sich um das Entstehen und die Struktur von sozialen Bewegungen. (Snow & Benford 1986) postulierten den so genannten „kollektiven Aktionsrahmen“ (*collective action frame*). Nach diesem Handlungsschema besteht die Funktion und Aufgabe eines Aktionsrahmens, wenn er zur Entstehung einer sozialen Bewegung führen soll, aus drei Schritten: Diagnose, Prognose und Motivieren. Obwohl die „thematische Befüllung“ dieser drei Aufgaben je nach sozialer Bewegung (Friedensbewegung, emanzipatorische Bewegung, ökologische Bewegung, etc.) stark variieren kann, müssen alle drei Schritte erfolgreich umgesetzt werden, um eine Vielzahl von Menschen für ein Thema zu gewinnen. Ein weiteres Beispiel ist (McAdam 1994), der am Beispiel der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung erläutert mit welchen Taktiken soziale Bewegungen die öffentliche Meinung

beeinflussen können. Auf einer vertiefende Erklärung der öffentlichkeits- bzw. bewegungszentrierten Ansätze wird hier verzichtet, da diese im Folgenden keine Rolle spielen werden.

Ein vierter Ansatz in Scheufeles Klassifizierung ist der wirkungszentrierte Ansatz. Hierbei wird vor allem nach der Wirkung verschiedener Rahmungen im Sinne Entmans (1993) auf die Rezipienten gefragt. Beispielhaft zu nennen wäre die psychologische Studie von Amos Tversky und Daniel Kahnemann (1981). Sie nehmen an, dass sich verschiedene Deutungsrahmen auf ein Entscheidungsproblem anwenden lassen, wobei sich je nach gewählten Rahmen ein anderes Verständnis des gleichen Problems ergibt. In ihrem Experiment stellten sie zwei Versuchsgruppen vor ein Entscheidungsproblem. Dabei ging es um die zu ergreifenden Maßnahmen gegen eine fiktive Krankheit (*asian disease*). Den Versuchsgruppen wurden jeweils zwei Alternativen angeboten, wie sie mit der Krankheit umgehen können. Gruppe 1 musste sich entscheiden zwischen: (A) 200 von 600 Menschen überleben oder (B) mit der Wahrscheinlichkeit von 1/3 überleben alle 600 Menschen. Im Fall (B) würden mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 alle 600 Menschen sterben. Gruppe 2 stand vor der Wahl zwischen: (A) 400 von 600 Menschen sterben oder (B) mit einer Wahrscheinlichkeit von 1/3 stirbt niemand. Im Fall (B) würden mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 alle Menschen sterben. Obwohl die Alternativen inhaltlich gleich sind, entschieden sich 72% der Gruppe 1 für (A) und 78% der Gruppe 2 für (B). Tversky und Kahneman erklären diese Verteilung mit der Wortwahl. Gruppe 1 entschied sich für den Gewinn (A) und gegen das Risiko (B), währenddessen Gruppe 2 den sicheren Verlust (A) ablehnte und sich für das Risiko (B) entschied. Tversky und Kahneman erklären dies mit zwei Phasen der Entscheidung: Auf die Verarbeitung Deutungsrahmens folgt dessen Beurteilung (1981: 453). Die Studie konnte somit beweisen, dass beide Phasen nicht von einander unabhängig sind. Die Phase der Rahmung bedingt die Beurteilung und hat letztlich einen hohen Einfluss auf die Entscheidung. Tversky und Kahneman gelingt es auf diesem Weg die kognitive Realität einer gezielten Rahmung nachzuweisen.

Die vorgestellten Ansätze aus Bertram Scheufeles Klassifizierung spiegeln im wesentlichen die Zugänge der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen wider. Der journalistenzentrierte Ansatz beinhaltet vor allem Studien der Medienwissenschaften, die für die journalistischen Praxis interessieren. Untersuchungen, die

mit dem inhaltszentrierten Ansatz arbeiten, stammen zum Teil aus den Medienwissenschaften, vorrangig jedoch aus den Sprachwissenschaften. Öffentlichkeits- und bewegungszentrierte Ansätze werden zum größten Teil von Soziologen durchgeführt. Die wirkungszentrierten Ansätze beinhalten Studien der Psychologie bzw. der Kognitionswissenschaften.

#### **4.2 Zusammenfassung**

Das Konzept der Rahmenanalyse hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten vor allem in den Medienwissenschaften zu einem fruchtbaren Forschungsgebiet entwickelt. Dabei widerspricht der Gedanke eines Deutungs- oder Wissensrahmens der Annahme, dass die Funktion von Sprache im *Verbalisieren* besteht. Nicht vorgegebene Inhalte werden in sprachliche Formen gegossen, sondern sprachliche Formen evozieren einen Wissensrahmen. Gleichsam können verschiedene sprachliche Formen verschiedene Wissensrahmen evozieren, denn eines der Hauptcharakteristika von Sprache liegt in ihrer Kreativität. Daher muss die bewusste oder unbewusste Verwendung von sprachlichen Formen als Rahmung verstanden werden. Die wirkungszentrierten Studien (Tversky & Kahneman 1981) zeigen, dass eine solche Rahmung durchaus einen Effekt auf die Handlungen der Rezipienten haben. Dabei setzt sich eine solche Interpretation dem Vorwurf aus, einen hypostasierenden Sprachbegriff zu verwenden, also Sprache (in ihrer Macht die Menschen zu beeinflussen) über zubewerten. Dennoch wird schon aus den grundlegenden Studien der 70er Jahre in Anlehnung an die Gedächtnistheorie von Federick Bartlett klar, dass Kognition (Minsky), Sprache (Fillmore) und Kultur (Goffman) auf ähnlichen Prozessen und Strukturen beruhen. Wenn man also den jeweiligen Geltungsbereich einer Untersuchung beachtet, zum Beispiel die politische Mediensprache oder die Politikersprache zum Thema Migration und Asyl, erscheint es durchaus gerechtfertigt danach zu fragen: In welchem Deutungsrahmen wird über das Thema gesprochen? Welche Konzepte werden aktiviert, wenn über eine bestimmte Gruppe von Menschen gesprochen wird?

## 5 Empirische Untersuchung

### 5.1 *Sprache und Migrationsdiskurs*

Das folgende Kapitel versucht das Forschungsprogramm in seinen einzelnen Komponenten näher zu beschreiben. Dazu gehören Fragen nach dem hier angewendeten Verständnis von Frame, der Methodik und den Instrumenten, um den Frame (und darin enthaltenen Konzepte) zu erfassen und den Zusammenhang von Sprache und Migrationsdiskurs. Letzteres soll hier vorab geklärt werden. Dabei möchte ich mit einer sehr allgemeinen Forschungsfrage beginnen: Wie spricht man über Menschen ausländischer Herkunft in Deutschland? Obwohl die Frage auf Grund ihrer Allgemeinheit vorerst wenig aussagt, ist der sprachliche Zugang zum Migrationsdiskurs schon gesetzt, nämlich über die Gruppe von Menschen. Es soll also die Sprache analysiert werden, mit welcher über Ausländer bzw. Bürger ausländischer Herkunft gesprochen wird. Migrationsdiskurs wird verstanden als das „Sprechen über Migranten“.

Aus der allgemeinen Formulierung ergeben sich drei Unterfragen. Die erste Unterfrage betrifft das „Wie“. Wie spricht man? Mit Hilfe des Frame-Begriffes sollen die inhaltlichen Zusammenhänge aufgedeckt werden, in welchen über Migranten gesprochen wird. Die zweite Unterfrage betrifft das „man“. Wer spricht? Hier soll ein repräsentativer Ausschnitt der politischen Sprache untersucht werden. Dieser wird einmal aufgeteilt in politische Mediensprache und in Politikersprache. Daraus ergibt sich eine weitere Unterfrage: Gibt es einen Unterschied zwischen politischer Mediensprache und Politikersprache hinsichtlich der Darstellung von Migranten? Außerdem wird dieser repräsentative Ausschnitt auf das politische Spektrum verteilt. Für die Politikersprache geschieht das durch die parteiliche Zuordnung der Sprecher in einer Bundestagsdebatte. Für die politische Mediensprache geschieht das durch die Auswahl verschiedener Zeitungen. Daraus ergeben sich ebenfalls weitere Unterfragen: Sprechen die Abgeordneten der CDU anders über Migranten als die Abgeordneten der PDS? Spricht die FAZ anders über Migranten als die Junge Freiheit? Die dritte Unterfrage bezieht sich auf die Bezeichnung „ausländische Mitbürger“. Aus Kapitel 2 ging hervor, dass Ausländer in Deutschland keine homogene Gruppe bilden, sondern aus ganz unterschiedlichen Gründen in der Bundesrepublik sind. Daher ergeben sich

weitere Unterfragen: Spricht man über Asylbewerber anders als über Spätaussiedler oder Gastarbeiter?

## **5.2 *Der Frame–Begriff***

Das Kapitel 4.2.2 hat eine grobe Übersicht zum Frame–Begriff erstellt und die Studien nach Perspektiven, wissenschaftlichen Disziplinen oder ihrer Herkunft geordnet. Im nächsten Schritt soll hier die eigene Auffassung des Frame–Begriffes erläutert werden, welcher der empirischen Untersuchung zugrunde liegt. Dabei werden die Konzeptionen von Minsky, Goffman, Fillmore und Entman einbezogen. Wie es die allgemeine Eingangsfrage schon suggeriert, versteht sich der hier verwendete Frame–Begriff als Deutungsrahmen und nicht als Argumentationsrahmen. Die empirische Analyse will klären, wie ausländische Mitbürger dargestellt werden. Daraus lässt sich in einem zweiten Schritt schlussfolgern, in welche Richtung argumentiert wird. Die eigentliche Argumentation wird jedoch vom Deutungsrahmen nicht erfasst.

Ich möchte als erstes den Sprung vom mentalen Frame als inneren Verarbeitungsprozess zum äußeren Frame als einen das Denken beeinflussenden Deutungsrahmen begründen. Minsky schreibt, dass der Frame auf einem „remembered framework“ (Minsky 1975: 221) beruht. Goffman betont neben den strukturellen Organisationsprinzipien das „subjective involvement“ (Goffman 1974: 10) als Faktor, der eine Framebildung beeinflusst. Beide Autoren betonen somit die Erfahrung als wichtigen Bestandteil für die Entstehung eines Deutungsrahmens. Der Großteil der in Kapitel 4.1.2 vorgestellten Studien hat den Frame auf der Seite der Produzenten als etwas Äußeres untersucht. Dabei wurden die Texte von politischen Akteuren betrachtet oder verschiedene Nachrichtenartikel untersucht. Robert Entman definierte den Prozess der Rahmung, als die Auswahl und Hervorhebung von bestimmten Aspekten der Wirklichkeit (1993: 52). Der Deutungsrahmen hat demnach zwei miteinander verschränkte Dimensionen, nämlich die äußere Dimension (Produktionsdimension) und die innere Dimension (Rezeptionsdimension). Die wirkungszentrierten Studien (Vgl. Tversky & Kahneman 1981) haben gezeigt, dass sich diese beiden Seiten gerade in einer Mediengesellschaft nicht voneinander trennen lassen. Ein Rezipient von Nachrichten bezieht einen Großteil seines Weltwissens aus den Medien

(Produktionsdimension). Auf Grund dieses Weltwissens bewertet er vorgebrachte Sachverhalte oder politische Entscheidungen (Rezeptionsdimension). Ein großer Teil des individuellen Deutungsrahmens in Bezug auf ein spezifisches Problem beruht auf den Informationen, die ein Individuum über die Medien bezieht. Insofern ist die intensive Untersuchung der Produktionsdimension gerechtfertigt, um daraus auf den Deutungsrahmen des Einzelnen zu schließen.

Charles Fillmores Gedanke eines Systems von Konzepten, welches durch eine einzelne sprachliche Formen aktiviert wird, soll hier zum Grundgerüst des semantischen Deutungsrahmens gemacht werden. Obwohl Fillmores Frame auf die mentale Organisation und Verwendung von Wissen zielt, kann dieses Prinzip – wie oben argumentiert wurde – auch auf die semantische Organisation einer äußeren Information, etwa eines Textes, angewendet werden. Der Frame, wie er im Folgenden als abstraktes Instrument angewendet wird, stellt demnach einen Zugang zur semantischen Struktur politischer bzw. öffentlicher Sprache dar, wie sie in einzelnen Texten vorgebracht wird.

Ich möchte zur Verdeutlichung ein Beispiel des amerikanischen Linguisten George Lakoff anbringen. George Lakoff engagiert sich seit Beginn der 1990er Jahre im progressiv-demokratischen Think Tank *Rockridge Institute*. Seine Schriften zielen sehr deutlich darauf ab, die Argumentationstechniken der Demokratischen Partei zu stärken bzw. die der Republikanischen Partei aufzudecken. Trotz dieser Parteinahme von Lakoff, wähle ich ein Beispiel von ihm, weil es besonders einfach ins Deutsche zu übertragen ist. Lakoff stellt fest, dass der Begriff *Steuererleichterung* (*tax relief*) besonders gern von Republikanern verwendet wird (Vgl. Lakoff 2006). Welchen Deutungsrahmen spannt der Begriff *Steuererleichterung* auf? Um von etwas erleichtert zu werden, muss man vorher belastet gewesen sein. Der Deutungsrahmen für Steuern enthält und aktiviert – im Sinne von Fillmore – die Konzepte *Last*, *Leid* und *Bedrängnis*. Das ist jedoch eine tendenziöse Darstellung, denn man könnte auch von *Steuersenkung* oder *Steuerverringering* sprechen. Durch die beiden zuletzt genannten Begriffe werden jedoch andere Konzepte aktiviert. *Last*, *Leid* und *Bedrängnis* sind in diesem Deutungsrahmen nicht enthalten. Lakoffs Argument ist, dass die politische Position irrelevant erscheint, vor dem Hintergrund des Deutungsrahmens *Steuererleichterung*. Es ist gleichgültig, ob man für oder gegen *Steuererleichterungen*

ist. In jedem Fall spricht er von Steuern im semantischen Deutungsrahmen von *Last*, *Leid* und *Bedrängnis*. Lakoffs Fazit ist, dass selbst die Negation eines Wortes dessen Deutungsrahmen hervorruft. Wer gegen Steuererleichterungen vorgehen will, dem sei geraten das Wort aus seinem Vokabular zu streichen.

Wie können wir den Deutungsrahmen operationalisieren, um ihn mit linguistischen Mitteln zu erfassen? Ist es möglich den Deutungsrahmen auf ganze Texte oder ganze Textsammlungen anzuwenden? Schließlich soll sich die Analyse des Migrationsdiskurses nicht auf Schlagwörter beschränken. In Anlehnung an die in Kapitel 3.2.3 vorgestellte Studie (Klein 1997), schlägt der Autor daher vor, auf drei Ebenen nach Hinweisen für die aktivierten Konzepte zu suchen. Die erste Ebene ist die Bezeichnungsebene. Ein Beispiel hierfür ist der eben diskutierte Begriff *Steuererleichterung*, d.h.: der Deutungsrahmen wird direkt aus einem Begriff interpretiert. Für den Migrationsdiskurs bedeutet das, die Bezeichnungen für Ausländer sind zu analysieren. Die Bezeichnungsebene fragt nach dem Deutungsrahmen für Begriffe, wie *Arbeitskräfteinwanderer*, *Ausländerkriminalität* oder *Aussiedlerkonzentration*. Eine zweite Ebene ist die Attributionsebene. Hier werden die jeweiligen Attribute durchsucht in Ausdrücken, wie *illegale Asylbewerber*, *hochqualifizierte Zuwanderer* oder *integrationswillige Einwanderer*. Die dritte Ebene ist die Umgebungsebene. In Anlehnung an Mark Gallikers „Co-Occurrence-Analysis“ (Galliker et al. 1997), die in Kapitel 4.1.2 vorgestellt wurde, wird hier die Umgebung von bestimmten Begriffen (z.B.: *Aussiedler*, *Zuwanderer*, *Asylbewerber*, etc.) untersucht. Die Umgebungsebene zeigt dabei die Zusammenhänge auf in welchen über den jeweiligen Suchbegriff gesprochen wird. Die drei Ebenen symbolisieren dabei die Nähe zwischen dem Suchbegriff und den im Deutungsrahmen enthaltenen Konzepten. Sie bilden somit Hinweise auf den Deutungsrahmen. Aus Abbildung 1 wird klar, was mit syntaktischer Nähe gemeint ist. Die Abbildung zeigt je ein Beispiel für die Bezeichnungsebene, die Attributionsebene und die Umgebungsebene für das Konzept *Kriminalität* im Deutungsrahmen des Wortes *Ausländer*. Wobei syntaktische Nähe im Sinne eines Frames nicht zwangsläufig mit semantischer Nähe einher geht. Der Begriff *Ausländerkriminalität* (Bezeichnungsebene) bindet das Konzept *Kriminalität* nur syntaktisch näher an *Ausländer* als der Ausdruck *kriminelle Ausländer* (Attributionsebene). Daraus lässt sich nicht automatisch schlussfolgern, das Framing auf der Bezeichnungsebene stärker ist, als Framing auf der Attributionsebene oder der

Umgebungsebene. Obwohl die Bezeichnungsebene offensichtlicher ist (Vgl. Klein 1997), bedeutet es auf der Seite des Rezipienten nicht, dass ein Framing auf der Bezeichnungsebene zwangsläufig erfolgreicher ist, als ein Framing auf der Attributionsebene oder der Umgebungsebene.

	Beispiel
Bezeichnungsebene	„Womit van Scharpenberg die bereits bestehenden sozialen Konfliktzonen im Rahmen der von Ghettoisierung, Arbeitslosigkeit und <b>Ausländerkriminalität</b> sich ausbildenden Parallelgesellschaften noch höflich umschreibt.“ (Junge Freiheit, 15.03.2002)
Attributionssebene	“Der Erhalt von Daueraufenthaltsrechten wird wesentlich erleichtert, was sogar zur Folge hat, daß <b>kriminelle Ausländer</b> nicht mehr abgeschoben werden können.“ (Junge Freiheit, 14.09.2001)
Umgebungsebene	“So darf heute nicht gespeichert werden, wer in Deutschland als Bürge im Visaverfahren aufgetreten ist - was die Suche nach Hintermännern von <b>kriminell</b> gewordenen <b>Ausländern</b> erschwert.“ (Spiegel, 29.10.2001)

*Tabelle 1:* Beispiele für “Kriminalität” im Deutungsrahmen “Ausländer” (Hervorheb. vom Autor)

Aus den genannten Beispielen ergibt sich ein scheinbares Paradox, denn der hier vorgestellte Frame-Begriff ist blind für die Negation. Betrachten wir die zwei folgenden Textbeispiele:

- (A) Ausländer sind kriminell.
- (B) Ausländer sind nicht kriminell.

Die beiden Sätze werden nach dem Frame-Begriff, wie er hier entwickelt wurde, gleich gesetzt. Das wirkt auf den ersten Blick paradox, da sie das Gegenteil ausdrücken. Dieser Unterschied zwischen den beiden Sätzen befindet sich jedoch auf der Ebene der Logik. Es ist daher ein rein propositionaler Unterschied. Aus der Sicht des Frames aktiveren beide Aussagen das Konzept *Kriminalität* im Deutungsrahmen für das Wort *Ausländer*. Im Sinne Lakoffs werden Deutungsrahmen durch Zustimmung genauso hervorgerufen, wie durch ihre Negation. Ebenso verhält es sich mit der Übernahme von Zitaten. Eine Zeitung, die rechtsextreme Parolen zitiert, sich davon sogar distanziert, spricht diese Parolen dennoch aus. Somit transportiert sie einen bestimmten Inhalt und trägt dazu bei, dass dieser verbreitet wird. Mark Galliker untersuchte in (Galliker et al. 1997) die



Diskriminierung von Asylbewerbern in der deutschen und schweizerischen Presse. Er zieht für seine Methode („Co-Occurrence-Analysis“) folgenden Schluss: „Ob es sich um eine positive oder negative Bewertung handelt bzw. ob die Bewertung verneint wird oder nicht, ist von sekundärer Bedeutung“ (Ebd.: 215). Vereinfacht ausgedrückt: der Frame-Begriff als analytische Methode will Bedeutungszusammenhänge aufdecken und muss daher notwendigerweise blind sein für die Zustimmung oder Ablehnung dieser Zusammenhänge im Einzeltext.

### 5.3 Hypothesen

Die hier zu entwickelnde Hypothese beruht, wie auch der Frame-Begriff, auf Wittgensteins Grundannahme, dass Bedeutung von Äußerungen in großem Maße aus ihrer Verwendung entsteht. Dies gilt für öffentliche Sprache, insbesondere aber für politische Sprache. Wenn etwa ein Thema kontrovers diskutiert wird, entstehen dabei Konnotationen, welche wiederum zur Stigmatisierung bestimmter Begriffe und Wendungen führen. Wie das diskurshistorische Wörterbuch bemerkt, hat die Debatte um die Asylpolitik in den 1980er aber vor allem zu Beginn der 1990er Jahre zu einer solchen Entwicklung geführt. Die Wasser-Metapher für Ausländer (*Asylantenflut*), die Bootsmetapher für die Belastung des Aufnahmelandes (*Das Boot ist voll*), die Warnung vor fremden Einflüssen (*Überfremdung*) und der Ghettodiskurs (*gefährliche Parallelgesellschaften*) sind aktuelle Beispiele für diesen Prozess. Ein politischer Akteur oder eine Zeitung kann sich diesem Prozess der Stigmatisierung nicht entziehen, sondern muss versuchen, andere Worte zu wählen. Der Frame-Begriff ist so ausgelegt, dass eine schlichte Änderung der Wortwahl weiterhin den gleichen Deutungsrahmen hervorrufen würde. Aus der Grundannahme, dass Sprache vor allem Anwendung von Sprache ist, ergibt sich für den Migrationsdiskurs eine erste, allgemeine Hypothese. Diese könnte knapp formuliert so aussehen:

- Der Migrationsdiskurs ist problemorientiert.

Damit ist gemeint, dass die Deutungsrahmen für Migranten vor allem Konzepte enthalten, welche die Reibungsflächen in der Gesellschaft aufzeigen. Es werden eher die Problemfelder thematisiert, als das normale Alltagsgeschehen. Dabei ist es für die sprachliche Betrachtung gleichgültig, ob diese Problemfelder real oder nur konstruiert

sind. Dieser Punkt kann als positive Entwicklung interpretiert werden in dem Sinn, dass verschiedene Problemfelder für verschiedene Migrantengruppen aufgezeigt werden. Es kann jedoch auch negativ verstanden werden, weil es eine Folge der Problemorientierung ist, dass Migranten von der Masse der Rezipienten vorwiegend mit Problemen assoziiert werden. Diese Annahme würde untermauert werden, wenn die Konzepte, welche mit Migranten in Verbindung gebracht werden, hauptsächlich reale bzw. konstruierte Problemfelder darstellen. Außerdem könnte die Hypothese dadurch gestützt werden, dass sich politische Mediensprache und Politikersprache in ihren Deutungsrahmen nicht wesentlich von einander unterscheiden. Ein zweite Hypothese, welche direkt aus der Stigmatisierung folgt, lässt sich so formulieren:

- Der Prozess der Rahmung von Migranten reflektiert die politische Einstellung der jeweiligen Sprecher.

Die drei Zugangsebenen des Frames (Bezeichnungsebene, Attributionsebene und Umgebungsebene) ermöglichen es, zu messen wie offensichtlich ein Text Stellung bezieht. Obwohl, wie am Beispiel *Kriminalität* gezeigt wurde, auf allen drei Ebenen das gleiche Konzept und somit der gleiche Deutungsrahmen hervorgerufen werden kann, sind die drei Ebenen nicht völlig identisch. In Kapitel 3.2.3 wurde mit (Klein 1997) gezeigt, dass Äußerung auf der Bezeichnungsebene deutlich markanter sind, als auf den anderen Ebenen<sup>63</sup>. Es wird daher angenommen, dass eine Rahmung auf der Bezeichnungsebene (*Migrantenstrom*) offensichtlicher ist, als eine Rahmung auf der Umgebungsebene (*Migranten strömen in die BRD*). Insofern wird eine Ikonizität zwischen der syntaktischen Nähe und der Einstellung der politischen Akteure vorgeschlagen. Die Hypothese ließe sich beweisen, wenn es gelingt, aufzuzeigen, dass etwa eine rechts-konservative Zeitung die Rahmung mit Konzepten aus Problemfeldern verstärkt auf der Bezeichnungsebene vornimmt. Währenddessen eine liberale Zeitung diese Rahmung eher auf der Umgebungsebene vornimmt. Gleichzeitig greift diese Annahme auf die erste Hypothese zurück, dass der Deutungsrahmen zwar unterschiedlich intensiv vorgebracht wird, aber auf den drei Ebenen inhaltlich gleich ist, nämlich orientiert an Problemfeldern und Reibungsflächen.

---

<sup>63</sup> Wie in Kapitel 3.2.3 gezeigt wurde, untersuchte (Kein 1997) Nominationen, Attributionen und Prädikationen. Die ersten beiden entsprechen der hier genannten Bezeichnungsebene und der Attributionsebene. Umgebungsebene ist jedoch nicht mit einer Prädikation gleichzusetzen. Mit Umgebung ist eine feste Spanne vor und nach dem jeweiligen Suchbegriff gemeint. Die Untersuchung eines einzelnen Satzes (Prädikation) wird hier ersetzt durch eine statistische Analyse der Umgebung.

## 5.4 Methodologie

### 5.4.1 Die Erstellung des Textkorpus

Die erste Forschungsleistung besteht darin, wie auch bei anderen Inhaltsanalysen, ein Textkorpus zu erstellen. In die Erstellung eines Textkorpus gehen notwendig schon interpretative Entscheidungen des Autors ein. Dazu gehört die Auswahl der verschiedenen Medientypen, in diesem Fall Zeitungstexte und Plenarprotokolle. Dennoch wird eine möglichst objektive Auswahl der Texte angestrebt. (Busse & Teubert 1994: 14) empfehlen für die Erstellung eines Textkorpus zur Diskursanalyse folgende Kriterien: Erstens, die Texte sollten sich mit einem als Forschungsthema gewählten Thema befassen. Zweitens, sie sollten auf bestimmte Zeiträume, Areale und Textsorten eingegrenzt werden. Drittens, die Texte sollten sich aufeinander beziehen.

Das erste und das dritte Kriterium wird dadurch erfüllt, dass sich alle Texte mit dem Thema Migration befassen. Eine objektive Auswahl der Texte wurde durch eine digitalisierte Stichwortsuche garantiert. Die ausgewählten Zeitungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Junge Freiheit und Der Spiegel) und der deutsche Bundestag (Plenarprotokolle) bieten auf ihren Internetseiten eine solche Stichwortsuche an. Bei allen vier Suchmaschinen wurden die drei gleichen Suchbegriffe („Zuwanderung“, „Einwanderung“ und „Migration“) verwendet. Die auf diesem Weg gefundenen Artikel bzw. Parlamentsprotokolle<sup>64</sup> wurden in einer Tabelle erfasst und in ein für die weitere Verarbeitung geeignetes Textformat (.txt) umgewandelt. Anhand der Quellen lässt sich das Korpus in vier Subkorpora unterteilen. Diese Subkorpora setzen sich wie folgt zusammen: 109 Artikel aus der Jungen Freiheit, 146 Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 98 Artikel aus dem Spiegel<sup>65</sup> und 12 Textdateien für die Bundestagsdebatten. Das Vorgehen für die Bundestagsdebatten weicht etwas ab, weil der durch die Suchbegriffe gefundene Text nicht als Ganzes in das Textkorpus aufgenommen werden kann, ohne das Kriterium der inhaltlichen Relevanz zu verletzen. Das strikte Vorgehen nach Suchbegriffen fördert auf dem Dokumentationsportal des Bundestages die Protokolle von ganzen Debatten zu Tage. In einigen dieser Debatten

<sup>64</sup> Dabei wurden alle Artikel ausgewählt in denen mindestens zwei der drei Suchbegriffe auftraten.

<sup>65</sup> Einige Artikel der FAZ und des Spiegels stammen aus der Online Version dieser Zeitungen. Eine Doppelung von Artikeln (Druckversion und Onlineversion) wurde jedoch durch manuelle Kontrolle ausgeschlossen.

taucht das Thema Migration nur in einzelnen Tagesordnungspunkten oder Tagesordnungspunktzusätzen auf. Daher wurden für die Bundestagsdebatten nicht die kompletten Plenarprotokolle, sondern immer nur die Tagesordnungspunkte zum Maßstab gemacht. An der Wortanzahl gemessen, er gibt sich eine ausgewogene Verteilung zwischen den Subkorpora: 102.352 Wörter (FAZ), 102.107 Wörter (Spiegel), 109.421 Wörter (Junge Freiheit) und 113.660 Wörter (Plenarprotokolle).

Das zweite Kriterium ist die zeitliche und räumliche Begrenzung. Räumlich wird das dadurch Korpus begrenzt, dass ausschließlich Artikel aus deutschen Zeitungen gewählt wurden. Dabei war es unerheblich, ob die Artikel Migranten in der BRD oder anderen Ländern thematisierten. Da sich die Forschungsfrage mit der Darstellung von Migration und Migranten beschäftigt, erscheint dieser Schritt gerechtfertigt. Ein zeitliche Begrenzung wurde mit der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz gesetzt. Als Stichtag wurde der 1. Juli 2001 gewählt, da an diesem Tag der Bericht die Kommission *Zuwanderung* unter der Leitung von Rita Süßmuth ihren Bericht vorlegte. Nach 3 Jahren heftiger Debatten, mehreren parlamentarischen Anläufen, Vermittlungsausschüssen und überarbeiteten Versionen verabschiedete der Bundestag am 1. Juli 2004 das Gesetz. Da der Bundesrat erst 8 Tage später darüber abstimmte, wurde der 10. Juli 2004 als Schlusspunkt für die Datenerhebung gewählt. Das Gesamtkorpus enthält 365 Texte (Wortanzahl: 427540) zum Thema Migration aus drei überregionalen Zeitungen (FAZ, Spiegel, Junge Freiheit) und aus den Plenarprotokollen. Das Korpus deckt einen Zeitraum von drei Jahren (01.06.2001 – 10.07.2004) ab.

#### **5.4.2 Die Auswahl der Zeitungstexte**

Die Auswahl der drei Zeitungen sollte ein möglichst breites Spektrum der deutschen politischen Kultur, sowie der Medienlandschaft, abdecken. Zusätzlich war es ein entscheidendes Kriterium, dass die relevanten Texte der Zeitungen in digitalisierter Form zugänglich waren, da eine nachträgliche Digitalisierung der Printausgaben den Forschungsaufwand dieser Arbeit um ein Vielfaches überstiegen hätte. Im folgenden möchte ich die drei Zeitungen kurz beschreiben und somit begründen, warum gerade sie ausgewählt wurden.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung ist eine überregional erscheinende

Tageszeitung. In den Statistiken der IVW<sup>66</sup> wird die Druckauflage für das dritte Quartal 2008 mit 475.117 angegeben<sup>67</sup>. Die erste Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) erschien am 1. November 1949. Politisch ist die FAZ liberal–konservativ orientiert. Der ehemalige Leiter des Ressorts für Innenpolitik Karl Friedrich Fromme beschrieb das Profil der FAZ als „Schwarz–Rot–Gold“. Mit „Schwarz“ meinte er den konservativen Politikteil, mit „Rot“ das linkstendierende Feuilleton und mit „Gelb“ den liberalen Wirtschaftsteil.

Der Spiegel ist eine überregionale Zeitschrift. Laut IVW beträgt die Druckauflage für das dritte Quartal 2008 wöchentlich 1.268.853 Ausgaben. Damit ist der Spiegel die größte deutsche Wochenzeitschrift und wird als ein „Orientierungsmedium“ bezeichnet (Weischenberg et al. 2005: 359). Das Blatt wurde 1947 von Rudolf Augstein gegründet. In der bundesdeutschen Pressegeschichte nimmt der Spiegel eine wichtige Rolle unter anderem als Kämpfer für die Pressefreiheit (1963: Spiegel–Affäre) ein. Politisch lässt er sich in das liberale Spektrum einordnen.

Die Junge Freiheit ist eine wöchentlich erscheinende Zeitung. 1986 als parteilose Schüler- und Studentenzeitung gegründet, erscheint sie seit 1994 als Wochenzeitung. Die Charakterisierung der politischen Ausrichtung fällt hier etwas schwerer, als für die beiden vorhergehenden Medien. Ihrem Selbstverständnis nach versteht sich die Junge Freiheit als „eine der letzten überregionalen, verlagsunabhängigen Zeitungen Deutschlands“<sup>68</sup>. Sie fühlt sich „der großen kulturellen und geistigen Tradition der deutschen Nation verpflichtet“<sup>69</sup>. Politologen ordnen sie als Sprachrohr der „Neuen Rechten“ und als Brückenkopf zwischen demokratischen Konservatismus und der Rechtsextremen ein (Gessenharter & Pfeiffer 2004).

Die Auswahl der drei Zeitungen bildet somit einen breiten Ausschnitt des deutschen politischen Spektrums ab. Zugleich repräsentiert die Auswahl einen wichtigen Teil der allgemeinen Medienlandschaft. Es wird jedoch klar, dass die Verortung auf dem politischen Spektrum für die Junge Freiheit im Vergleich zu FAZ

66 Die Statistiken zur Auflage der drei Zeitungen bzw. Zeitschriften stammen von der „Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern“ (kurz: IVW) Die Daten sind auf ihrer Internetseite veröffentlicht. URL: <http://www.ivw.eu> (letzter Zugriff: 15.September 2008)

67 Leider sind die Statistiken zu den Auflagen nicht für den Untersuchungszeitraum (2001-2004), sondern erst ab 2006, veröffentlicht.

68 Die Junge Freiheit beschreibt ihr Selbstverständnis auf ihrer Internetseite. URL: <http://www.jungefreiheit.de/UEber-uns.47.0.html> (letzter Zugriff: 15.September 2008)

69 Ebd.

und Spiegel einfacher ist, als zwischen FAZ und Spiegel.

### 5.4.3 Die technische Umsetzung

Der wissenschaftliche Umgang mit großen Textsammlungen erfordert einen digitalisierten Zugang. Für die vorliegende Untersuchung wurde das Programm ANTCO<sub>NC</sub> gewählt. ANTCO<sub>NC</sub> ist ein Akronym und steht für „Laurence Anthony“, den Entwickler der Software, und für „Concordance“, was mit Konkordanz oder Übereinstimmung ins Deutsche übersetzt werden kann. Anthony entwickelte das Programm an der Waseda University in Japan. ANTCO<sub>NC</sub> ist in Lage ein Textkorpus nach Stichworten zu durchsuchen und diese mit der KWIC Methode darzustellen. KWIC steht hier für *keyword in context*. Dabei werden die verschiedenen Vorkommnisse des Suchbegriffes untereinander aufgelistet und der Begriff selbst auf jeder Zeile in seinem Kontext dargestellt. Die Suchbegriffe können als einzelnes Wort oder als Liste mehrere Worte eingegeben werden. Auch einzelne Wortketten oder Morpheme können gesucht werden. Der Suchbegriff [Einwanderer\*] fördert somit auch „Einwanderern“, „Einwanderergeneration“ oder „Einwanderergenerationen“ zu Tage. Diese Funktion ist vor allem für flektierende Sprachen, wie das Deutsche, notwendig. ANTCO<sub>NC</sub> unterstützt weitere nützliche Funktionen. Darunter zählt die Suche nach Kollokationen in einer selbst definierten Spanne um den Suchbegriff, die Häufigkeitszählung des Suchbegriffes und eine Keyword-Funktion, welche durch den Vergleich der Häufigkeit zwischen einem Textkorpus (zu einem speziellen Thema) und einem allgemeinen Referenzkorpus, die typischen Worte eines Textes ermittelt.

### 5.4.4 Die Durchführung

Die Durchführung der Untersuchung wird im folgenden Teil jeweils für die drei Zugangsebenen des Frames separat erläutert. Für die Bezeichnungsebene wurde das Korpus zunächst nach den Wortstämmen der Suchbegriffe durchsucht. Ein Beispiel ist der Suchbegriff [\*asyl\*], mit welchem weitaus mehr Treffer auftauchen, als angestrebt sind. Daher musste die Liste an Treffern bereinigt werden. Tabelle 2 zeigt die Vorgehensweise. Es wurden nur solche Begriffe verwendet, welche den Prozess der Migration oder die Personengruppe der Migranten näher bestimmen. Dazu zählten auch

Containerbegriffe, wie *Asylbewerberheim* oder etwa *Flüchtlingsboot*. Einige Begriffe wurden gelöscht, etwa juristische (*Asylantrag*, *Asylraum*) oder historische Begriffe (*Asyldebatte*).

Suchbegriff	Liste der gefundenen Begriffe (Auswahl)	Bereinigte Liste (Auswahl)
*asyl*	Asyl Asylanten Asylantrag Asylantragstellung Asylbewerberheim Asyldebatte Asylmissbrauch Asylraumes	Asylanten  Asylbewerberheim  Asylmissbrauch

Tabelle 2: Bereinigung der Trefferlisten

Der gleiche Prozess wurde für verschiedene Morpheme wiederholt, um möglichst alle migrationsrelevanten Vokabeln zu erfassen. Zu diesen Morphemen zählten [\*zuwand\*], [\*einwand\*], [\*flücht\*], [\*ausländ\*], [\*aussiedl\*], [\*migra\*], [\*verfolg\*], [\*integra\*], [\*vertrieb\*] und [\*gastarb\*]. Somit wurde das Thema Migration von seiner sprachlichen Seite angegangen, denn die gewählten Morpheme ermöglichen eine Einteilung nach Gruppen (*Asylbewerber & Flüchtlinge*, *Gastarbeiter* und *Aussiedler*) und eine Einteilung nach eher unspezifischen Sammelbegriffen für diese Gruppen (*Einwanderer*, *Zuwanderer*, *Ausländer* und *Migranten*). Für jede Gruppe bzw. jeden der Sammelbegriffe wurde eine Liste erstellt. Die generierten Trefferlisten mussten manuell durchkämmt werden, wie es oben für [\*asyl\*] beschrieben wurde. Anschließend wurden die Listen nach semantischen Mustern sortiert, d.h. die Begriffe wurden nach ihrer Zugehörigkeit zu wiederkehrenden Konzepten (z.B. Kriminalität, Legalität, Arbeitsmarkt, Bildung) sortiert. Somit ist es möglich den verschiedenen Quellen für jedes Konzept einen Wert zuzuordnen. Damit ist die Bearbeitung der Bezeichnungsebene abgeschlossen.

Die Vorgehensweise auf der Attributionsebene erfolgt ähnlich. Da ANTCOnc die Eingabe einer ganzen Liste an Suchbegriffen erlaubt, wurden die auf der Bezeichnungsebene gefundenen migrationsrelevanten Vokabeln als Suchbegriffe verwendet. Dabei wurde wieder getrennt nach Gruppen (*Asylbewerber & Flüchtlinge*, *Gastarbeiter* und *Aussiedler*) und nach Sammelbegriffen (*Einwanderer*, *Zuwanderer*,

*Ausländer* und *Migranten*) vorgegangen. Die KWIC Darstellung ermöglicht eine Sortierung der Treffer<sup>70</sup> nach ihrem Kontext. So kann die Liste an Treffern nach dem Wort sortiert werden, welches direkt vor dem Treffer steht. Daher ermöglicht die Software eine einfache Auszählung der verwendeten Attribute. Die Attribute können ihrerseits wiederum bestimmten Konzepten zugeordnet und gruppiert werden. Der Prozess wurde für jede der auf der Bezeichnungsebene generierten Liste (Gruppen und Sammelbegriffe) wiederholt.

Die Vorgehensweise auf der Umgebungsebene bedarf einer vertieften Erklärung. Wie schon auf der Attributionsebene, wurden die selben migrationsrelevanten Vokabellisten als Suchbegriffe verwendet. ANTCONCs Kollokationsfunktion ermöglicht es, einen vordefinierten Bereich (*Range*) vor und nach dem Treffer abzusuchen. Wie beim Blick durch ein Vergrößerungsglas wird die Mitte der Lupe fixiert, aber die unmittelbare Umgebung wird ebenfalls vergrößert. Innerhalb dieser Umgebung (*Range*) wurden alle Wörter, die mehr als einmal vorkamen, erfasst und nach ihrer Häufigkeit gelistet. Eine solche Kollokationssuche bringt jedoch eine Reihe von unerwünschten Nebeneffekten. Je nach eingestellter *Range* variiert die Anzahl der Ergebnisse. Wählt man den Bereich zu gering, etwa 5 Worte vor und nach dem Treffer, so erhält man kaum aussagekräftige Ergebnisse. Ist der Bereich zu groß, etwa 50 Worte vor und nach dem Suchbegriff, so steigt die Länge der generierten Liste scheinbar exponentiell. Außerdem ist etwa bei einer *Range* von 50 Worten vor und nach dem Treffer der Begriff der *Umgebungsebene* nicht mehr geeignet. Nach mehreren Testversuchen wurden die *Range* auf 10 Wörter festgesetzt und für die weitere Durchführung beibehalten.

Ein weiterer unerwünschter Nebeneffekt, der in jedem Fall entsteht, ist der einfachen Regel geschuldet, dass die Worte mit der größten Häufigkeit die geringste Aussagekraft und somit den geringsten semantischen Inhalt haben. Zum Beispiel ist das häufigste Wort in den Häufigkeitslisten fast immer ein Artikel. Deswegen musste die Häufigkeitsliste manuell bereinigt werden, denn nur ein Bruchteil der Begriffe ist inhaltlich überhaupt relevant. Nur ein Teil der relevanten Wörter ist aussagekräftig in dem Sinne, dass eine Gruppierung nach Konzepten möglich ist. Im Prozess der

---

<sup>70</sup> Es handelt sich auf Attributionsebene nicht um wirkliche Suche, denn die Existenz der Suchbegriffe wurde schon auf der Bezeichnungsebene ermittelt. Insofern gilt für die Attributionsebene und die Umgebungsebene, dass „Suchbegriff“ und „Treffer“ identisch sind.



Bereinigung wurden aus der Häufigkeitsliste alle Artikel (*der, die, das*), Präpositionen (*in, unter, oben*), Pronomen (*sie, ihr, mein*), Junktionen (*und, aber, ob*) Interjektionen (*ah, oh*), Partikel (*nicht, ein, ab*), Hilfsverben (*möchten, durften, sollen*) und alle Formen von „sein“ (*war, ist, sind*) gelöscht. Neben diesen Funktionswörtern wurden auch einige Inhaltswörter gelöscht, die nur sehr begrenzte Aussagekraft besitzen. Darunter zählen Eigennamen (*Beckstein, Frankfurt*), Abkürzungen (*PKK, SPD, UN, GFK*) und Länderbezeichnungen (*Frankreich, Australien*). Die verbleibenden Wörter wurden, wie schon auf den anderen beiden Ebenen, nach Konzepten gruppiert. Die verschiedenen Konzepte im jeweiligen Frame werden demnach durch Anzahl der sie signalisierenden Wörter quantifiziert. Diese Anzahl wurde in Relation gesetzt zur absoluten Zahl der erfassten Wörter in der jeweiligen *Range*. Der daraus gebildete abstrakte Wert misst die Stärke, mit der ein Konzept auftritt und ermöglicht einen Vergleich zwischen verschiedenen Quellen. Diese Prozedur musste für die einzelnen Gruppen von Migranten bzw. der sie beschreibenden Sammelbegriffe und für jedes der vier Subkorpora wiederholt werden.

#### **5.4.5 Probleme mit der Durchführung**

Die Durchführung offenbarte einige technische Probleme, welche zu einer teilweisen Umformulierung der Forschungsfragen führten. Das Hauptproblem stellt die technische Umsetzung auf der Umgebungsebene dar. Wie oben mit dem Bild einer Lupe beschrieben, ermöglicht ANTCONCs Kollokationsfunktion die Suche innerhalb der Umgebung der Treffer. Die Länge (und damit Aussagekraft) der dabei erstellten Häufigkeitsliste ist deswegen von zwei Punkten abhängig. Einerseits bestimmt die eingestellte *Range* wie viele Begriffe in der Umgebung des Treffers überhaupt erfasst werden. Das Problem wurde nach einigen Testläufen behoben. Um eine Vergleichbarkeit zu garantieren wurde der Wert 10 (Wörter vor und nach dem Treffer) nicht mehr verändert. Andererseits hängt die Länge der Häufigkeitsliste von der absoluten Anzahl der Treffer ab. Wenn ein bestimmte Anzahl von Begriffen (z.b.: *Asylant, Flüchtlingsschiffe, etc.*) im Korpus vermehrt als Treffer erscheint, so bietet auch deren Umgebung (*Range*) ausreichend Wörter, welche in die Häufigkeitsliste aufgenommen werden können. Wenn jedoch nur sehr wenige absolute Treffer gefunden werden, so sinkt die Anzahl der Wörter, welche in die Häufigkeitsliste aufgenommen

werden können. Im ungünstigsten Fall, wenn es etwa nur ein Duzend Treffer gibt, enthält die Häufigkeitsliste fast ausschließlich Funktionswörter. Diese fallen jedoch der Bereinigung zum Opfer mit der Folge, dass das Ergebnis bei geringen, absoluten Vorkommnissen wertlos wird, da sich die gelisteten Begriffe nicht nach Konzepten gruppieren lassen. Die beschriebene Fall ist immer dann eingetreten, wenn eine der Trefferlisten (z.B. Gastarbeiter, Aussiedler, Migranten oder Ausländer) auf ein Subkorpus (z.B. FAZ oder Spiegel) angewendet wurde. Anscheinend war die Zahl der absoluten Treffer und somit der zu untersuchenden *Range* nicht groß genug.

Es bieten sich zwei Strategien zur Lösung des Problems an, beide gehen jedoch auf Kosten einer feingliedrigen Ergebnismatrix, zumindest für die Umgebungsebene. Einerseits ist es möglich die komplette Trefferliste mit allen Gruppen und allen Sammelbegriffen auf jedes der 4 Subkorpora anzuwenden. Eine solche Vorgehensweise würde die Frage beantworten: „In welchem Frame stellen die verschiedenen Quellen das Thema Migration und die darin involvierten Gruppen dar?“. Auf diesem Wege könnte eine Aussage über die einzelnen Subkorpora bzw. Quellen getroffen werden. Andererseits ist es möglich die Trefferlisten einzeln (getrennt nach Gruppen und Sammelbegriffen) jeweils auf das komplette Textkorpus anzuwenden. Diese Vorgehensweise würde die Frage beantworten: „In welchem Frame werden die verschiedenen Gruppen im gesamten Migrationsdiskurs diskutiert bzw. Welchen Frame eröffnen die verschiedenen Sammelbegriffe im gesamten Migrationsdiskurs?“. Somit kann eine Aussage über die verschiedenen Gruppen bzw. die Bezeichnungen getroffen werden. Währenddessen es auf der Bezeichnungs- und Attributionsebene möglich ist, eine Aussage über die Gruppen bzw. deren Bezeichnungen in Abhängigkeit zur jeweiligen Quelle zu treffen, also z.B. zu fragen: „Welchen Frame verwendet die Junge Freiheit für Asylbewerber?“, musste diese feingliedrige Analyse für die Umgebungsebene aufgegeben werden.

## 5.5 Die Ergebnisse

Im Folgenden werden die Resultate für die drei Zugangsebenen getrennt beschrieben. Die Diskussion der Ergebnisse in Bezug auf die Hypothesen folgt in Kapitel 5.6.

### 5.5.1 Die Bezeichnungsebene

Die Ergebnisse der Bezeichnungsebene wird im Folgenden jeweils für die Gruppen (*Gastarbeiter, Asylbewerber & Flüchtlinge, Aussiedler*) und für die Sammelbegriffe (*Einwanderer, Zuwanderer, Ausländer und Migranten*) gegeben<sup>71</sup>. Für die Gruppe der Gastarbeiter ergibt sich ein relativ nüchternes Bild (Tabelle 3). Komposita mit Arbeit (*Arbeitsmigration, Gastarbeiter*) finden sich am häufigsten und in allen vier Subkorpora. Komposita mit *Gast* werden vor allem in der Jungen Freiheit verwendet, aber eher selten im Bundestag. Das Konzept der Arbeitslosigkeit wird ausschließlich im Bundestag diskutiert (*Ausländerarbeitslosigkeit*). Komposita mit Arbeitskraft finden nur in der FAZ (*Arbeitskräfteinwanderer*). Nur der Spiegel beschreibt die Gastarbeiter mit dem Konzept der Familie (*Gastarbeiterkinder*). Die einzige Wasser-Metapher<sup>72</sup> (*Gastarbeiterwelle*) findet sich in der jungen Freiheit.

GASTARBEITER	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Arbeitsmigranten, -migration, -immigration	30	9	18	27	84
Gastarbeiter/-n/-in, -arbeitnehmer	13	25	10	3	51
Arbeitskräfteinwanderer, -einwanderung	5				5
Gastarbeitereinwanderung, -zuwanderung	2		3		5
Ausländerarbeitslosenquote, Ausländerarbeitslosigkeit				4	4
Gastarbeitergeneration, -kinder			4		4
Arbeitsmarktzuwanderung, Arbeitszuwanderung, Arbeitseinwanderung		1		2	3
Gastarbeiterwelle			1		1
<b>TOTAL</b>	<b>50</b>	<b>35</b>	<b>36</b>	<b>36</b>	<b>157</b>

Tabelle 3: Gastarbeiter auf der Bezeichnungsebene

71 Der digitale Appendix enthält detaillierte Tabellen.

72 Der Begriff Wasser-Metapher wird im Folgenden im weiteren Sinne verwendet. Auch Begriffe, wie etwa Zuwanderungsmassen, wird fortan unter die Wasser-Metaphern gefasst. Da beide die Bedeutung einer unaufhaltsamen Bewegung teilen, erscheint das gerechtfertigt.

Die Gruppe der Asylbewerber und Flüchtlinge unterscheidet sich deutlich nicht nur in der Anzahl der verschiedenen Bezeichnungen, sondern auch in den Konzepten (Tabelle 4). Der Begriff *Flüchtling* taucht als häufigste Bezeichnung auf, jedoch wird er von der Jungen Freiheit deutlich seltener und vom Spiegel deutlich häufiger verwendet. In Bezug auf die Junge Freiheit gilt ähnliches für *Asylberechtigte*. Das Konzept der *Verfolgung* findet sich ebenfalls sehr häufig in allen vier Subkorpora. Die Junge Freiheit setzt das Konzept der Bewerbung (*Asylbewerber, -antragsteller*) und das Konzept der Quantifizierung (*Asylantenzahl, -zuwachsrate, Flüchtlingsanteil*) deutlich häufiger ein, als die anderen Quellen. Auch das abwertende Lemma *Asylant* findet sich zwar in allen drei Zeitungen, am häufigsten jedoch bei der Jungen Freiheit. Hier fällt die völlig Abwesenheit von *Asylant* im Bundestag auf. Das Konzept des Missbrauchs (*Asylmissbrauch, -schwindler*) findet sich mit Ausnahme des Spiegels in allen Subkorpora, vornehmlich in der Jungen Freiheit. Das Konzept der Fluchtursachen spaltet sich auf in Krieg und Wirtschaft/Armut, wobei Ersteres vor allem im Bundestag thematisiert wird und Letzteres eher im Spiegel. Ebenfalls im Spiegel werden die Transportmittel (*Asylschiff*) und die Unterbringung der Asylbewerber (*Flüchtlingslager*) hervorgehoben. Die Wasser-Metapher (*Flüchtlingsströme*) findet sich in allen Quellen.

Asylbewerber & Flüchtlinge	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Flüchtling, -e, -en, -s	98	35	138	59	330
Asylbewerber/ -n/-s,-antragsteller	42	92	35	24	193
Verfolgung, Verfolgte, Vertriebene	49	39	33	63	184
Asyl	57	41	33	39	170
Kriegsflüchtlinge, Bürgerkriegs -flüchtlinge, Bosnienflüchtlinge	8	8	3	13	32
Asylant/ -en	6	18	8		32
Asylsuchende	6	10	5	10	31
Asylmissbrauch,-rechtsmißbrauch, -schwindler, -betrug, -tatbestände	8	13		6	27
Armutsflüchtlinge,-migration, -immigranten,Wirtschaftsflüchtlinge	3	9	11	1	24
Asylantenzahl, -quoten, Asyl- zuwachsrate, Flüchtlingsanteil, -zahl	3	10	2	6	21
Asylberechtigte	6	2	6	4	18
Flüchtlingsstatus, Transit-, Kontingentflüchtlinge	8	4	2	1	15
Asylbewerberzustrom, Asylanten-, Flüchtlingsströme,	3	4	2	5	14
Asylanten-, Asylbewerberheime, -unterkünfte, Asyl-, Flüchtlingslager	2	2	5	2	11
Flüchtlingskutter, -schiff, -flotte, -boote, Schiffsflychtlinge, Asylschiff	1		7		8
Flüchtlingsdrama			1	2	3
Flüchtlingsproblem, -atik	1		2		3
Flüchtlingsgeschäft, -schleusung			2		2
<b>TOTAL</b>	<b>301</b>	<b>287</b>	<b>295</b>	<b>235</b>	<b>1118</b>

Tabelle 4: Asylbewerber und Flüchtlinge auf der Bezeichnungsebene

Die Gruppe der Aussiedler gestaltet sich auf der Bezeichnungsebene relativ neutral (Tabelle 5). Die häufigsten Bezeichnungen sind demnach *Aussiedler* und *Spätaussiedler*. Dabei fällt auf, dass die Zeitungen die erste Bezeichnung bevorzugen. Besonders deutlich wird dies bei der Jungen Freiheit. Im Gegensatz dazu spricht man im Bundestag vermehrt von *Spätaussiedlern*. Das Konzept der Familie (*Aussiedlerfamilien*, *Spätaussiedlerkinder*) wird vermehrt vom Bundestag aufgegriffen, es tritt insgesamt jedoch eher selten auf. Das Konzept der Menge (*Aussiedleranteil*) ist ebenfalls sehr selten. Die einzigen beiden Vorkommnisse sind bei der Jungen Freiheit zu finden. Die einzige Verwendung der Wasser-Metapher (*Aussiedlerstrom*) findet sich ebenfalls in der Jungen Freiheit.

Aussiedler	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Aussiedler/ -n, -innen	21	32	15	16	84
Spätaussiedler / -n, innen	15	9	10	30	64
Vertriebene	5	1		2	8
Aussiedlerfamilien, -jugendlichen, Spätaussiedlerfamilien, -kinder	1		1	5	7
Aussiedlerzuzug, Spätaussiedlerzuzug	1	1	2		4
Aussiedleranteil, -zahlen		2			2
Aussiedlerfrage		1	1		2
Aussiedlerkonzentration				1	1
Aussiedlerstrom		1			1
<b>TOTAL</b>	<b>43</b>	<b>47</b>	<b>29</b>	<b>54</b>	<b>173</b>

Tabelle 5: Aussiedler auf der Bezeichnungsebene

Im folgenden Teil werden nun die Sammelbegriffe für Migranten einzeln behandelt. Die Begriffe *Einwanderer* bzw. *Einwanderung* sind die häufigsten Bezeichnungen (Tabelle 6). Die zweit häufigste Gruppe von Bezeichnungen vermittelt die eskalierende Version der Wasser-Metapher (*Einwanderungswelle*, *-schübe*, *-flut*). Diese Bezeichnung wird am häufigsten von der Jungen Freiheit und der FAZ eingesetzt. Im Bundestag ist sie jedoch vollkommen abwesend. Das Konzept der Familie findet sich in allen Quellen, jedoch ebenfalls vorwiegend in der Jungen Freiheit und der FAZ. Das Konzept der Beschränkung (*Einwanderungsbeschränkung*, *-stopp*) fehlt im Bundestag und überwiegt ansonsten bei der Jungen Freiheit. Das Konzept der Quantifizierung spaltet sich auf in Gruppen (*Einwanderungsgruppe*) und Anteil (*Einwanderungsanteil*). Diese Konzept findet sich in allen Quellen außer dem Bundestag. Überhaupt fällt auf, dass der Bundestag den Begriff *Einwanderer/-ung* mitsamt Komposita sehr selten einsetzt. Das Konzept des Problems (*Einwanderungs-*

*problem*) findet sich ausschließlich bei der Jungen Freiheit. Die einzige Wasser-Metapher (*Einwandererstrom*) findet sich in der FAZ.

EINWANDERER	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Einwanderung, Einwanderer/-n	181	83	32	33	329
Einwanderungswelle/-n, -spirale, -druck, -flut, -schübe	9	14	1		24
Einwandererfamilie, -kinder, -generationen	5	7	1	1	14
Einwanderungsbegrenzung, -stopp, -beschränkung, -verhinderungspraxis	1	7	1		9
Einwanderungsfrage	4	3		1	8
Gastarbeiter-, Arbeitseinwanderung, -einwanderer -kräfteeinwanderung	6	1			7
Einwanderergruppe	2	3	1		6
Einwanderungsquoten, -anteil -saldo, -zahl, Nettoeinwanderung	2		2		4
Einwanderungsproblem, -atik		2			2
Einwandererstroms	1				1
<b>TOTAL</b>	<b>211</b>	<b>120</b>	<b>38</b>	<b>35</b>	<b>404</b>

*Tabelle 6:* Einwanderer auf der Bezeichnungsebene

Der Sammelbegriff *Zuwanderer* bzw. *Zuwanderung* zeigt einen starken Kontrast zum eben behandelten Begriff *Einwanderung* auf. Er wird vorrangig im Bundestag eingesetzt (Tabelle 7). Das Konzept der Menge als Zahl findet sich in allen Quellen, vor allem aber im Bundestag. Die zweite Ausprägung dieses Konzepts (*Zuwanderungsgruppe*) fällt weniger ins Gewicht. Das Konzept der Begrenzung (*Zuwanderungsbegrenzung, -beschränkung*) wird bei der FAZ und der Jungen Freiheit eingesetzt, vor allem aber im Bundestag. Das Konzept der Familie findet sich in allen Quellen, verstärkt bei der FAZ. Eskalierende Ausdrücke (*Massenzuwanderung*) findet sich in der Jungen Freiheit und im Bundestag. Der interessante Neologismus *Neuzuwanderer* tritt stark im Bundestag auf. Das Konzept der Kriminalität (*Zuwanderungstatbestände*) findet sich in der FAZ und im Bundestag.

ZUWANDERER	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Zuwanderung, Zuwanderer/-n	161	203	179	489	1032
Zuwanderungsquote, -saldo, Zuwandereranteile, -quote,	6	2	3	8	19
Zuwandererfamilien, -kinder	10	3	2	3	18
Zuwanderungsbegrenzung, -beschränkung	2	2		10	14
Zuwanderungsdruck, -überschuss -massen, Massenzuwanderung,		8		5	13
Neuzuwanderer	1		1	5	7
Zuwanderergruppen	2	1	1	2	6
Zuwanderungsbewerber, -pläne		2	1	2	5
Zuwanderungstatbestände	1			3	4
Nullzuwanderung		1			1
<b>TOTAL</b>	<b>183</b>	<b>222</b>	<b>187</b>	<b>527</b>	<b>1119</b>

*Tabelle 7:* Zuwanderer auf der Bezeichnungsebene

Der dritte Sammelbegriff ist der unschärfste und allgemeinste Begriff, nämlich *Ausländer* (Tabelle 8). Der Begriff kommt in allen Subkorpora häufig vor. Auffällig erscheint das Konzept der Quantifizierung, welches in beiden Ausprägungen (Zahlen: *Ausländeranteil* und Gruppen: *Ausländergruppen*) vor allem in der Jungen Freiheit auftritt. Das Konzept der Familie (*Ausländerkinder, -familien*) tritt in allen Quellen auf, vorwiegend jedoch bei der Jungen Freiheit. Das Konzept der Arbeitslosigkeit (*Ausländerarbeitslosenquote*) wird vor allem im Bundestag thematisiert. Interessant scheint das Konzept Kriminalität (*Ausländerkriminalität*), welches außer im Spiegel in allen Subkorpora auftaucht. Besonders stark ist es in Jungen Freiheit. Ähnlich verhält es sich mit *Ausländerghetto* und *Ausländerproblem*.

AUSLÄNDER	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Ausländer, -n, -in, innen	73	67	45	49	234
Ausländeranteil, -zahlen, -quote	10	29	5	10	54
Ausländerkinder, -familien	7	19	9	2	37
Ausländerkriminalität,-extremismus	4	10		4	18
Ausländerarbeitslosigkeit, -quote	1			5	6
Ausländergruppen	1	4			5
Ausländerghettos		1	1		2
Ausländerproblem, -atik		2			2
<b>TOTAL</b>	<b>96</b>	<b>132</b>	<b>60</b>	<b>70</b>	<b>358</b>

*Tabelle 8: Ausländer auf der Bezeichnungsebene*

Der letzte Sammelbegriff ist *Migrant* bzw. *Immigrant* (Tabelle 9). Schon in der allgemeinen Verteilung zeigt sich, dass dieser vor allem von der FAZ und der Jungen Freiheit eingesetzt wird, deutlich weniger vom Spiegel. Das Konzept Arbeit (*Arbeitsmigration*) wird dabei vor allem von der FAZ aufgegriffen. Das Konzept der Familie erscheint relativ ausgewogen. Die Wasser-Metapher (*Migrationsströme*) findet sich einmal im Bundestag, ansonsten in der FAZ und der Jungen Freiheit. Die eskalierende Version der Wasser-Metapher (*Migrationswellen, -schübe*) taucht ebenfalls nur einmal im Bundestag auf und findet sich ansonsten in der FAZ und der Jungen Freiheit, besonders stark in Letzterer. Nur die FAZ spricht vom *Migrationsproblem*. Das Konzept der Ursachen spaltet sich in drei Teile. Einerseits finden Komposita mit Asyl (*Asylmigration*) und Zwang (*Zwangsmigration*) in der FAZ. Andererseits fasst die Junge Freiheit die Ursachen im Konzept der wirtschaftlichen Not (*Elends- und Armutsmigration*). Ein überraschende, dritte Ursache wird von der Jungen Freiheit mit dem Begriff *Heiratsmigration* bzw. *-immigration* ausgedrückt.

MIGRANTEN	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Immigration, Migration, Migranten, Emigranten, Immigranten	214	122	37	74	447
Arbeitsmigration, -migranten	30	9	4	1	44
Immigrantenfamilien, -generation, -kinder, Migrantenfamilien, -kinder	15	6	5	4	30
Migrationsströme, -strom	10	3		1	14
Immigrantengruppen, -kollektive, Migrantengruppe	2	6	1	4	13
Migrationsschübe, -wellen, -turbo, -druck, Massenimmigration	4	6		1	11
Heiratsimmigration, -migration		6			6
Migrationsproblem	3				3
Armutsimmigranten, -migration, Elendsmigration		3			3
Migrantenanteil		2			2
Zwangsmigration, Asylmigranten	2				2
EU-Binnenmigranten	1				1
<b>TOTAL</b>	<b>281</b>	<b>163</b>	<b>47</b>	<b>85</b>	<b>576</b>

*Tabelle 9: Migranten, Immigranten auf der Bezeichnungsebene*

Auf der Bezeichnungsebene zeigen sich einerseits eine unterschiedliche, sprachliche Konzeptualisierung der einzelnen Gruppen. Andererseits öffnet die Bezeichnungsebene den Blick auf unterschiedliche, semantische Deutungsrahmen von sonst eher unscharfen, allgemeinen Sammelbegriffen für Migranten.

### 5.5.2 Die Attributionsebene

Die Attributionsebene ist generell weniger aussagekräftig, als die Bezeichnungsebene. Schon allein aus logischen Gründen ist dies zu erwarten, da nicht jede Bezeichnung automatische eine Attribution verlangt. Außerdem muss darauf verwiesen werden, dass die Attributionsebene abhängig ist von der Bezeichnungsebene. Wenn eine Bezeichnung besonders häufig vom Bundestag oder von der FAZ verwendet wurde, so werden hier auch mehr Attributionen von der jeweiligen Quelle zu erwarten seien. Dieser Punkt wird in die Vorstellung der Ergebnisse auf der Attributionsebene einfließen<sup>73</sup>.

Für die Gruppe der Gastarbeiter fällt auf, dass obwohl die Anzahl der Bezeichnungen relativ ausgewogen war (Vgl. Tabelle 3), die Junge Freiheit die meisten Attributionen einsetzt (Tabelle 10). Zu diesen gehört die Infrage-Stellung (*vermeintliche, so genannte*), die jedoch auch in den anderen Quellen auftritt. Außerdem

<sup>73</sup> Der digitale Appendix enthält detaillierte Tabellen.



werden Gastarbeiter durch das Attribut *türkische* von der FAZ und vorwiegend der Jungen Freiheit beschrieben. Diese Attribution der Herkunft fehlt in Spiegel und Bundestag. Generell nimmt der Bundestag kaum Attributionen vor. Zu den weiteren Konzepten zählt vor allem die Quantifizierung (*zahlreiche, massive*), ebenfalls bei FAZ und Junger Freiheit. Das Konzept der Arbeitslosigkeit tritt ausschließlich bei der Jungen Freiheit auf.

GASTARBEITER	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Sogenannte, vermeintliche	2	5	1	1	9
Türkische	1	6			7
Viele, zahlreiche, zusätzliche, Zigtausende, Millionste, Massive	2	3	1		6
arbeitslose		4			4
Angeworbene, umworbene	1	1	1		3
Ehemalige, einstige		2			2
Potenzielle			2		2
Legale	1				1
<b>TOTAL</b>	<b>7</b>	<b>21</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>34</b>

Tabelle 10: Gastarbeiter auf der Attributionsebene

Bei der Gruppe der Asylbewerber finden sich sehr spezifische Konzepte (Tabelle 11). Am häufigsten erscheint das Konzept der Fluchtursachen (*politische, nicht-staatliche, geschlechtsspezifische*). Dieses Konzept ist relativ ausgewogen zwischen den einzelnen Subkorpora. Auch das Konzept der Anerkennung/Ablehnung (*anerkannte, ausgewiesene, abgelehnte*) ist spezifisch für Asylbewerber. Auffällig erscheint, dass es verstärkt von der FAZ und der Jungen Freiheit eingesetzt wird. Die dritt häufigste Attribution ist die Quantifizierung, welche von allen Quellen vorgenommen wird, vor allem vom Spiegel. Ein Konzept, welches schon für die Gastarbeiter aufgezeigt wurde, hier aber besonders stark und vielfältig auftritt, ist das Konzept der Herkunft. Es wird in allen drei Zeitungen eingesetzt, fehlt jedoch im Bundestag. Außerdem fällt die Attribution im Sinne von Gefahr (*drohende, gefährliche*) und Kriminalität/Legalität (*illegale, legale, kriminelle*) auf. Letztere tritt in den drei Zeitungen auf. Erstere tritt ausschließlich im Bundestag auf. Fasst man beide Konzepte zusammen, wie es für die Umgebungsebene geschehen wird, so bilden sie das dritt häufigste Konzept nach Ursachen und Anerkennung/Ablehnung. Das Konzept der Infrage-Stellung (*vermeintliche, so genannte*), wie schon für die Gastarbeiter, tritt in allen Quellen auf, verstärkt in der Jungen Freiheit. Dazu zählt auch die positive Infrage-Stellung (*echte, wirkliche*).

Asylbewerber & Flüchtlinge	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Nichtstaatliche, nichtpolitische, politische	19	19	17	15	70
Geschlechtsspezifische	13	13	11	30	67
Abgelehnte, ausreisepflichtige, abzuschiebende, nichtanerkannte, anerkannte	11	23	6	2	42
Zehntausende, viele, hunderte, größte, massenhafte, millionenfache, meiste	8	7	12	2	29
kosovarische, irakische, kurdische, tschetschenische, palästinensische, vietnamesische, bosnische, muslimische, jüdische	5	6	7		18
Illegale, legale, Kriminelle	5	9	3		17
Drohende, gefährliche				14	14
Sogenannte, vermeintliche, quasi, zweifelhafte, umfunktionierte, umstrittene	1	6	2	1	10
Echte, wirkliche	1	2			3
Mittellose, arme			2		2
<b>TOTAL</b>	<b>63</b>	<b>85</b>	<b>60</b>	<b>64</b>	<b>272</b>

Tabelle 11: Asylbewerber und Flüchtling auf der Attributionsebene

Die Gruppe der Aussiedler und Spätaussiedler bestätigt die Intuition, dass vor allem deren Herkunft beleuchtet wird. Dabei scheint klar zu sein, dass es sich um (*unsere*) *deutschstämmigen* Aussiedler handelt (Tabelle 12). Insgesamt nimmt der Spiegel die wenigsten Attributionen vor, was damit zu begründen ist, dass er auch die geringsten Bezeichnungen für Aussiedler verwendet (Vgl. Tabelle 5). Überraschend ist die Attribution *junge*, die verstärkt im Bundestag auftritt. Bei der Quantifizierung liegt auch für die Gruppe der Aussiedler die FAZ und die Junge Freiheit vorn.

Aussiedler	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Junge	2		1	13	16
Deutsche, deutschstämmige, volksdeutsche	4	6		2	12
Hohe, viele, Millionen, meiste, massive	3	5	1	1	10
Unsere	2			3	5
<b>TOTAL</b>	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>2</b>	<b>19</b>	<b>43</b>

Tabelle 12: Aussiedler auf der Attributionsebene

Im folgenden Teil werden die Ergebnisse auf der Attributionsebene für die Sammelbegriffe (*Einwanderer, Zuwanderer, Ausländer, Migranten*) erläutert. Für den Begriff *Einwanderer* zeigt sich (Tabelle 13), dass die wenigen Attributionen seitens des Bundestages und des Spiegels die Verteilung auf der Bezeichnungsebene reflektieren (Vgl. Tabelle 6). Dennoch überrascht die Dominanz des Konzepts der Legalität, vor allem in FAZ. Die zweit häufigste Attribution ist die Quantifizierung, die vor allem bei der Jungen Freiheit überwiegt. Das Konzept der Arbeit bzw. des Arbeitsmarktes steht bei der FAZ im Vordergrund.

Einwanderer	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Illegale, legale	25	6	8	3	42
hohe, erweiterte, meiste, verstärkte, weitere, zusätzliche, millionenfache, stärkere, massive, vermehrte, massenhafte, horrenden	6	15	1	4	26
Arbeitsmarktorientierte, -abhängigen	11		1		12
Geregelte, gesteuerte, gezielte	3		1	1	5
Vermeintliche, angebliche		2			2
<b>TOTAL</b>	<b>45</b>	<b>23</b>	<b>11</b>	<b>8</b>	<b>87</b>

Tabelle 13: Einwanderer auf der Attributionsebene

Der Sammelbegriff *Zuwanderer* bzw. *Zuwanderung* wurde auf der Bezeichnungsebene vor allem vom Bundestag eingesetzt (Vgl. Tabelle 7). Umso erstaunlicher ist es, dass auf der Attributionsebene die Junge Freiheit gleich auf liegt (Tabelle 14). FAZ und Spiegel entsprechen etwa dem Verhältnis. Die häufigste Attribution ist die Quantifizierung, vor allem bei der Jungen Freiheit. Danach folgt das Konzept Regelung/Steuerung, welche zwischen den Subkorpora etwa ausgewogen ist. Das Konzept der Qualifikation (*hochqualifizierte*) taucht bei FAZ, Spiegel und Bundestag auf, fehlt jedoch bei der Jungen Freiheit. Das Thema Legalität (*illegale, legale*) wiederum fehlt im Bundestag, taucht im Spiegel einmal auf und ist gleichstark bei FAZ und Junger Freiheit. Das Attribut *islamische* wird ausschließlich von FAZ und Junger Freiheit verwendet. Thema Arbeitsmarkt (*arbeitsmarktbegründete*) tritt in allen Quellen auf, Ablehnung (*unerwünschte*) lediglich bei der Jungen Freiheit und Gefahr (*gefährliche*) nur im Bundestag.

Zuwanderer	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
erhöhte, gigantische, gewaltige, größte, hohe, massive, millionenfacher, weitere, verstärkte, zusätzliche, umfangreiche	3	23	10	24	60
Geregelte, gesteuerte, unregelmäßige, ungesteuerte, begrenzte	7	8	7	11	33
Qualifikationsabhängige, qualifizierte, hochqualifizierte	4		3	6	13
Illegale, legale	6	2	1		9
Islamische	4	4			8
Arbeitsmarktbedingte, -begründete angebots-, nachfrageorientierte	2	1	2	2	7
Unerwünschte, ungewollte		2			2
Gefährliche, sorgende				2	2
<b>TOTAL</b>	<b>26</b>	<b>40</b>	<b>23</b>	<b>45</b>	<b>134</b>

Tabelle 14: Zuwanderer auf der Attributionsebene

Der Sammelbegriff Ausländer trat auf der Bezeichnungsebene verstärkt bei der Jungen Freiheit auf (Vgl. Tabelle 8). Dieses Bild bestätigt sich auf der Attributionsebene (Tabelle 14). Das sich ergebende Bild ist relativ unspezifisch und

allgemein. Quantifizierung (*größte, zahlenstärkste*) und Kriminalität/Legalität (*illegale, kriminelle*) stehen im Vordergrund.

Ausländer	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Hohe, Millionste, größte, viele, starke, zahlenstärkste	3	15	2	1	21
Illegale, Kriminelle	2	5		2	9
Sogenannte		3		1	4
Ausreisepflichtige	1		1	1	3
Mittellose		1			1
<b>TOTAL</b>	<b>6</b>	<b>24</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>38</b>

Tabelle 15: Ausländer auf der Attributionsebene

Der letzte Sammelbegriff ist Migrant bzw. Migration. Auf der Bezeichnungsebene wurde er vor allem von der FAZ und der Jungen Freiheit eingesetzt (Vgl. Tabelle 9). Diese Verteilung bestätigt sich auch auf der Attributionsebene (Tabelle 16). Wie schon bei dem Begriff *Ausländer* steht auch hier die Quantifizierung und die Legalität/Kriminalität im Vordergrund. Zusätzlich wird die Herkunft thematisiert (*türkische, jüdische*), der Arbeitsmarkt (*arbeitssuchende*) und die Steuerung (*kontrollierte*).

Migranten	FAZ	JF	SPIEGEL	PLENAR	TOTAL
Allzuviel, große, meiste, millionste, viele, weitere, starke	11	7		1	19
Illegale, legale	11		1		12
Türkische, polnische, jüdische	6	1	2	1	10
Arbeitskräfte, arbeitssuchende arbeitswillige,	5	2			7
Globale, weltweite, internationale	3	2			5
Klassische, typische	3				3
Sogenannte, angebliche	2			1	3
Erfolgreiche	3				3
Kontrollierte	1			2	3
<b>TOTAL</b>	<b>45</b>	<b>12</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>65</b>

Tabelle 16: Migranten auf der Attributionsebene

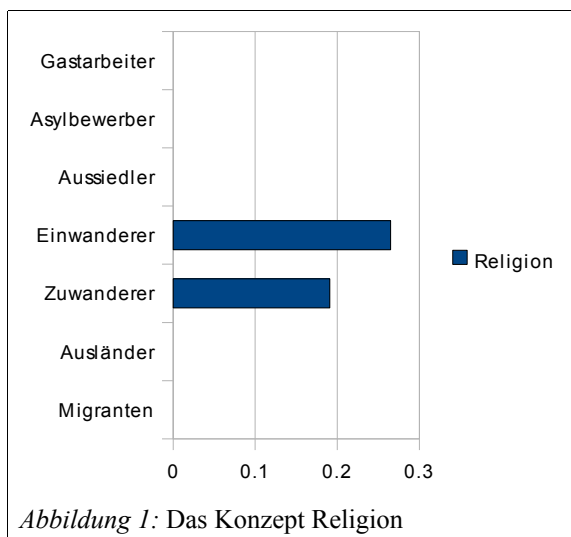
Die Ergebnisse der Attributionsebene haben vor allem gezeigt, dass man mit diesen Ergebnissen vorsichtig umgehen muss, da sie von der Anzahl der Bezeichnungen abhängig ist. Die Möglichkeiten zur Attribution sind abhängig von der Anzahl der Nomen. In Bezug auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Quellen (Subkorpora) sind daher die Fälle besonders interessant, wo die Verteilung zwischen Bezeichnungsebene und Attributionsebene signifikant abweichen (z.B.: Asylbewerber, Zuwanderer). Dennoch können die Ergebnisse vorbehaltlos eingesetzt werden um die Deutungsrahmen für die verschiedenen Gruppen zu unterscheiden bzw. die Deutungsrahmen aufzuzeigen, welche die Sammelbegriffen aufspannen.

### 5.5.3 Die Umgebungsebene

Die Vorgehensweise für die Umgebungsebene wurde in Kapitel 5.4.5 näher beschrieben. Der wesentliche Unterschied zur Attributionsebene liegt darin, dass die Ergebnisse der Umgebungsebene nicht anhängig sind von der Bezeichnungsebene. Dennoch liegt der Abstraktionsgrad viel höher, da die von ANTCONC erstellten Häufigkeitslisten nach ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Konzepten manuell sortiert wurden. Ein Beispiel soll diesen Sachverhalt erläutern: Es scheint klar, dass etwa die drei Vorkommnisse des Nomens *Kriminalität*, das fünf mal auftretende Adjektiv *kriminell*, sowie das zwei mal auftretende Verb *legalisieren* zusammen gruppiert werden können in das Konzept der Legalität-Kriminalität. Dennoch muss der Abstraktionsgrad der Umgebungsebene einiges höher liegen, da mehr sprachliches Material erfasst werden soll, als auf der Attributionsebene. Um zu sinnvollen Größen von Gruppen zu gelangen, müssen dafür inhaltlich verwandte Konzepte miteinander kombiniert werden. Deswegen wurde das Konzept der Kriminalität-Legalität mit dem der Gefahr-Warnung verbunden, d.h. in diesem Metakzept ist eine Vielzahl von konkreten Begriffen enthalten (z.B. *Kriminelle*, *Schleuser*, *drohen*, *Ängste*, *gefährlich*, etc.). Ein Einwand gegen diese Vorgehensweise könnte lauten, dass es nicht sicher ist, ob mit dem Verb *drohen* tatsächlich eine Warnung, z.B. vor zu viel Einwanderung, gemeint ist. Tatsächlich ist es nicht möglich anhand der Häufigkeitsliste, die konkrete Verwendung nachzuprüfen. Dennoch muss hier das entscheidende Kriterium in Erinnerung gerufen werden: die Umgebung. Tritt das Verb *drohen* innerhalb einer festgesetzten Umgebung der Begriffe auf, in diesem Fall waren es 10 Wörter davor und danach, so ist ausreichend, um daraus ein bestimmtes Konzept abzuleiten. Außerdem wurde bei allen Versuchen derselbe Abstraktionsgrad verwendet, um eine maximale Vergleichbarkeit zu garantieren. Hinzu kommt, dass es nach dem vorgelegten Verständnis des Frames, es völlig unerheblich ist, ob der Text bzw. der Sprecher das Verb *drohen* eventuell negiert hat. Im jedem Fall erscheint das Konzept *drohen* im Frame des Begriffes, auch wenn von *nicht drohen* die Rede war. Ein auftretendes Wort signalisiert daher, dass dieses Konzept im Deutungsrahmen vorhanden ist.

Für die Umgebungsebene wurden in verschiedenen Testläufen eine Reihe von wiederkehrenden Konzepten heraus gefiltert, die im eigentlichen Versuch

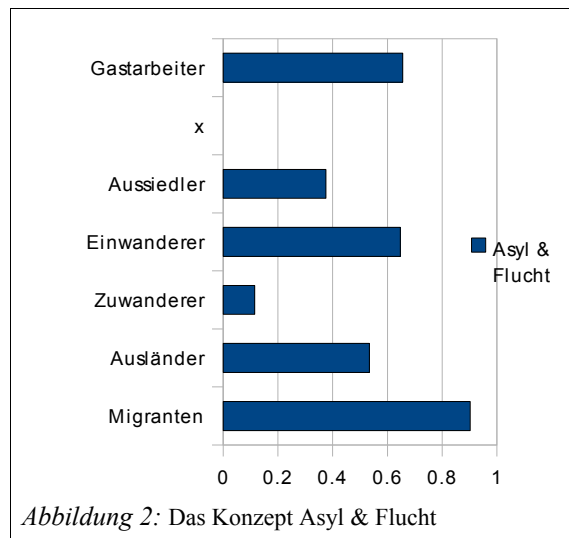
quantifiziert werden sollten. Vermehrt auftretende Konzepte sind die folgenden: Religion, Asyl-Flucht, Legalität-Kriminalität-Gefahr, Arbeitsmarkt-Wirtschaft, Sozialstaat, Ausbildung-Qualifikation, Integration und Sprachkenntnisse/-förderung. Aufgrund der in Kapitel 5.4.5 beschriebenen technischen Probleme wurden die Stärke der Konzepte einmal für die Gruppen von Migranten (*Gastarbeiter*, *Asylbewerber* und *Aussiedler*) bzw. der Sammelbegriffe (*Einwanderer*, *Zuwanderer*, *Ausländer*, *Migranten*) gemessen. Diese Messung bezog sich immer auf das gesamte Textkorpus. Eine zweite Messung stellte heraus, wie stark diese Konzept im Deutungsrahmen des Migrationsdiskurses in den einzelnen Subkorpora (FAZ, Junge Freiheit, Spiegel, Bundestag) auftraten. Diese Messung bezog sich immer auf das gesamte migrationsrelevante Vokabular und ignorierte die Trennung der Gruppen bzw. Sammelbegriffe.



Es sollen nun die Ergebnisse für die erste Messung dargestellt werden<sup>74</sup>. Für das Konzept Religion ergab sich dabei eine überraschende Verteilung (Abbildung 1). Das Konzept Religion tritt demnach nur bei den Sammelbegriffen *Einwanderer* und *Zuwanderer* auf. In den drei Gruppenbezeichnungen und für die restlichen Sammelbegriffe hat Religion keine Relevanz im Deutungsrahmen.

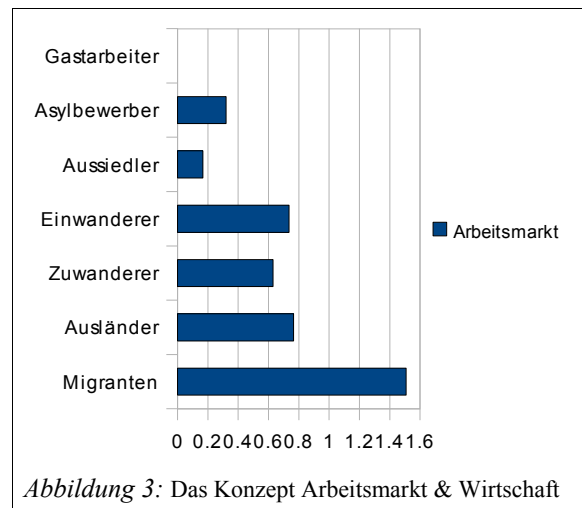
Das Konzept Asyl und Flucht ist in Abbildung 2 dargestellt. Der Wert wurde für die Gruppe der *Asylbewerber* ausgelassen, da es ohnehin darin enthalten ist und das Diagramm nur unnötig verzerren würde. Für die zwei verbleibenden Gruppen gilt, dass Asyl und Flucht im Deutungsrahmen von *Gastarbeiter* stärker enthalten ist. Im Deutungsrahmen für *Aussiedler* ist es eher schwach. Für die Sammelbegriffe ergibt sich ein interessantes Bild. Das Konzept ist sehr stark in der Umgebung von *Einwanderer* und *Migrant*, schwächer in der Umgebung von *Ausländer* und kaum ausgeprägt in der Umgebung von *Zuwanderer*.

<sup>74</sup> Der digitale Appendix enthält detaillierte Tabellen.



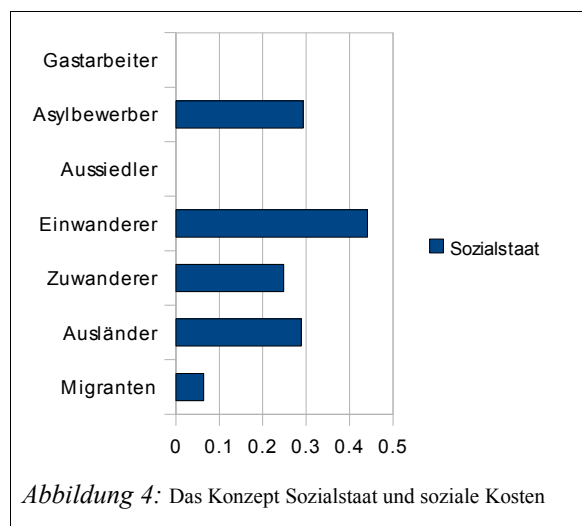
Das Konzept Arbeitsmarkt und Wirtschaft wird in Abbildung 3 dargestellt.

Das Konzept wurde für die Gruppe der *Gastarbeiter* ausgelassen, da es ohnehin darin enthalten ist und das Diagramm verzerren würde. Im Vergleich der Gruppen ergibt sich, dass das Konzept in der Gruppe der *Asylbewerber* stärker enthalten ist, als in der Gruppe der *Aussiedler*. Bei den Sammelbegriffen gibt es kaum Unterschiede zwischen *Einwanderer*, *Zuwanderer* und *Ausländer*.



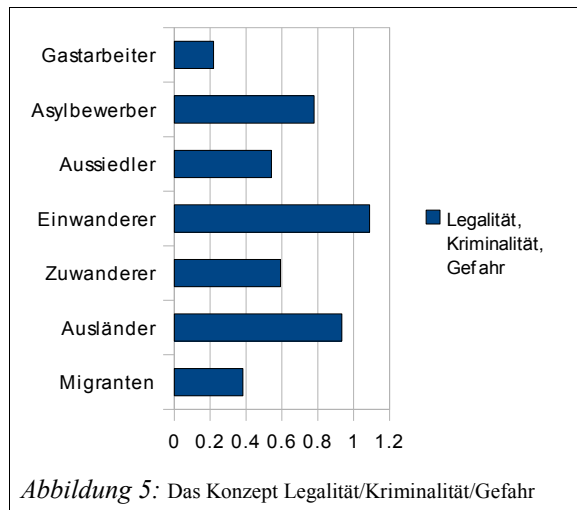
Nur *Migranten* zeigt eine starke Abweichung. Hier ist das Konzept am stärksten enthalten.

Das Konzept des Sozialstaates und sozialer Kosten ist in Abbildung 4 dargestellt. Für die drei Migrantengruppen ergibt sich, dass nur im Deutungsrahmen für *Asylbewerber* die sozialen Kosten eine Rolle spielen. Für das Verhältnis zwischen den Begriffen *Einwanderer* und *Zuwanderer* ergibt sich ein ähnliches Bild, wie in den vorherigen beiden



Konzepten. Bei Letzteren spielt das Konzept des Sozialstaates eine geringere Rolle als bei den Erstgenannten. Der Sammelbegriff *Ausländer* liegt etwa gleich mit *Zuwanderer*. *Migranten* zeigt den schwächsten Wert für dieses Konzept.

Abbildung 5 zeigt das Konzept Legalität-Kriminalität-Gefahr. Auf die Gruppe der *Gastarbeiter* fällt dabei der geringste Wert. Besonders hoch ist das Konzept in der Umgebung von *Asylbewerbern* vertreten. Die Gruppe der *Aussiedler* liegt dazwischen. Bei den Sammelbegriffen liegt *Einwanderer* ganz oben, im Gegensatz zu *Zuwanderer*. *Ausländer* ist relativ stark und *Migranten* zeigt den geringsten Wert.



Das Konzept der Integration ist in Abbildung 6 dargestellt. Bei den Gruppen zeigt sich, dass das Konzept im Deutungsrahmen von *Gastarbeiter* und *Aussiedler* etwa gleichstark vertreten ist. Bei *Asylbewerber* ist es jedoch kaum ausgeprägt. Bei den Sammelbegriffen ist das Konzept der Integration in *Zuwanderer* und *Ausländer* stark vertreten. Im Deutungsrahmen von *Einwanderer* und *Migranten* ist es deutlich schwächer.

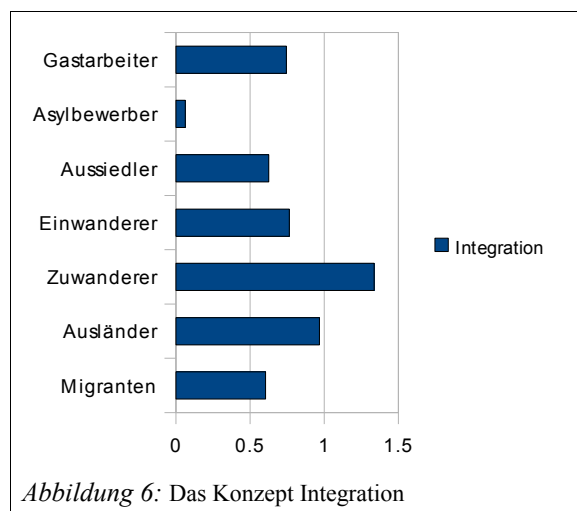
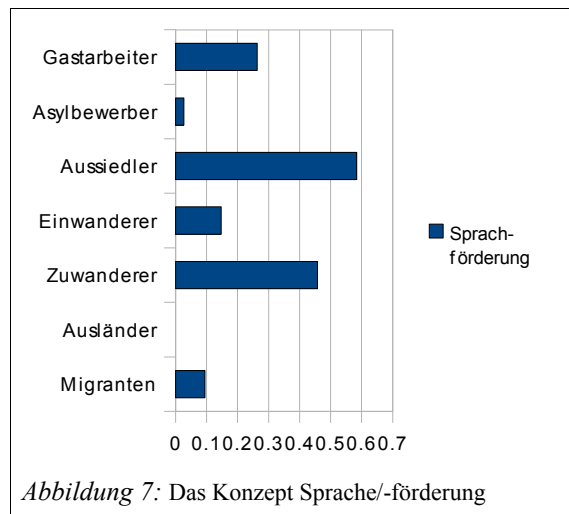
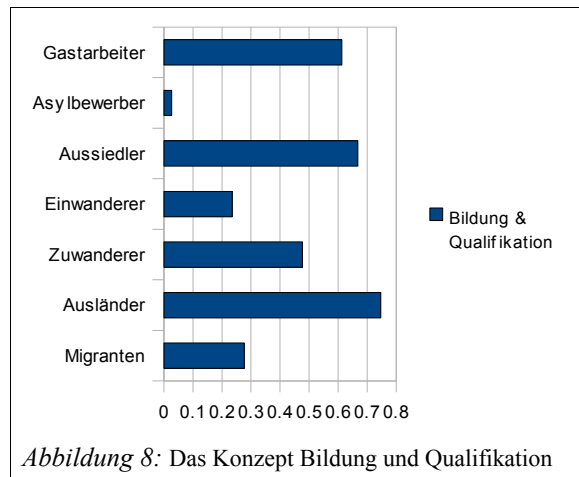


Abbildung 7 zeigt das Konzept der Sprache bzw. der Sprachförderung. Das Diagramm zeigt ein fast paralleles Bild, wie für das Konzept Integration. Die Wert für die Gruppe der *Aussiedler* ist höher, als für die *Gastarbeiter*. Für die Gruppe der *Asylbewerber* ist der Wert ähnlich niedrig, wie bei der Integration. Bei den Sammelbegriffen zeigt sich die gleiche Verteilung zwischen *Einwanderer* und *Zuwanderer* und *Migranten*, wie schon bei Integration. Bei *Ausländer* ist der Wert null.

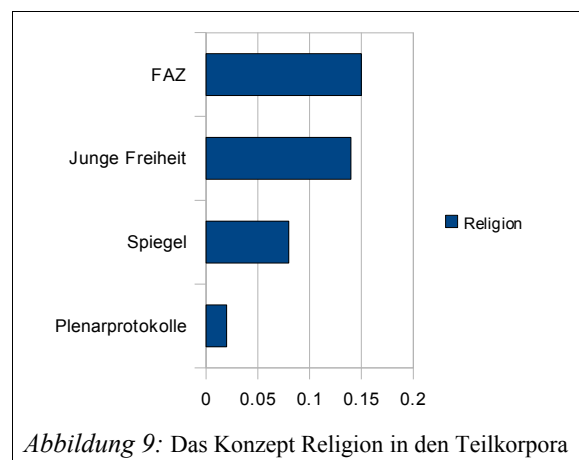




Das letzte Konzept ist der Bildung und Qualifikation (Abbildung 8). Auch hier zeigt sich ein ähnliches, wie für die beiden vorangegangenen Konzepte. Im Deutungsrahmen für *Asylbewerber* ist es am geringsten vertreten. *Gastarbeiter* und *Aussiedler* sind relative gleich. Bei den Sammelbegriffen ist das Verhältnis zwischen *Einwanderer*, *Zuwanderer* und *Migranten* ähnlich, wie bei Integration und Sprachförderung. Lediglich der Deutungsrahmen für *Ausländer* weicht ab. Hier ist das Konzept am stärksten.



Im letzten Teil sollen die Ergebnisse der zweiten Messung vorgestellt werden. Dabei wurden die gleichen Konzepte für das gesamte migrationsrelevante Vokabular an den vier Subkorpora gemessen<sup>75</sup>. Das Konzept Religion ist in Abbildung 9 dargestellt. Dieses Konzept tritt besonders stark in der FAZ und der Jungen Freiheit auf. Im Bundestag ist es eher gering ausgeprägt. Der Wert für den Spiegel liegt dazwischen.



<sup>75</sup> Der digitale Appendix enthält detailliertere Tabellen zu den einzelnen Konzepten in Form einer Excel-Datei

Das Konzept Asyl und Flucht ist in Abbildung 10 dargestellt. Hier zeigt sich eine starke Diskrepanz zwischen FAZ und Junger Freiheit. In Letztere ist kaum, in Ersterer am stärksten vertreten. Der Wert für die Plenarprotokolle liegt dazwischen. Im Spiegel tritt das Konzept etwa seltener auf.

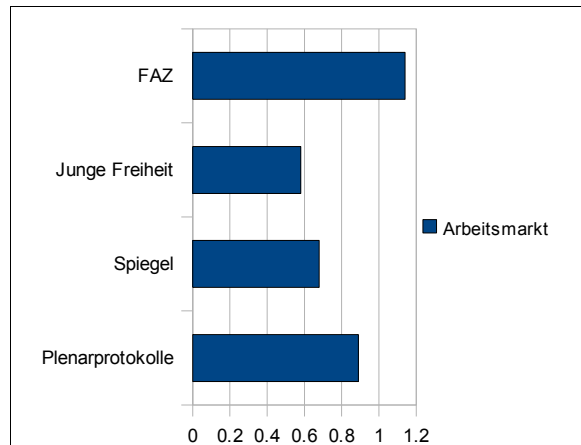


Abbildung 10: Das Konzept Arbeitsmarkt in den Teilkorpora

Abbildung 11 stellt das Konzept Sozialstaat in den Teilkorpora dar. Die Junge Freiheit verwendet dieses Konzept besonders stark im Migrationsdiskurs. Der Bundestag und die FAZ liegen etwa gleich, jedoch weit unter der Jungen Freiheit. Der Wert für den Spiegel ist der geringste.

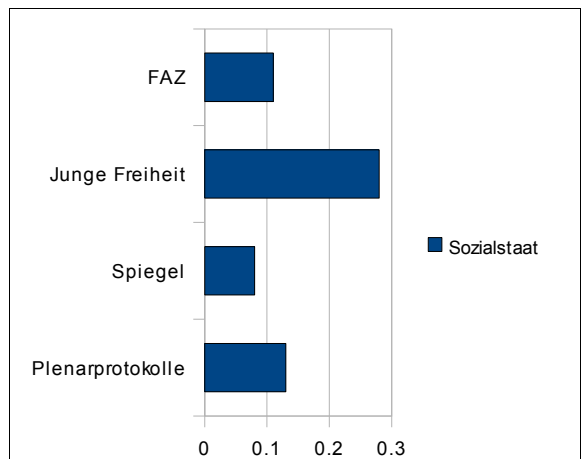


Abbildung 11: Das Konzept Sozialstaat in den Teilkorpora

Das Konzept Legalität-Kriminalität-Gefahr wird in Abbildung 12 dargestellt. Dieses Konzept findet sich in hohem Maße in der FAZ und der Jungen Freiheit. Wenn auch deutlich schwächer, so ist der Wert für den Spiegel relativ hoch. Im Bundestag ist das Konzept sehr selten vertreten.

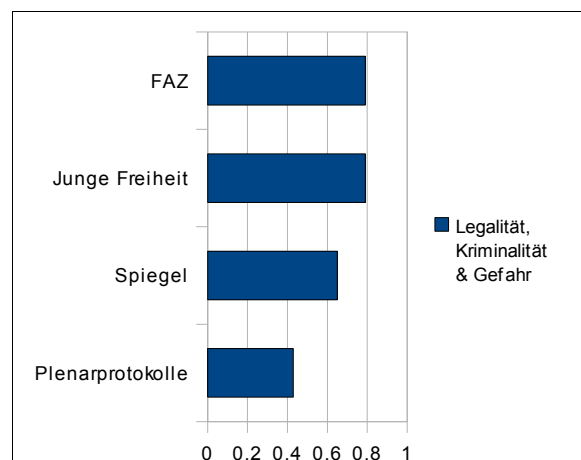
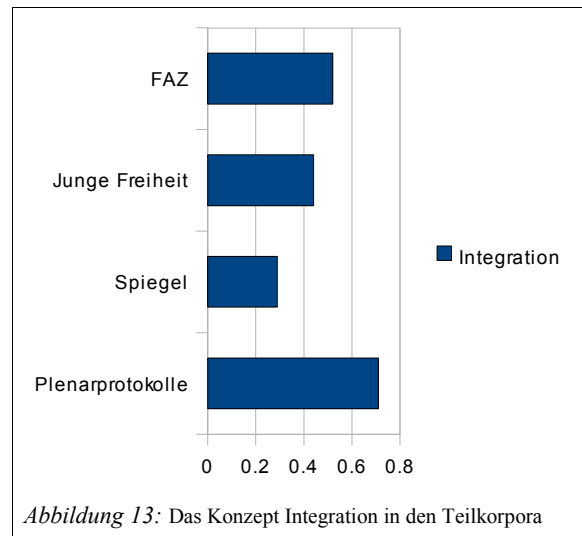
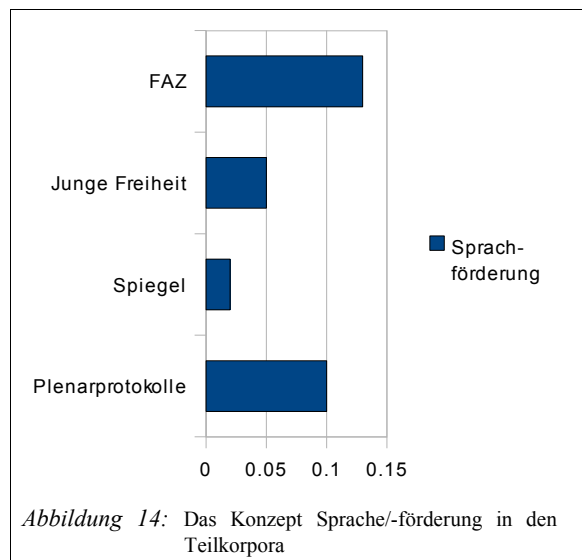


Abbildung 12: Das Konzept Legalität/Kriminalität/Gefahr in den Teilkorpora

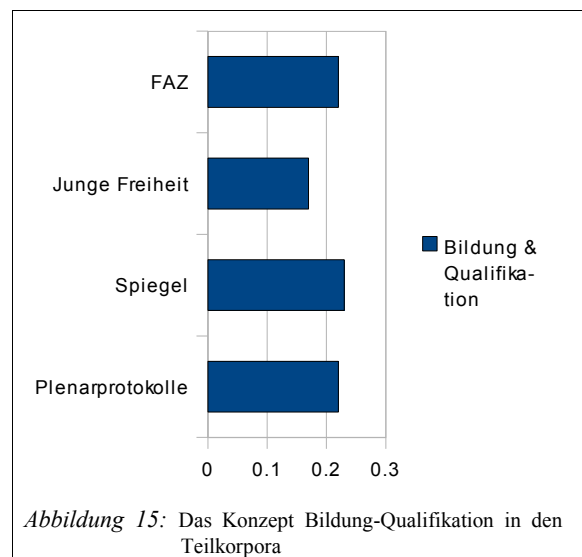
Abbildung 13 zeigt die Verteilung des Konzeptes Integration, welches im Bundestag besonders stark auftritt. In der FAZ und der Jungen Freiheit tritt es etwa gleich stark auf, jedoch deutlich schwächer, als im Bundestag. Im Spiegel findet sich das Konzept sehr selten.



Das Konzept der Sprache bzw. Sprachförderung ist in Abbildung 14 dargestellt. Es tritt besonders stark in der FAZ auf. Der Wert für den Bundestag ist ebenfalls relativ hoch. Im Spiegel erscheint das Konzept im Migrationsdiskurs eher selten. Der Wert für die Junge Freiheit liegt im Mittelfeld.



Das letzte Konzept ist die Bildung und Qualifikation (Abbildung 15). Hier zeigt FAZ, Spiegel und der Bundestag etwa den gleichen Wert. Besonders gering ist dieses Konzept in der Jungen Freiheit.



Die Ergebnisse der Umgebungsebene zeigen in der ersten Messung den Zusammenhang zwischen den Gruppen und ihrem jeweiligen Deutungsrahmen. Außerdem lassen sich Schlüsse ziehen in Bezug auf die Deutungsrahmen, welche die verschiedenen Sammelbegriffe aufspannen. Die zweite Messung zeigt vor allem, wie die drei Zeitungen und der Bundestag im Migrationsdiskurs Stellung beziehen bzw. mit welchen Konzepten sie Migranten in Verbindung bringen.

## 5.6 Diskussion

Die Diskussion der Ergebnisse wird im Folgenden nach verschiedenen Themenkomplexen eingeteilt. Zuerst sollen die drei Gruppen (*Gastarbeiter*, *Asylbewerber* und *Aussiedler*) diskutiert werden. Anschließend werden die Ergebnisse für die Sammelbegriffe (*Einwanderer*, *Zuwanderer*, *Ausländer*, *Migranten*) diskutiert. Aus diesen Ergebnissen könne Schlüsse gezogen werden bezüglich der ersten Hypothese. Im folgenden Teil werden Ergebnisse der drei Zeitungen und der Plenarprotokolle diskutiert. Aus diesen Punkten könnte Schlüsse gezogen werden bezüglich der zweiten Hypothese. Letztlich werden die Ergebnisse mit den in Kapitel 3.2 vorgestellten Studien der 1990er Jahre verglichen.

Für die Gruppe *Gastarbeiter* ist festzustellen, dass sich auf der Bezeichnungsebene vor allem nüchterne, sachliche Vokabeln finden. Es gibt wenige, übertreibende Metaphern und kaum Diffamierungen. Dieses Bild wird von der Attributionsebene leicht in Frage gestellt, wo sich vor allem in der konservativen Presse (FAZ, Junge Freiheit) verschiedene Attribute finden. Darunter zählen das In-Frage-Stellen (*vermeintliche, so genannte*), die wirtschaftliche Notlage (*arbeitslose*), die Quantifizierung (*massive, zigtausende*) und die Herkunft, welche ausschließlich mit dem Attribut *türkische* beschrieben wird. Im Spiegel und in den Plenarprotokollen finden sich kaum Attribuierungen. Insgesamt wird der Einfluss der Attributionen dadurch relativiert, dass sie eher selten auftreten. Auf der Umgebungsebene zeigt sich, dass Religion im Deutungsrahmen für *Gastarbeiter* kaum eine Rolle spielt, wohl aber Integration, Sprachförderung und berufliche Qualifikation. Gerade im Vergleich zur Gruppe der *Asylbewerber* wird klar, dass diese Konzepte einen sehr hohen Stellenwert im Deutungsrahmen für *Gastarbeiter* einnehmen. In diesem Punkt stimmt die Realität

mit dem sprachlich konstruierten Deutungsrahmen überein. Überraschend scheint, dass Asyl und Flucht ebenfalls auftauchen. Dies könnte auf ein methodisches Problem hinweisen, denn die Liste der Vokabeln für *Gastarbeiter* enthielten eine Reihe arbeitsmarktspezifischer Vokabeln (*Arbeitsmigration*), die auch auf Flüchtlinge zutreffen. Anders kann dieser Punkt nicht geklärt werden. Paradox scheint ebenfalls, dass das Konzept Sozialstaat überhaupt nicht auftaucht, obwohl heute viele der in den 60er Jahren gekommenen Arbeiter vom sozialen Netz abhängig geworden sind. Es ist unklar, wie dieser Punkt geklärt werden könnte. Interessant erscheint außerdem, dass das Konzept der Legalität-Kriminalität-Gefahr im Vergleich zu *Asylbewerber* und *Aussiedler* eher selten auftritt. In den Punkten untermauert die Umgebungsebene daher die sachlichen Ergebnisse auf der Bezeichnungs- und Attributionsebene. Sieht man von den Attribuierungen der Jungen Freiheit einmal ab, so kommt man zu dem Schluss, dass der Diskurs *Gastarbeiter* eher mit einem kühlen Kopf geführt worden ist.

Ganz anders sieht der Deutungsrahmen für die Gruppe *Asylbewerber* aus. Obwohl das eher positive besetzte Wort *Flüchtling* überwiegt (vor allem im Spiegel), so zeigt schon die Verwendung des abwertenden Wortes *Asylant* in allen Zeitungen (vor allem in der Jungen Freiheit), dass diese Gruppe deutlich schlechter behandelt wird. Auch das Konzept Missbrauch-Betrug wird mit Ausnahme des Spiegels bei FAZ, Junge Freiheit und in den Plenarprotokollen häufig verwendet. Die übertreibende Darstellung mit Hilfe der Wasser-Metaphern findet sich in allen vier Quellen häufig. Die Ergebnisse der Attributionsebene bestätigen dieses Bild. Einerseits wird das Thema *Asyl* bzw. *Asylbewerber* vorrangig mit sachlichen Attributoren versehen (*nichtstaatliche, geschlechtsspezifische*). Diese sachlichen Attributionen sind damit zu erklären, dass mit dem Zuwanderungsgesetzes zum ersten Mal andere Gründe diskutiert wurden, als die staatliche Verfolgung. Insofern waren Kollokationen, wie *nichtstaatliche Verfolgung* oder *geschlechtsspezifische Verfolgung* im Untersuchungszeitraum ohnehin sehr häufig. Andererseits finden sich, analog zur Wasser-Metapher auf der Bezeichnungsebene, sehr viele quantifizierende Attribute (vor allem im Spiegel). Dieser Punkt widerspricht der Realität jährlich sinkender Asylbewerberzahlen in der Bundesrepublik. Ein weiteres Konzept auf der Attributionsebene, welches vermehrt erscheint, ist das der Legalität-Kriminalität-Gefahr. Diese Beobachtung zeigt sich auch auf der Umgebungsebene, wo dieses Konzept gerade im Vergleich zu den anderen beiden Gruppen besonders häufig vorkommt. Die Konzepte Integration, Sprachförderung, berufliche Qualifikation und

Religion spielen im Deutungsrahmen für Asylbewerber keine Rolle. Neben dem Konzept der Legalität-Kriminalität-Gefahr sticht das Konzept des Sozialstaates hervor, welches im Deutungsrahmen der beiden anderen beiden Gruppen überhaupt nicht vorkommt. Auch die Betonung der sozialen Kosten widerspricht den sinkenden Zahlen. Die Gruppe der Asylbewerber, so scheint es, wird übermäßig aufgeblasen und dramatisiert. Dies geschieht vielleicht vor dem Hintergrund der afrikanischen Flüchtlinge, die über das Mittelmeer das europäische Festland erreichen oder vor dem Hintergrund weltweit steigender Flüchtlingszahlen. Für die Bundesrepublik und für den deutschen Sozialstaat hatten diese internationalen Entwicklungen jedoch nur sehr bedingte Konsequenzen. Insofern scheint der Deutungsrahmen der Asylbewerber nicht der Realität zu entsprechen, sondern ist eher unnötig dramatisiert.

Die Gruppe der *Aussiedler* bzw. *Spätaussiedler* wird, wie schon die Gruppe *Gastarbeiter*, eher sachlich dargestellt. Es finden sich auf der Bezeichnungsebene kaum diffamierende Ausdrücke, lediglich *Aussiedlerkonzentration* (Bundestag). Die Wasser-Metapher (*Aussiedlerstrom*) wird nur einmal von der Jungen Freiheit eingesetzt. Das Konzept der Familie (*Aussiedlerkinder*, *-generation*) ist auf der Bezeichnungsebene stark vertreten, vorwiegend im Bundestag. Dieser Punkt deckt sich mit der Realität, da viele der Aussiedler mit ihren Familien nach Deutschland kommen. Auch die Attributionsebene bestätigt dieses Bild. Hier überwiegt vor allem die nationale, kulturelle Zugehörigkeit der Gruppe (*deutschstämmige*). Es konnte nicht geklärt werden, warum (vor allem in den Plenarprotokollen) das Attribut *junge* derart stark vertreten ist. Es finden sich in allen Quellen einige quantifizierende Attribute (*hohe, millionen*). Insgesamt sind die Quantifizierungen vorwiegend bei der Jungen Freiheit zu finden, die auch in Bezug auf die anderen Gruppen zu Übertreibungen neigt. Das Bild auf der Umgebungsebene ist ebenfalls eher sachlich. Das Konzepte Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Religion tauchen nur in geringem Maße bzw. gar nicht auf. Dafür sind die Konzepte Integration, Sprachförderung, sowie berufliche Qualifikation besonders stark. Diese Punkte sind somit als sachgerechte Darstellung zu verstehen. Das Konzept Legalität-Kriminalität-Gefahr tritt stark auf, was im Widerspruch zur Realität steht. Denn Aussiedler sind weder als Gefahr, noch als illegale Einwanderer zu verstehen. Abgesehen von den übertreibenden Quantifizierung und dem Konzept der Legalität-Kriminalität-Gefahr werden die Aussiedler eher sachlich, nüchtern dargestellt.

In Bezug auf die Sammelbegriffe (*Einwanderer*, *Zuwanderer*, *Ausländer* und *Migranten*) ergibt sich ein interessantes Bild. Hier lassen sich aus der Analyse Schlüsse auf Verwendung und Bedeutung der Sammelbegriffe ziehen. Besonders aufschlussreich ist der Vergleich des Begriffspaares *Einwanderer*, *Zuwanderer*, wobei Ersteres verstärkt von der FAZ und der Jungen Freiheit eingesetzt wird und Letzteres vorwiegend im Bundestag. Diese Beobachtung ist wohl mit der Bezeichnung des im Untersuchungszeitraum verhandelten Gesetzes zu erklären (Zuwanderungsgesetz statt Einwanderungsgesetz). Insofern scheint es schlüssig, dass der Bundestag stärker davon Gebrauch macht. Auf der Bezeichnungsebene finden sich für beiden Begriffe ähnliche Benennungen (Wasser-Metapher, Menge, Familie, Begrenzung). Auf der Attributions-ebene sind die Quantifizierungen für beide Begriffe sehr stark. Attribute aus dem Konzept der Legalität sind bei *Einwanderer* etwa höher. Bei *Zuwanderer* überwiegt das Konzept der beruflichen Qualifikation (*hochqualifizierte*). Das Verhältnis zwischen den beiden Begriffen wird auf der Umgebungsebene besonders deutlich, da sie sich die Werte für die einzelnen Konzepte immer entgegengesetzt verhalten. Bei den Konzepten Asyl und Flucht, Legalität-Kriminalität-Gefahr und Sozialstaat sind die Werte für *Einwanderer* deutlich höher. Bei den Konzepten berufliche Qualifikation, Integration und Sprachförderung verhält es sich entgegengesetzt. Dieses Muster wäre so zu interpretieren, dass *Einwanderer* eher negativ besetzt ist, währenddessen *Zuwanderer* eher positiv besetzt. Gerade als die Süßmuth-Kommission mit der Lebenslüge „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ im Jahr 2001 brach, tauchte sich der Begriff *Zuwanderung* auf. Die Ergebnisse könnte daher als Folge eines geschickten Zuges verstanden werden. Um das Thema *Einwanderung/Zuwanderung* positiv besetzen zu können, wurden einfach zwei Begriffe geschaffen. Der alte Begriff *Einwanderer* behielt die negativen Konnotationen bei. Der neue Begriff *Zuwanderer* konnte positiv belegt werden.

Die anderen beiden Begriffe *Ausländer* und *Migranten* zeigen einen weniger markante Deutungsrahmen. Beide Begriffe sind auf der Bezeichnungsebene mit zahlreichen Quantifizierungen erfasst, was sich auch auf der Attributionsebene bestätigt. Vor allem Migranten werden auf der Bezeichnungsebene verstärkt mit Hilfe der Wasser-Metapher (und deren eskalierender Version) dargestellt. Das Konzept der Legalität-Kriminalität findet sich für beide Begriffe auf allen drei Ebenen, wobei es für *Migranten* auf der Umgebungsebene geringer ausfällt. Für die Bezeichnungsebene ist

dieses Konzept bei *Ausländer* deutlich höher (*Ausländerkriminalität, -extremismus*). Außerdem zeigen sich starke Schwankung in den Konzepten. *Ausländer* hat einen hohen Wert für das Konzept Integration, jedoch einen sehr geringen Wert für das Konzept Sprachförderung. Da Integration und Sprachförderung für die anderen Gruppen fast immer ähnlich sind, muss geschlussfolgert werden, dass Begriff *Ausländer* ein sehr unscharfer Überbegriff ist. Für *Migranten* gilt Ähnliches, jedoch mit der Einschränkung, dass der Begriff *Migrant* eher den Prozess betont. Eine Ingroup-Outgroup-Unterscheidung wie bei *Ausländer*, tritt eher in den Hintergrund. Insgesamt weisen beide Begriffe eine Vielzahl von übertreibenden Quantifizierungen auf und werden somit generell eher negativ besetzt.

Die in Kapitel 5.3 aufgestellte Hypothese, dass der Migrationsdiskurs generell eher problemorientiert ist, hat sich bestätigt. Zu den im Deutungsrahmen dieses Diskurses vertretenen Konzepten zählt demnach die Quantifizierung im Sinne einer großen, unaufhaltsamen Masse. In Anbetracht der sinkenden Zahlen im Untersuchungszeitraum muss diese Darstellung als Verzerrung interpretiert werden. Auch die Dominanz von Konzepten, welche gesellschaftliche Reibungsflächen zum Ausdruck bringen, wie etwa Legalität, Kriminalität, Gefahr und soziale Kosten trifft nur für einen geringen Teil der Migranten zu. Im Gegensatz dazu spiegeln Konzepte, wie berufliche Qualifikation, Integration und Sprachförderung die realen, bedeutenden Problemfelder der Migration wider. Ein weiterer Punkt ist die Abwesenheit von bestimmten Konzepten. So treten keine Konzepte auf, die z.B. eine kulturelle Bereicherung oder eine Bedeutung der universellen Menschenrechte zum Ausdruck bringen. Die Abwesenheit von solchen Konzepten, sowie die Dominanz der vorher genannten Konzepte im Migrationsdiskurs untermauern somit die Hypothese, dass der Diskurs problemorientiert ist.

Im zweiten Teil der Auswertung sollen die Unterschiede zwischen den vier Subkorpora in Bezug auf die zweite Hypothese diskutiert werden. Diese zweite Hypothese postulierte einen Zusammenhang zwischen der politischen Einstellung einerseits und der Deutlichkeit, mit welcher die Sprecher bestimmte Konzepte in den Deutungsrahmen rücken. Eine erste Beobachtung bestätigt diese Hypothese. Die Junge Freiheit ist bekannt für ihre rechts-konservative Einstellung und ihre generelle Ablehnung gegenüber Ausländern. Die Junge Freiheit verwendet nicht nur die meisten



negativen Darstellungen und Übertreibungen auf der Bezeichnungsebene (*Ausländerkriminalität, -problem, -extremismus, Einwanderungsspirale, Massenzuwanderung, Asylmißbrauch*), sondern bei ihr finden sich auch die meisten Attributionen. Speziell treten bei der Jungen Freiheit vermehrt negative bzw. übertreibende Attributionen auf (*massive, millionste, kriminelle, illegale*). Mit Ausnahme des Begriffes *Asylanten*, treten im Spiegel deutlich weniger negative Bezeichnungen auf. Zum Beispiel, die Bezeichnungen *Asylmissbrauch* oder *Ausländerkriminalität* werden nicht verwendet. Bei den negativen Attributionen überwiegt zwar die Junge Freiheit, aber sie treten dennoch auch im Spiegel häufig auf. Auf der Umgebungsebene tritt das Konzept der Legalität-Kriminalität-Gefahr zwar häufiger in den beiden konservativen Zeitungen auf, jedoch ist das Konzept im Spiegel ebenfalls stark. Eine Reihe von Punkten widersprechen jedoch der Hypothese. So verwendet der Spiegel eine Reihe von übertreibenden Attributionen, besonders für die Gruppe der Asylbewerber. Weiterhin lässt sich die FAZ nur schwer in das Spektrum einordnen. Einerseits zeigen sich für die FAZ Ähnlichkeiten zur Jungen Freiheit auf der Bezeichnungs- und Attributionsebene und bei bestimmten Konzepten auf der Umgebungsebene (z.B. Kriminalität-Legalität-Gefahr). Andererseits weicht sie in einigen Konzepten auf der Umgebungsebene signifikant von der Jungen Freiheit ab (z.B. Sozialstaat, Arbeitsmarkt, Sprachförderung). Die zweite Hypothese muss deshalb vorsichtig betrachtet werden.

Eine weitere Beobachtung bezieht sich auf die Unterscheidung zwischen Politikersprache und politischer Mediensprache. In Kapitel 3.2.3 wurde die Studie von Josef Klein vorgestellt. (Klein 1997) konstatierte, dass Politiker bzw. Politikersprache darum bemüht ist, möglichst geringe Angriffsflächen in ihrer Rhetorik zu bieten. Dieses Bild wird von Ergebnissen besonders deutlich untermauert. Generell erscheinen im Subkorpus der Plenarprotokolle nur wenige diffamierende Bezeichnungen. Das Wort *Asylant* scheint im Bundestag vollkommen Tabu zu sein. Die Anzahl aller Attributionen bzw. der negativen Attributionen ist ebenfalls deutlich geringer. Auch auf der Umgebungsebene findet sich das Konzept Legalität-Kriminalität-Gefahr sehr selten. Im Bundestag treten daher vor allem sachlich, nüchterne Konzepte (Integration, berufliche Qualifikation) auf und es wird sich eher selten der übertreibenden Attributionen und Bezeichnungen (Wasser-Metapher) bedient.

## 5.7 Ausblick und Fehleranalyse

Die hier eingesetzte Methode hat einige Probleme in der sprachlichen Analyse aufgezeigt. Die technischen Probleme (Kapitel 5.4.5) verhinderten eine feingliedrige Ergebnismatrix für die Umgebungsebene. Aus dem gleichen Grund konnten auch keine Rückschlüsse auf die unterschiedlichen Deutungsrahmen, der im Bundestag vertretenen Parteien gezogen werden. Ein deutlich größeres Textkorpus könnte dieses Problem aus Weg räumen. Das ist für die Parteien nur möglich, wenn Texte in das Korpus aufgenommen werden, welche außerhalb des Bundestages auftreten (Parteiprogramme, Wahlwerbung, Reden). Dieser Schritt würde die Variable der politisch-ideologischen Ausrichtung auf die Parteien ausweiten. Ein zweites Problem, welches nur für die Zeitungsartikel gilt, ist das Problem der Textsorten. Das Textkorpus wurde nicht nach Textsorten unterteilt. Diese sind jedoch gerade in den Zeitungen sehr heterogen. Eine exakte Einteilung nach Textsorten würde zu größeren Belastbarkeit der Ergebnisse führen. Ein drittes Problem ist die relative Unschärfe und Armut der Konzepte auf der Umgebungsebene. Obwohl es noch unklar ist, wie dies erreicht werden könnte, wäre eine detailreichere Aufgliederung der Konzepte wünschenswert.

Dennoch hat die Arbeit gezeigt, dass es möglich ist mit Hilfe des Frame-Begriffes einen ganzen Diskurs zu erfassen und zu aussagekräftigen Ergebnissen zu gelangen. Der Vorteil der linguistischen Methode wird hier auch zum Vorteil des Frame-Begriffes. Da die linguistische Methode blind ist für den eigentlichen Inhalt, kann sie auf verschiedene Themengebiete (Religion, Wirtschaft, internationale Beziehungen) angewendet werden. Dabei wäre es wünschenswert, die Darstellung eines Themas mit der politischen Argumentation zu verknüpfen. Für Erstere scheint der Frame-Begriff hilfreich. Dieser könnte mit dem in Kapitel 3.2.1 vorgestellten Topos-Begriff verknüpft werden. Auf diesem Weg wäre es möglich, die Darstellung von Inhalten mit der Argumentation gemeinsam zu erfassen und zu analysieren.

## **6 Schlussbemerkung**

In einem Interview des Deutschlandfunks (28.5.2006) rief der Migrationsforscher Klaus Bade zu einer „menschenfreundlichen Prosa“ auf, mit welcher der Prozess der Migration, aber vor allem die Gruppe der Migranten, beschrieben werden sollte. Ihr Beitrag zu den gesellschaftlichen Errungenschaften Deutschlands und zu kultureller Vielfalt sollte auch in der Sprache anerkannt werden. Ihre ohnehin schon schwierige humanitäre und wirtschaftliche Notlage darf sprachlich nicht eskaliert werden, wie es zu Beginn der 1990er Jahre geschehen ist. Auf Grund der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit muss dennoch geschlussfolgert werden, dass Migranten in der politischen Sprache eher problemorientiert, in vielen Fällen sogar diffamierend, beschrieben werden.

## 7 Bibliographie

- **Arendt, Hannah**, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, Frankfurt a.M. 1958.
- **Bade, Klaus J. & Jochen Oltmer**, *Normalfall Migration*, Bonn 2004.
- **Bade, Klaus J.**, *Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. Deutschland 1880 – 1980*, Berlin 1983.
- **Bade, Klaus J.**, *Ausländer, Aussiedler, Asyl, Eine Bestandsaufnahme*, München 1994.
- **Bade, Klaus J., Hans-Bernd Meier & Bernhard Parisius (Hg.)**, *Zeitzeugen im Interview, Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Osnabrück nach 1945*, Osnabrück 1997.
- **Bade, Klaus J.**, Integration: versäumte Chancen und nachholende Politik, in: *APUZ, Integration*, Heft 22/23, 2007. S.32–38.
- **Ball-Rokeach, Sandra J. et al.**, Value-Framing Abortion in the United States: An Application of Media System Dependency Theory, *International Journal of Public Opinion Research* Vol.2 (3), 1990. S. 249–273.
- **Bartlett, Frederick**, *Denken und Begreifen, Experimente der praktischen Psychologie*, Köln 1951.
- **Beißwenger, Michael**, *Totalitäre Sprache und textuelle Konstruktion von Welt, am Beispiel ausgewählter Aufsätze von Joseph Göbbels über „die Juden“*, Stuttgart 2000.
- **Bergem, Wolfgang, Lothar Bluhm & Friedhelm Marx (Hg.)**, *Metapher und Modell, Ein Wuppertaler Kolloquium zu literarischen und wissenschaftlichen Formen der Wirklichkeitskonstruktion*, Trier 1996.
- **Berglund, Stefan**, Humanitäre Asylpolitik in Deutschland, in: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, *50 Jahre Behörde im Wandel*, Nürnberg 2003. S.57–67.
- **Bergsdorf, Wolfgang**, *Politik und Sprache*, München 1978.
- **Bergsdorf, Wolfgang**, *Herrschaft und Sprache, Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland*, Pfullingen 1983.
- **Böke, Karin**, Vom „werdenden Leben“ zum „ungeborenen Kind“. Redestrategien in der Diskussion um die Reform des §218, in: Liedke, Frank, Martin Wengeler & Karin Böke (Hg.), *Begriffe besetzen – Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*, Opladen 1991. S.205–218.
- **Böke, Karin**, „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Schlüsselwörter in der frauenpolitischen Diskussion seit der Nachkriegszeit, in: Stötzel, Georg & Martin Wengeler (Hg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1995. S.447–516.
- **Böke, Karin (Hg.)**, *Öffentlicher Sprachgebrauch, praktische, theoretische und historische Perspektiven*, Opladen 1996.
- **Böke, Karin, Frank Liedtke & Martin Wengeler**, *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*, Berlin–NewYork 1996.

- 
- **Brosius, Hans-Bernd & Peter Eps**, Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylanten. In: *Rundfunk und Fernsehen*, Heft 41. S.512–530.
  - **Busse, Dietrich & Wolfgang Teubert**, Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Dietrich Busse, ritz Hermanns & Wolfgang Teubert (Hg.), *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse einer historischen Semantik*, Opladen 1994, S.10-27.
  - **Busse, Dietrich**, Linguistische Epistemologie – Zur Konvergenz von kognitiver und kulturwissenschaftlicher Semantik am Beispiel der Begriffsgeschichte, Diskursanalyse und Frame-Semantik, in: Heidrun Kämpfer & Ludwig M. Eichinger (Hg.), *Sprache – Kognition – Kultur*, Berlin 2008. S.73–115.
  - **Burkhardt, Armin**, *Das Parlament und seine Sprache, Studien zu Theorie und Praxis parlamentarischer Kommunikation*, Berlin – New York 1995.
  - **Burkhardt, Armin**, Politolinguistik – Versuch einer Standortbestimmung, in: Klein, Josef & Hajo Diekmannshenke, *Sprachstrategien und Dialogblockaden, linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation*, Berlin 1996. S. 75–101.
  - **Burkhardt, Armin & Kornelia Pape (Hg.)**, *Sprache des Deutschen Parlamentarismus, Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation*, Wiesbaden 2000.
  - **Burkhardt, Armin (Hg.)**, *Politik, Sprache, Glaubwürdigkeit, Linguistik des politischen Skandals*, Wiesbaden 2003.
  - **Dieckmann, Walther**, Sprache in der Politik, in: Greiffenhagen, Martin (Hg.), *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*, Bonn 1980. S.47–64.
  - **Dieckmann, Walther**, *Politische Sprache, Politische Kommunikation*, Heidelberg 1981.
  - **Diekmannshenke, Hajo**, Alles reden von Europa. Schlagwortgebrauch und argumentative Strategie im Europawahlkampf 1994. in: Diekmannshenke, Hajo & Josef Klein (Hg.), *Wörter in der Politik*, Opladen 1996.
  - **Edelmann, Murray**, *The Symbolic Uses of Politics*, Urbana 1964.
  - **Ellwein, Thomas**, Sprache der Politik – Politik der Sprache, in: Mittelstraß, Jürgen (Hg.), *Wohin geht die Sprache? Wirklichkeit – Kommunikation – Kompetenz*, Essen 1989. S.58–67.
  - **Entman, Robert M.** „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“, *Journal of Communication* 41 (1993). S.51–58.
  - **Erfurt, Jürgen**, Diskursanalyse und Sprache der Politik, in: *Der Ginkgo Baum. Germanistisches Jahrbuch für Nordeuropa*, 8.Folge. S.106–109.
  - **Farker, Reinhard**, Heimatbegriffe und Heimatdiskurse im Wandel. Regionalismus – Nationalismus – Multikulturalismus, in: Panagl, Oswald & Horst Stürmer (Hg.), *Politische Konzepte und verbale Strategien, Brisante Wörter – Begriffsfelder – Sprachbilder*, Frankfurt a.M. 2002. S.9–30.

- 
- **Fillmore, Charles J.**, Frame Semantics, in: *Linguistics in the Morning Calm, Linguistic Society of Korea* (Hg.), Seoul 1982. S.111-137. Neu gedruckt in: Geeraets, Dirk, *Cognitive Linguistics, Basic Readings*, Berlin 2006. S. 373-401.
  - **Galliker, Mark, Jan Herman, Franc Wagner & Daniel Weimer**, Co-Occurrence-Analysis von Medientexten: Verschiebung der Schuldzuweisung im öffentlichen Diskurs, in: Jung, Matthias, Martin Wengeler & Karin Böke (Hg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses*, Opladen 1997. S.215–229.
  - **Gessenharter, Wolfgang & Thomas Pfeiffer**: *Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?*, Wiesbaden 2004
  - **Girnth, Heiko**, *Einstellung und Einstellungsbekundung in der politischen Rede, eine sprachwissenschaftliche Untersuchung der Rede Philipp Jenningers vom 10. November 1988*, Frankfurt a.M. 1993.
  - **Gitlin, Todd**, *The Whole World is Watching: Mass Media in the Making & Unmaking of the New Left*. Berkeley 1980.
  - **Goerens, Kim**: Die Wohnsituation von Flüchtlingen. in: Projektutorien „Lebenswirklichkeiten von Flüchtlingen in Berlin“ & „Behörden und Migration“ (Hg.), *Verwaltet, entrechtet, abgestempelt – wo bleiben die Menschen? Einblicke in das Leben von Flüchtlingen in Berlin*, Berlin 2003. S.27–35.
  - **Goffman, Erving**, *Frame Analysis, An Essay on the Organization of Experience*, New York 1974.
  - **Grice, Herbert Paul**, Logic and Conversation, in: Cole, Peter & Jerry L. Morgan (Hg.), *Syntax and Semantics Vol. 3, Speech Acts*, New York 1975. S.41–58.
  - **Grünert, Horst**, *Sprache und Politik, Untersuchungen zum Sprachgebrauch der „Paulskirche“*, Berlin 1974.
  - **Habscheid, Stephan & Michael Klemm (Hg.)**, *Sprachhandeln und Medienstrukturen in der politischen Kommunikation*, Tübingen 2007.
  - **Haß, Ulrike**, Interessenabhängiger Umgang mit Wörtern in der Umweltdiskussion, in: Klein, Josef (Hg.), *Politische Semantik, Beiträge zur politischen Sprachverwendung*, Opladen 1989. S.153–186.
  - **Haß, Ulrike**, Lexikonteil „Umwelt“, in: Strauß, Gerhard, Ulrike Haß & Gisela Harras, *Brisante Wörter von „Agitation“ bis „Zeitgeist“. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*, Berlin 1989. S. 397–557.
  - **Heringer, Hans Jürgen**, Sprachkritik – die Fortsetzung der Politik mit besseren Mitteln, in: Heringer, Hans Jürgen (Hg.), *Holzfeuer in hölzernen Öfen, Aufsätze zur politischen Sprachkritik*, Tübingen 1982. S.3–36.
  - **Holly, Werner**, Medien und politische Sprachkultur. in: *Sprachreport* Heft 1, 1989. S. 9–13.
  - **Holly, Werner**, *Politikersprache, Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten*, Berlin 1990.
  - **Holly, Werner**, „Wir sind Europa“. Die Fernsehwerbespots der SPD zur Europawahl 1989, in: Liedke, Frank, Martin Wengeler & Karin Böke (Hg.), *Begriffe besetzen – Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*, Opladen 1991.

- 
- **Januschek, Franz**, *Arbeit an Sprache, Konzept für die Empirie einer politischen Sprachwissenschaft*, Opladen 1986.
  - **Jung, Matthias, Martin Wengeler & Karin Böke (Hg.)**, *Die Sprache des Migrationsdiskurses, das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*, Opladen 1997.
  - **Jung, Matthias**, Lexik und Sprachbewußtsein im Migrationsdiskurs. Methodik und Ergebnisse einer wortbezogener Untersuchungen, in: Jung, Matthias, Martin Wengeler & Karin Böke (Hg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses*, Opladen 1997. S.194–214.
  - **Kettemann, Bernhard, Rudolf de Cillia & Isabel Landsiedler (Hg.)**, *Sprache und Politik*, Frankfurt am Main 1998.
  - **Kienpointer, Manfred**, *Alltagslogik, Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*, Stuttgart 1992.
  - **Kilian, Jörg**, *Demokratische Sprache zwischen Tradition und Neuanfang. Am Beispiel des Grundrechte-Diskurses 1948/1949*, Tübingen 1997.
  - **Kilian, Jörg**, *Sprache und Politik, Deutsch im demokratischen Staat*, Mannheim 2005.
  - **Klaus, Georg**, *Sprache der Politik*, Berlin 1971.
  
  - **Klein, Josef (Hg.)**, *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*, Opladen 1989.
  - **Klein, Josef**, *Elefantenrunden „Drei Tage vor der Wahl“. Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972 – 1987. Einführung und Texttranskriptionen*, Baden-Baden 1990.
  - **Klein, Josef**, Politische Textsorten. In: Klaus Brinker (Hg.), *Aspekte der Textlinguistik*, Hildesheim 1991. S. 245–278.
  - **Klein, Josef**, Rezension zu Strauß, Gerhard / Haß, Ursula / Harras, Gisela: „Bisante Wörter“. In: *Zeitschrift für Germanistische Linguistik*, Nr.19, 1991, S.87–96.
  - **Klein, Josef**, Asyl-Diskurs, Konflikte und Blockaden in Politik, Medien und Alltagswelt, in: Reiher, Ruth (Hg.), *Sprache im Konflikt Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Konflikten*, Berlin 1995. S.15–71.
  - **Klein, Josef**, Plebiszite in der Mediendemokratie, in: Rüter, Günther (Hg.), *Repräsentative oder Plebizarische Demokratie – eine Alternative?*, Baden-Baden 1996. S.244–260.
  - **Klein, Josef**, Bewertenden Reden über Migranten im Deutschen Bundestag, in: Jung, Matthias, Martin Wengeler & Karin Böke (Hg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses*, Opladen 1997. S.231–241.
  - **Klemperer, Victor**, *LTI – Notizen eines Philologen*, Berlin 1949.
  - **Konerding, Klaus - Peter**, *Frames und lexikalisches Bedeutungswissen, Untersuchungen zur linguistischen Grundlegung einer Frametheorie und ihrer Anwendung in der Lexikographie*, Tübingen 1993.
  - **Lakoff, George & M. Johnson**, *Metaphors we live by*, Chicago/London 1980.

- 
- **Lakoff, George**, *Thinking Points, Communicating Our American Values and Vision*, New York 2006.
  - **Lehmann, Albrecht**, *Im Fremden ungewollt zuhaus, Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945 – 1990*, München 1993.
  - **Lechner, Gotthard (Hg.)**, *Sprachgebrauch im Wandel, Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende*, Frankfurt a.M. 1992.
  - **Liedke, Frank, Martin Wengeler & Karin Böke (Hg.)**, *Begriffe besetzen – Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*, Opladen 1991.
  - **Liedke, Frank**, Bedeutung, Metaphern, Kognition. Zu einigen Grundbegriffen der Analyse politischer Sprache, in: Panagl, Oswald & Horst Stürmer (Hg.), *Politische Konzepte und verbale Strategien, Brisante Wörter – Begriffsfelder – Sprachbilder*, Frankfurt a.M. 2002. S.253–264.
  - **Liebold-Mosser, Bernd (Hg.)**, *Sprache der Politik, Politik der Sprache*, Wien 1996.
  - **Link, Jürgen**, Asylanten–ein Killwort. In: *Kulturrevolution*, Heft 2, 1983, S.36–38.
  - **Link, Jürgen**, Asylanten – ein Schimpfwort. In: Kauffmann, Heiko (Hg.), *Kein Asyl bei den Deutschen. Anschlag auf ein Grundrecht*, Reinbek 1986, S.55–59.
  - **Lippmann, Walter**, *Public Opinion*, im Internet verfügbar unter URL: <http://www.gutenberg.org/etext/6456> (letzter Zugriff: 28.11.2008)
  - **Mammy, Ulrich**, 35 Jahre Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland – die demographische Entwicklung, in: Höhn, Charlotte & Detlev B. Rein (Hg.), *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*, Boppard 1990. S.55–82.
  - **Marx, Reinhard**, Die Definition politischer Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Dietrich Thränhardt & Simone Wolken (Hg.), *Flucht und Asyl. Informationen, Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland*, Freiburg i.Br. 1988, S.148–158.
  - **Matthes, Jörg**, *Framing-Effekte, zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten*, München 2007.
  - **McAdam, Doug**, Das „Framing“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie, Sonderheft 34/1994. westdeutscher verlag, S.393 – 412.
  - **McCombs, Maxwell E. & Donald L. Shaw**, The Agenda-Setting Function of Mass Media, in: *Public Opinion Quarterly*, Heft 36, S.176-187.
  - **Meier-Braun, Karl-Heinz**, *Deutschland, Einwanderungsland*, Frankfurt a.M. 2002.
  - **Miller, M. Mark & Julie Andsager**, Media Framing of Hate Speech: From Campus to the Public Sphere, in: *Newspaper Research Journal*, 1997, Jahrgang 18, Heft: 3-4, S. 2-15.
  - **Minsky, Marvin**, A Framework for Representing Knowledge. in: P.H. Winston, *The Psychology of Computer Vision*, New York 1975.
  - **Mueller, Claus**, *Politik und Kommunikation, zur Politischen Soziologie von Sprache, Sozialisation und Legitimation*, München 1975.



- 
- **Münch, Ursula**, *Asylpolitik in der Bundesrepublik, Entwicklung und Alternativen*, München 1992.
  - **Neuss, Beate & Werner Holly (Hg.)**, *Sprache und Politik im vereinten Europa*, Stuttgart 2007.
  - **Niehr, Thomas**, „Der Spiegel“ und die Asylanten. Über eine angebliche Wende in der Wortwahl eines deutschen Nachrichtenmagazins. In: *Sprache und Literatur*, Nr. 78, 1996. S.84–92.
  - **Nuscheler, Franz**, *Internationale Migration, Flucht und Asyl*, Wiesbaden 2004.
  - **Panagl, Oswald & Horst Stürmer (Hg.)**, *Politische Konzepte und verbale Strategien, Brisante Wörter – Begriffsfelder – Sprachbilder*, Frankfurt a.M. 2002.
  - **Parisius, Bernhard**, Flüchtlingsverwaltung in der britischen und amerikanischen Besatzungszone, in: Oltmer, Jochen (Hg.), *Migration steuern und verwalten, Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen 2003. S.253–268.
  - **Petraškaitė-Pabst, Sandra**, *Metapherngebrauch im politischen Diskurs, Zur EU-Osterweiterung im Deutschen und Litauischen*, Tübingen 2006.
  - **Piaget, Jean**, *Der Aufbau der Wirklichkeit beim Kinde*, Stuttgart 1974.
  - **Rethmann, Albert-Peter**, *Asyl und Migration, Ethik für eine neue Politik in Deutschland*, Münster 1996.
  - **Röbler, Irmtraud (Hg.)**, *Probleme der Sprache nach der Wende, Beiträge des Kolloquiums in Rostock am 16. November 1996*, Frankfurt a.M. 1997.
  - **Scheffer, Thomas**, Wie die Asylprüfung Unentscheidbares in Entscheidbares überführt, in: Oltmer, Jochen (Hg.), *Migration steuern und verwalten, Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen 2003. S.423–458.
  - **Scheufele, Bertram**, *Frames – Framing – Framing-Effekt, theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*, Wiesbaden 2003.
  - **Schönwalder, Karen**, Zukunftsblindheit oder Steuerungsversagen? Zur Ausländerpolitik der Bundesregierungen der 1960er und frühen 1970er Jahre, in: Oltmer, Jochen (Hg.), *Migration steuern und verwalten, Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen 2003. S.123–144.
  - **Selz, Otto**, *Wahrnehmungsaufbau und Denkprozeß, ausgewählte Schriften*, Bern 1991.
  - **Semetko, Holly A. & Patti M. Valkenburg**, Framing European Politics: A content analysis of press and television news. In: *Journal of Communication*, 2000, Heft 2, S.93–110.
  - **Shikano, Susumu**, *Die soziale Konstruktion politischer Wirklichkeit, Zur kollektiven Deutung der Bundestagswahl 1998 durch Medien und Bürger*, Frankfurt 2002.
  - **Spieles, Martin**, *Ausländer in der deutschen Sprache, Historische Entwicklungen – aktuelle Presseberichte*, Wiesbaden 1993.

- 
- **Sternberger, Dolf, Gerhard Storz & Wilhelm E. Süskind**, *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*, Hamburg 1957.
  - **Stockmann, Christian**, *Politische Schlagwörter in Deutschland zwischen 1929 und 1934*, Stuttgart 1997.
  - **Stötzel, Georg**, Zur Geschichte der NS-Vergleiche von 1946 bis heute, in: Klein, Josef (Hg.), *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*, Opladen 1989. S.261–276.
  - **Strauß, Gerhard, Ulrike Haß-Zumkehr & Gisela Harras**, *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist, ein Lexikon für den öffentlichen Sprachgebrauch*, Berlin 1989.
  - **Thränhardt, Dietrich**, Zuwanderungspolitik im europäischen Vergleich, in: Angenendt, Steffen (Hg.), *Migration und Flucht, Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft*, Bonn 1997. S.137–153.
  - **Toman-Banke, Monika**, *Die Wahlslogans Der Bundestagswahlen 1949 – 1994*, Wiesbaden 1996.
  - **Toulmin, Stephen E.**, *Der Gebrauch von Argumenten*, Weinheim 1996 (Erstausgabe 1958).
  - **Tuchman, Gaye**, *Making News: A Study in the Construction of Reality*, New York 1978.
  - **Tversky, Amos & Daniel Kahneman**, The Framing of Decisions and the Psychology of Choice, in: *Science* 221, 1981, S.453-458.
  - **Wengeler, Martin**, Der alte Streit 'hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft' ist vorbei. Ein Rückblick auf die sprachwissenschaftlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen. In: Stötzel, Georg & Martin Wengeler (Hg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1995. S.35–91.
  - **Wengeler, Martin**, Argumentationsmuster im Bundestag. Ein diachroner Vergleich zweier Debatten zum Thema Asylrecht, in: Burkhardt, Armin & Kornelia Pape (Hg.), *Sprache des Deutschen Parlamentarismus, Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation*, Wiesbaden 2000. S. 221–241.
  - **Wengeler, Martin**, *Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960–1985)*, Tübingen 2003.
  - **Wodak, Ruth**, *Sprache in der Politik – Politik in der Sprache: Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch*, Klagenfurt 1990.
  - **Wodak, Ruth & Fritz Peter Kirsch (Hg.)**, *Totalitäre Sprache*, Wien 1995.
  - **Yildiz, Erol**, Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungs-gesellschaft, in: Butterwegge, Christoph & Gudrun Hentges (Hg.), *Massenmedien, Migration und Integration*, Wiesbaden 2006. S.37–55.